

# Das Parlament

Berlin, 01. November 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 44-45 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Die Stimme der Erfahrung

**Wolfgang Schäuble** Am Ende seiner Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung des Bundestages gab es stehende Ovationen für den Alterspräsidenten. Der lang anhaltende Applaus war nicht nur der nachdenklichen Rede des Christdemokraten geschuldet, sondern auch ein Zeichen des Respekts und der Anerkennung für sein Wirken als Bundestagspräsident in der vergangenen Legislatur und seine nun 49-jährige Zugehörigkeit zum Bundestag. Seine berühmte Bemerkung „Isch over“ während der Griechenland-Krise gilt aber nur für das Amt des Bundestagspräsidenten. In den kommenden vier Jahren wird der Badener als einfacher Abgeordneter in den Reihen der Union seine beeindruckende politische Vita um seine nun 14. Legislaturperiode erweitern. aw



## ZAHL DER WOCHE

736

Abgeordnete gehören dem 20. Deutschen Bundestag an. Mit dem endgültigen Wahlergebnis hatte der Bundeswahlleiter Mitte Oktober die Zahl der Sitze um ein Mandat gegenüber dem vorläufigen Ergebnis von 735 Sitzen nach oben korrigiert.

## ZITAT DER WOCHE

### »Wie Taufe oder Erstkommunion«

**Marco Buschmann**, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, über den Tag der Konstituierung. Nach einem Zurf von Jan Korte (Die Linke) ergänzte er: „Man kann auch, Herr Kollege Korte, Jugendweihe sagen.“

## IN DIESER WOCHE

**THEMA**  
**Präsidium** Porträts der gewählten Kandidatinnen und Kandidaten **Seiten 4-5**

**Gespräche** Stand der Verhandlungen über eine „Ampel“-Koalition **Seite 6**

**Opposition** Die Rechte des Bundestages zur Kontrolle der Regierung **Seite 7**

**IM BLICKPUNKT**  
**Irak** Neue Konfliktlinie nach der Wahl – Schiiten gegen Schiiten **Seite 9**

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



4 194560 401004

# »Jetzt aber wirklich!«

## KONSTITUIERUNG Bundestagspräsidentin Bärbel Bas mahnt Reform des Wahlrechts an

Es ist eng an diesem 26. Oktober im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes. Nur die Regierungsbank ist verwaist: Heute endet die reguläre Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihres Kabinetts. Von der Zuschauertribüne aus verfolgt sie neben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der ihr und ihren Ministern im Verlauf des Tages die Entlassungsurkunden übergeben und sie zugleich auffordern wird, die Amtsgeschäfte bis zur Wahl eines neuen Kanzlers weiterzuführen, das Geschehen. In den Reihen der sechs Bundestagsfraktionen drängen sich die nahezu vollständig versammelten 736 Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages, die zur konstituierenden Sitzung erstmals zusammengekommen sind.

Im Idealfall sollen es eigentlich nur 598 Parlamentarier sein, die im Halbrund des Plenarsaals sitzen. Doch das personalisierte Verhältniswahlrecht mit Erst- und Zweitstimme, Überhangs- und Ausgleichsmandaten hat den Bundestag ein weiteres Mal anwachsen lassen. Der Ausgang der Bundestagswahl hat zwar verhindert, dass sich das Parlament wie von Wahlrechtsexperten befürchtet auf mehr als 900 Parlamentarier vergrößerte, aber 27 Abgeordnetenmandate sind gegenüber der vergangenen Legislaturperiode dennoch hinzugekommen.

So verwundert es dann wohl auch niemand, dass Wolfgang Schäuble (CDU) das Thema Wahlrechtsreform gleich zu Beginn seiner Eröffnungsrede als Alterspräsident anspricht. „Eine Wahlrechtsreform, die ihren Namen verdient“, dulde „ersichtlich keinen Aufschub“, führt Schäuble angesichts des vollen Hohen Hauses und in Anspielung auf die in der vergangenen Legislatur verabschiedete Mini-Reform aus, die zudem erst mit der nächsten Bundestagswahl 2026 vollumfänglich greifen wird. Schäuble macht keinen Hehl daraus, dass für ihn eine „persönlich bittere Erfahrung“ gewesen sei, dass sich der Bundestag unter seiner Präsidentschaft nicht auf eine große Reform einigen konnte. Und er warnt: Sie sei „keinen Deut leichter geworden.“

Bärbel Bas (SPD), die der Bundestag wenig später mit 576 gegen 90 Stimmen bei 58 Enthaltungen zur neuen Bundestagspräsidentin wählt, weiß die Warnung ihres Amtsvorgängers ernst zu nehmen. In ihrer Antrittsrede fordert sie die Fraktionen „schon jetzt“ auf, „das Wahlrecht auf die Tagesordnung zu setzen“. Ebenso wie Schäuble wünscht sie sich eine Reform, „die den Namen verdient“. In aufmunterndem Tonfall fügt sie an: „In Richtung der Fraktionen sage ich mal so locker: Jetzt aber wirklich!“

Die Zeit für eine Wahlrechtsreform drängt auch deshalb, weil die Fraktionen von FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen noch im Februar dieses Jahres eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hatten. Der Eilantrag war von den Richtern in Karlsruhe zwar abgelehnt worden, aber die Entscheidung in der Hauptsache steht noch aus.

Abgesehen von den zu erwartenden Konflikten um die Wahlrechtsreform, blickt die neue Hausherrin jedoch durchaus zufrieden auf den neuen Bundestag. Der ist nämlich nicht nur größer, sondern auch weiblicher, jünger und insgesamt vielfältiger geworden. Das Durchschnittsalter der Parlamentarier liegt mit 47 Jahren so niedrig wie noch nie seit den Wahlen von 1990, der Frauenanteil ist gegenüber der vergangenen Legislatur um vier auf 34,7 Prozent gestiegen und der Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund von 8,2 auf 11,3 Prozent. Die Zusammensetzung des neuen Bundestages zeige, „dass seine Mitglieder in ganz verschiedenen Teilen der Gesellschaft verwurzelt sind“, betont Bas. „Sie bringen unterschiedliche Berufserfahrungen und Herkunftsgeschichten mit. Ihre Lebensläufe und Lebenswege ver-



Volle Sitzreihen: In der vergangenen Woche konstituierte sich der neue Bundestag mit seinen 736 Abgeordneten. © Deutscher Bundestag/Werner Schüring

den unsere Debatten bereichern. Die Vielfalt ist eine Chance für uns alle – in diesem Haus, aber auch außerhalb.“ Außerhalb des Bundestages müssten die Parlamentarier verstärkt auf jene Bürger zugehen, „die sich von der Politik seit Langem nicht mehr angesprochen fühlen, Menschen, denen ‚die Politik‘ fremd geworden ist“, mahnt die Bundestagspräsidentin. „Ein vielfältiges, junges, frisch gewähltes Parlament kann leichter Brücken bauen. Es kann Vorurteile, Abwehrreaktionen und Misstrauen überwinden helfen“, ist sich Bas sicher.

Auch Wolfgang Schäuble ist der Ansicht, dass „sich natürlich die gewachsene Vielfalt unserer Gesellschaft in der Volksvertretung wiederfinden soll“. Zugleich warnt der dienstälteste Parlamentarier – er zog 1972 als 30-Jähriger erstmals in den Bundestag ein – vor einer Überstrapazierung des Vielfalts-Gedanken: Der Bundestag werde „nie ein exaktes Spiegelbild der Bevölkerung“ sein. Nach seiner Ansicht muss er das auch nicht: „Jeder Einzelne von uns bildet nicht einfach einen Teil des Volkes ab. Artikel 38 Grundgesetz ist eindeutig: Abgeordnete – jeder Abgeordnete! – sind ‚Vertreter des ganzen Volkes‘.“ Es sei ein „irriges“ Verständnis, „dass gesellschaftliche Gruppen nur durch ihre eigenen Angehörigen vertreten werden könnten“. Für seine kritische Einlassung zur aktuell und breit geführten Debatte über die sogenannte Identitätspolitik erntet Schäuble allerdings nur Applaus aus den Reihen der Union, der FDP und der AfD. Bei Sozialdemokraten, Grünen und Linken rührt sich keine Hand. Völlig einig hingegen sind sich Schäuble

und Bas in der Frage, wie Debatten im Bundestag geführt werden sollten: Kontrovers, hart in der Sache, aber fair und respektvoll. Schäuble fordert die Abgeordneten zu einer Gelassenheit auf, die einer erregten Öffentlichkeit Beispiel geben könne. „Seine Integrität wahrt, wer weiterhin zuhören kann und seinen inneren Kompass nicht verliert, wer sich in Kollegialität und Fairness übt, wer sich über die Verhaltensregeln, die wir uns geben, hinaus den Sinn dafür bewahrt, was anständig ist und – womöglich noch stärker – was unanständig ist“, sagt Schäuble.

Bundestagspräsidentin Bas erinnert die Abgeordneten an ihre Vorbildfunktion: „Jede und jeder Einzelne von uns steht für ‚die Politik‘ und damit in der Pflicht, den Deutschen Bundestag würdig zu vertreten.“ Sie erwarte einen respektvollen Umgang innerhalb des Bundestages, Respekt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch deren Respekt gegenüber den Volksvertretern. „Hass und Hetze sind keine Meinung“, betont Bas und verspricht: „Als Präsidentin werde ich dieses Parlament vor Angriffen schützen und die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen.“ Die präsidialen Ermahnungen kommen nicht von ungefähr. Der Ton ist seit dem Einzug der AfD deutlich rauer und giftiger geworden im Bundestag. Nicht zuletzt der Wunsch der FDP-Fraktion, zukünftig nicht mehr neben der AfD sitzen zu wollen, zeugt davon. Wiederholt haben weibliche Abgeordnete über sexistischen Sprüche aus den Reihen der AfD geklagt. Doch schon die konstituierende Sitzung offenbart, dass der Wunsch ein Wunsch bleiben könnte.



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas bei ihrer Antrittsrede

© picture-alliance/dpa

Bereits zu Beginn der Sitzung löst der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD, Bernd Baumann, einen ersten Eklat aus, als er im Namen seiner Fraktion fordert, die Sitzung nicht durch den dienstältesten, sondern den ältesten Abgeordneten eröffnen zu lassen: „In fast zwei Jahrhunderten hat nur ein Parlament es gewagt, mit dieser Tradition zu brechen. Das war 1933 nach der Machtergreifung mit einem Präsidenten Hermann Göring. Soll das Ihr Vorbild sein?“ Wenig später kann es sich Jan Korte, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, in der Debatte um weitere Anträge der AfD zur Geschäftsordnung des Bundestages nicht verkneifen, die AfD „in der Tradition der Nazis“ zu verorten. Daraufhin sieht sich Schäuble veranlasst, Korte daran zu erinnern, dass „wir Vorwürfe, dass Fraktionen oder Kolleginnen und Kollegen in der Tradition der Nationalsozialisten stehen, als unparlamentarisch in diesem Hause nicht hören wollen“.

Am Ende scheitert die AfD sowohl mit ihrem Antrag zum Alterspräsidenten (20/2), als auch mit den Anträgen auf Verzicht von Gendernsternen in Drucksachen des Bundestages (20/3) und zum Vorschlagsrecht eines Kandidaten im zweiten und dritten Wahlgang der Kanzlerwahl nach Artikel 63 Grundgesetz sowie einem Antragsrecht auf ein konstruktives Misstrauensvotum nach Artikel 67 für jede Fraktion (20/4) am Votum aller anderen Fraktionen. Und sie scheitert mit 118 Ja- gegen 553 Nein-Stimmen mit ihrem Kandidaten Michael Kaufmann für den Posten einer der Vizepräsidenten.

Aydan Özoguz (SPD) hingen wird mit 544 Ja-Stimmen, Yvonne Magwas (CDU) mit 600, Claudia Roth (Grüne) mit 565, Wolfgang Kubicki (FDP) mit 564 und Petra Pau (Linke) mit 484 Ja-Stimmen zu Stellvertreterin von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas gewählt.

Nach rund fünfeinhalb Stunden endet die konstituierende Sitzung schließlich gegen 16:30. Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen und lauschen der instrumental vorgetragenen Nationalhymne: „Einigkeit und Recht und Freiheit“ muss sich jeder dazudenken. Alexander Weinlein

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## EDITORIAL Vertreter des ganzen Volkes

VON ALEXANDER HEINRICH

Die konstituierende Sitzung des Deutschen Bundestages hat mehrere Botschaften ins Land gesandt: Der neue, 20. Bundestag verspricht jünger, vielfältiger und weiblicher zu werden. Mit der neuen Bundestagspräsidentin Bärbel Bas steht nun zum dritten Mal in der bundesdeutschen Geschichte eine Frau an der Spitze des Parlaments, nach elf Männern in diesem Amt seit 1949. Ruhmreich sei dieses Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen nicht, so fasste es die Sozialdemokratin in ihrer Antrittsrede zusammen. Die Verantwortung sei lange noch nicht gerecht auf alle Schultern verteilt. Bas wies aber auch darauf hin, dass die Gesellschaft etwas weiter sei als 1972, als mit der Sozialdemokratin Annemarie Renger erstmals eine Bundestagspräsidentin gewählt wurde. Ein vielfach beachtetes Zeichen im neuen Bundestag ist etwa die Zusammensetzung des Präsidiums mit fünf Frauen und einem Mann: Noch nie war das Präsidium weiblicher. Das neue Parlament ist gleichwohl auch homogener geworden: Fast neun von zehn Mitgliedern des Hohen Hauses haben studiert. Die Gründe für diese Häufung mögen vielschichtig sein und auch damit zusammenhängen, dass im Vergleich zu früheren Zeiten mehr Menschen die Türen der Hochschulen offenstehen. Und dennoch: Im Verhältnis zu Wahlbevölkerung bleibt hier ein Widerspruch: Einem sehr hohen Anteil von Akademikern im Bundestag steht rund ein Fünftel der erwachsenen Deutschen gegenüber, die ein Universitätsstudium abgeschlossen haben.

Nun ist der Einwand nicht von der Hand zu weisen, dass Abgeordnete nicht jenen Gruppen angehören müssen, für deren Belange sie streiten. Die junge Parlamentarierin kann die Interessen von Rentnern genauso vertreten wie der Abgeordnete im Rentenalter die Interessen junger Menschen oder der Handwerker die Interessen von Ingenieurinnen. Abgeordnete sind „Vertreter des ganzen Volkes“ – so es im Grundgesetz vorgesehen. Zu einer Diskussion über Vielfalt im Parlament gehört aber die Frage, wo die Gründe dafür zu suchen sind, dass nicht mehr von jenen Bürgerinnen und Bürger im Parlament vertreten sind, deren Berufs- und Lebenswege nicht nur durch Hörsäle, sondern durch duale Ausbildungen, Weiterbildungen, womöglich ein Abendstudium führten – so wie übrigens im Fall der neuen Bundestagspräsidentin. Für den Interessenausgleich in einer zu immer größerer Vielfalt strebenden Gesellschaft könnte ein höherer Anteil dieser Vertreter im Parlament jedenfalls von Vorteil sein.

GASTKOMMENTARE

SPIEGELBILD DER GESELLSCHAFT?

Erstrebenswert

PRO



Uwe Jahn, ARD-Hauptstadtstudio, Berlin

**E**in Spiegel der Gesellschaft zu sein – das ist ein erstrebenswertes Prinzip, auch wenn man es nie ganz einlösen kann. Denken wir an die Zeit, als es kaum Frauen im Bundestag gab. Wieviel Sexismus und abwertende Bemerkungen sie erfahren haben – gerade erst hat der Film „Die Unbeugsamen“ über die Frauen der Bonner Republik es gezeigt. Das hätten die Herren sich bei einem Frauenanteil von 50 Prozent wohl kaum getraut. Ein anderes Beispiel: Die meisten Abgeordneten haben heute einen juristischen Beruf. Sicher können sie dadurch besser Gesetze machen. Und selbstverständlich haben sie – wie alle anderen Abgeordneten – auch Bevölkerungsgruppen im Blick, denen sie selbst nicht angehören. Aber es würde der Demokratie nutzen, wenn wir mehr Leute aus den Bereichen Handwerk, Pflege, ÖPNV, Wissenschaft oder aus der Fabrik hätten. Manches Gesetz wäre praxisnäher gestaltet und verständlicher formuliert. Schließlich hat die neue Bundestagspräsidentin Bärbel Bas gerade erst gesagt, das Parlament solle eine Sprache benutzen, die in diesem Land auch gesprochen und verstanden wird. Nun sind im neuen Bundestag mehr jüngere Menschen vertreten. Das werden wir – so meine Prognose – bei vielen Zukunftsthemen spüren. Und vielleicht werden uns bald auch die Stimmen hochaltriger Menschen im Bundestag bei bestimmten Themen fehlen. Bei der Bundestagswahl haben wir gesehen, dass in Gegenden, in denen viele Geringverdienere und Migranten wohnen, weniger wählen gehen. Kein Wunder. Wer sich ausgeschlossen fühlt, weil er oder sie das Gefühl hat, „Leute wie wir sind im Bundestag kaum zu sehen“, rückt von der Demokratie ab. Das wollen wir nicht. Und zwar aus Prinzip.

Allen verpflichtet

CONTRA



Ursula Weidenfeld, freie Journalistin

**G**ewählte Vertreter des Volkes sind allen Bürgern des Landes verpflichtet, nicht ihren Anhängern, Berufskollegen, oder Vereinsfreunden. Das Parlament soll die Bevölkerung repräsentieren, getreulich abbilden kann und muss es sie nicht. Kinder etwa dürfen nicht wählen, dennoch können sie und ihre Eltern davon ausgehen, dass die Abgeordneten ihre Bedürfnisse im Blick haben und respektieren. Manche gehen nicht zur Wahl und haben doch den Anspruch, vertreten zu werden. Dass Parlamente entschlossen sind, die Rechte von Minderheiten zu schützen, gehört zu den Wesensmerkmalen demokratischer Gesellschaften. Dennoch sollten Parteien sich um Kandidaten bemühen, die der Wählerschaft ähnlich sind. Das ist offenbar vor allem in Wahlkreisen mit schwacher Sozialstruktur wichtig: Hat hier eine Kandidatin eine Nähe zum familiären oder beruflichen Milieu ihrer Wählerschaft, gehen mehr Leute zur Wahl, als wenn der Büroleiter eines ehemaligen Ministers kandidiert. Manche Büroleiter ehemaliger Minister rümpfen darüber die Nase. Die Arbeit der Abgeordneten müsse professioneller werden; daher sei es gut, wenn sie akademisch gebildet sind und idealerweise ein Jurastudium absolviert haben. Das Gegenteil ist richtig: Es wäre gut, wenn mehr Politiker einmal etwas anderes gelernt und gearbeitet hätten. Wer verlangt, dass sich alle Bevölkerungsgruppen im Parlament so wiederfinden, wie sie in der Wählerschaft verteilt sind, kann Meinungsforschungsinstitute mit der politischen Arbeit beauftragen. Wer dagegen ernst nimmt, dass Wählerinnen ihre Stimme im Bundestag sehen, hören und spüren möchten, sucht neue Kandidaten. Und zwar flott.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

**Frau Präsidentin, bei der Bundestagswahl im September konnten Sie noch nicht ahnen, dass Sie an der Spitze des neuen Parlaments stehen werden. Waren Sie überrascht, als Sie merkten, dass diese Aufgabe auf Sie zukommen könnte?**

Ja, schon – auch wenn mein Name und andere vorher schon in den Medien genannt worden waren. Ich bin seit 2009 im Bundestag, habe viele Jahre Erfahrung als Parlamentarische Geschäftsführerin und kenne das Innenleben des Parlaments sehr gut. Aber dass ich nun sogar dessen Präsidentin sein würde, kam überraschend für mich und freut mich sehr.

**Mit dem Amt der Bundestagspräsidentin sind viele Erwartungen verbunden. Wo sehen Sie sich in diesem Amt besonders gefordert?**

Der neue Bundestag ist total jung und vielfältig aufgestellt. Ich möchte das nutzen – was im Übrigen auch ein Anliegen vieler neuer Abgeordneter ist –, um die Arbeitsweise des Parlaments zu modernisieren, digital zu werden, für weitere Transparenz und Bürgernähe sorgen. Bürgernähe betrifft auch die Sprache, die wir hier verwenden. Sie muss verständlich sein, damit die Menschen Entscheidungen nachvollziehen können. Vielleicht kann man dazu außerdem das Format der Bürgerfrage, das es ja schon gibt, noch ausbauen oder ergänzen.

**Sie haben ja schon in Ihrer Antrittsrede für eine neue Sprache der Politik plädiert, mit der die Menschen wieder besser erreicht werden sollen. Wo genau hapert es denn da derzeit in Ihren Augen?**

Zum Beispiel daran, dass wir im Plenum oft Fachbegriffe benutzen oder Abkürzungen, die die Menschen nicht verstehen. Ich musste mir das selbst als Gesundheitspolitikerin abgewöhnen, zum Beispiel „GKV“ für „Gesetzliche Krankenversicherung“ zu sagen. Nicht jeder, der da zuhört, weiß auf Anhieb, was damit gemeint ist. Man steckt als Fachpolitiker in der speziellen Materie und setzt zu leicht voraus, dass jeder die Abkürzungen oder Begriffe kennt, die wir benutzen. Deshalb ist mein Appell an die Abgeordneten, sehr Fachliches trotz der knappen Redezeit zu erklären. Das klingt nach Kleinigkeiten, aber die machen viel aus. Entscheidend für die Akzeptanz ist, dass Politik von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden wird.

**Mit mehr Bürgernähe wollen Sie auch Menschen erreichen, die sich von der Politik schon lange nicht mehr angesprochen fühlen. Wie soll das etwa in Duisburg-Marxloh in Ihrem Nachbar-Wahlkreis gehen, wo die Wahlbeteiligung im September bei 40 Prozent lag?**

Da fühlten sich viele nicht angesprochen, in diesem Wahlkreis haben viele Menschen einen Migrationshintergrund, es gibt oft Sprachbarrieren – das führt zu einer gewissen Scheu. Man muss diese Scheu nehmen, sich mit Politik zu befassen oder auf Abgeordnete zuzugehen. Deshalb ist die Arbeit der Parlamentarier im Wahlkreis so ungeheuer wichtig, oder Formate wie die Wanderausstellung und die Infomobile des Bundestages, die auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen über die Arbeit des Parlaments informieren, häufig mit den Abgeordneten vor Ort. Man muss sich auch fragen, wie man Zielgruppen erreicht, die mit einer Broschüre nicht erreicht werden. Jugendliche etwa lesen keine Tageszeitung, die informieren sich ganz anders, häufig über soziale Medien. Der Bundestag ist da inzwischen sehr aktiv mit Informationen über Twitter, einem eigenen Youtube-Kanal und Erklärvideos, eigenen, interaktiven Seiten für Jugendliche und Kinder. Die Nutzung dieser Angebote hat enorm zugenommen, und das lässt sich digital sicher noch weiter modernisieren, um all diese Gruppen zu erreichen.

**In Duisburg, zu dem auch ihr Wahlkreis gehört, weiß man, was Strukturwandel bedeutet. Welche solcher Erfahrungen, auch mit den sozialen Folgen, lassen sich bei der angestrebten ökologischen und digitalen Transformation des Landes nutzen?**

Es ist den Leuten schon klar, dass sich etwas verändern muss, allein wenn sie sehen, wie Wetterextreme zunehmen. Aber die meisten haben schon jetzt Angst, dass sie dabei die Verlierer sind und – wie man so sagt – der kleine Mann am Ende seine Arbeit nicht mehr hat. Bei mir im Wahlkreis sorgen sich die Menschen, dass sie ihr altes Auto wegen der steigenden Benzinspreise nicht mehr fahren und sich erst recht kein neues kaufen können. Viele alte Leute haben Angst, dass sie im Winter mit der Decke in der Wohnung sitzen müssen, weil sie die Heizung nicht mehr bezahlen können. Da müssen wir deutlich erklären, dass wir das nicht zulassen werden. Die Notwendigkeit, diese Menschen mitzunehmen und ihre Sorgen in die Politik zu transportieren, ist entscheidend. Von manchem Strukturwandel fühlen sich die Menschen überrollt. Ein Beispiel: Wenn man Stahlunternehmen auf Wasserstoff umstellt, wird es dort andere Berufe geben. Es reicht aber nicht, nur die Technik umzustellen, sondern man muss auch die Mitar-

»Ihr müsst euch nur trauen«

**BÄRBEL BAS** Die neue Bundestagspräsidentin über Wahlrechtsreformen, mehr Bürgernähe und die Sprache der Politik



© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

beiterinnen und Mitarbeiter dabei mitnehmen – und zwar rechtzeitig durch Umschulung und Weiterbildung und indem man ihnen die Sorgen vor einem Arbeitsplatzverlust nimmt.

**Noch einmal zurück zu Ihrer Wahl zur Bundestagspräsidentin: Mit Ihnen und vier Stellvertreterinnen sind mehr Frauen denn je im Präsidium...**

Das es jetzt mal einen sichtbaren Schub für mehr Frauen auch in Führungsfunktionen gegeben hat, finde ich sehr gut. Und dass jetzt mal mehr Frauen als Männer im Präsidium sind, finde ich gar nicht schlimm. Es war ja viele Jahrzehnte genau umgekehrt.

**Auch der Frauenanteil im Parlament insgesamt ist wieder auf mehr als ein Drittel gestiegen. Halten Sie das für ausreichend?**

Wenn es nach mir ginge, wäre das große Ziel, dass die Hälfte der Abgeordneten Frauen sind. Natürlich sollte das Parlament nach Möglichkeit alle gesellschaftlichen Gruppen und Berufsgruppen widerspiegeln, aber das wird nie ganz gelingen. In der Tat haben wir nicht so viele Abgeordnete mit „normalen Berufen“, und es gibt auch den oft kritisierten Weg vom Hörsaal in den Plenarsaal. Auf der anderen Seite stehen wir dafür, dass viele Menschen nach Möglichkeit einen hohen Bildungsgrad erreichen können. Das spiegelt sich dann auch im Parlament wider. Ich finde das nicht schlecht oder schlimm, aber ich fände es natürlich gut, wenn sich mehr Menschen mit anderen Berufen, mit dualer Ausbildung beispielsweise, im Parlament wiederfinden. Das Ziel muss doch sein, dass sich dies mehr Leute zutrauen, die dann auch Lust haben, ihre Zeit in politisches Engagement zu stecken. Mich fragen viele Schulklassen, wie ich das gemacht habe. Ich habe ja eine ganz normale duale Ausbildung, ein paar Weiterbildungen und mich zu nächst nebenbei politisch engagiert. Ich sage den Schülerinnen und Schülern dann immer: Ihr seht ja an mir, dass es geht – ihr müsst euch nur trauen.

**Das betrifft die direkt in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten. In Brandenburg und Thüringen wurden Paritätsgesetze für verfassungswidrig erklärt, mit denen die Parteien verpflichtet werden sollten, ihre Listenplätze abwechselnd mit Männern und Frauen zu besetzen. Sehen Sie darin trotzdem einen möglichen Ansatz?**

Ich bin keine Juristin, aber ich glaube, dass es schon Sinn macht, wenn es tatsächlich

zu einer Verpflichtung kommt, dass zumindest die Landeslisten so aufgestellt werden. Die SPD macht die Listenaufstellung schon von sich aus immer im Reißverschlussverfahren Frau/Mann. Deshalb ist bei den Parteien, die das schon länger paritätisch handhaben, der Frauenanteil viel, viel höher. Ich würde mir wünschen, dass es uns auch rechtlich gelingt, in Zukunft für alle Parteien zu verlangen, dass dieses paritätische Verfahren möglich wird.

**Über die Zusammensetzung des Bundestages wird auch sonst gerne diskutiert, etwa bei der Klage, dass Akademiker im Parlament zu sehr unter sich seien. Ist solche Kritik berechtigt?**

Natürlich sollte das Parlament nach Möglichkeit alle gesellschaftlichen Gruppen und Berufsgruppen widerspiegeln, aber das wird nie ganz gelingen. In der Tat haben wir nicht so viele Abgeordnete mit „normalen Berufen“, und es gibt auch den oft kritisierten Weg vom Hörsaal in den Plenarsaal. Auf der anderen Seite stehen wir dafür, dass viele Menschen nach Möglichkeit einen hohen Bildungsgrad erreichen können. Das spiegelt sich dann auch im Parlament wider. Ich finde das nicht schlecht oder schlimm, aber ich fände es natürlich gut, wenn sich mehr Menschen mit anderen Berufen, mit dualer Ausbildung beispielsweise, im Parlament wiederfinden. Das Ziel muss doch sein, dass sich dies mehr Leute zutrauen, die dann auch Lust haben, ihre Zeit in politisches Engagement zu stecken. Mich fragen viele Schulklassen, wie ich das gemacht habe. Ich habe ja eine ganz normale duale Ausbildung, ein paar Weiterbildungen und mich zu nächst nebenbei politisch engagiert. Ich sage den Schülerinnen und Schülern dann immer: Ihr seht ja an mir, dass es geht – ihr müsst euch nur trauen.

**Wie weit muss das Parlament Ihrer Ansicht nach überhaupt die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln? Es wird ja auch argumentiert, dass es beispielsweise nicht unbedingt Rentner im Parlament braucht, um die Interessen von Rentnern zu vertreten.**

Wir sind uns sicher einig, dass das Parlament nie alles abbilden kann. Das wäre eine Illusion. Die Abgeordneten müssen alle in der Lage sein, sich in andere Lebenswelten hineinzufinden und sie nachzuvollziehen. Viele sind in ihren Wahlkreisen sehr verankert und reden mit allen Gruppierungen, mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Diese Erfahrungen in das Parlament mitzunehmen, ist die Kunst, dafür muss man nicht immer zwingend selbst aus einer bestimmten Gruppe kommen.

**Viel Streit gibt es seit Jahren über die Größe des Bundestages. Wird die im April eingesetzte Kommission zur Reform des Wahlrechts erneut eingesetzt, um Vorschläge zu einer Reduzierung der Mandatszahl zu erarbeiten, und hoffen Sie da auf konsensfähige Empfehlungen?**

Ich warte die Koalitionsverhandlungen ab, weil ich gehört habe, dass diese Frage auch in diesen Gesprächen werden soll. Ich werde mir dann anschauen, wie die Vorschläge aussehen und was die Fraktionen vorlegen. Ich habe sie öffentlich aufgefordert, das jetzt zu machen, und finde es daher gut, dass die drei Parteien das Thema auf die Tagesordnung ihrer Koalitionsverhandlungen gesetzt haben. Wenn das aber nicht stattfindet oder ich merke, dass es zu lange dauert, dann muss die Kommission zur Reform des Wahlrechts wieder eingerichtet werden, finde ich. Wir müssen das in dieser Legislatur rechtzeitig machen – und nicht erst kurz bevor die nächste Wahl vor uns steht.

**Es gibt ja zahlreiche Vorschläge zur Verkleinerung des Parlaments, etwa über eine Reduzierung der Wahlkreise oder eine Begrenzung des Ausgleichs von Überhangmandaten, die eine Partei hat, wenn sie mehr Direktmandate gewinnt als ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht. Sehen Sie einen Königsweg?**

Ich kenne viele Vorschläge und weiß, wie schwierig das ist. Ich bin zum Beispiel in meinem Wahlkreis direkt gewählt, und wenn man die Zahl der direkt gewählten Abgeordneten verringern will, muss man die Wahlkreise vergrößern. Das ist ein Problem, wenn man gleichzeitig auch Bürgernähe will, und war entsprechend immer ein Streitpunkt zwischen den Fraktionen. Für die Parteien, deren Abgeordnete vorwiegend über die Listen ins Parlament kommen, ist das nicht maßgeblich. Es wird also eine Mischung aus mehreren Maßnahmen geben müssen, um die Zahl der Abgeordneten wirksam zu begrenzen.

**Auch wenn die Zusammensetzung des Parlaments dann nicht exakt den Zweitstimmenergebnis der Parteien entspricht? Ja. Weil wir sonst irgendwann bei 800 oder auch 900 Abgeordneten landen. Diese Entwicklung braucht einen Deckel. Die kleineren Parteien finden es naturgemäß nicht gerecht, wenn dieser Ausgleich vor allem zu ihren Lasten beschnitten wird. Das ist der Konflikt, und es ist Aufgabe der Fraktionen, da einen Kompromiss zu finden.**

**SPD, Grüne und FDP wollen das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre senken. Wie realistisch ist das angesichts der dabei notwendigen Zweidrittelmehrheit für eine entsprechende Grundgesetzänderung?**

Ich persönlich bin für die Absenkung, aber schon gehört, dass die Union dem wahrscheinlich nicht zustimmen wird. Deshalb weiß ich nicht, wie realistisch es ist, dafür eine Mehrheit zu finden. Vielleicht kann man die Kolleginnen und Kollegen in der Unionsfraktion überzeugen; auch dort sind Jüngere dazugekommen und sorgen vielleicht für einen Meinungsumschwung. Man muss aber auch auf Argumente der Gegner eingehen: Wenn die Volljährigkeit erst ab 18 Jahren gilt, kann ich verstehen, wenn gefragt wird, warum man dann schon ab 16 Jahren den Bundestag wählen können soll. Da muss man miteinander besprechen, wie das zusammengeht.

**Das Gespräch führten Alexander Heinrich und Helmut Stoltenberg.**

**Bärbel Bas (53) gehört seit 2009 als stets direkt gewählte Abgeordnete dem Bundestag an, zu dessen Präsidentin sie vergangene Woche gewählt wurde. Von 2013 bis 2019 war die Sozialdemokratin aus Duisburg Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion und danach deren stellvertretende Vorsitzende.**

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Roters

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

**Redaktionsschluss**  
29. Oktober 2021

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvorige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

**Leserservice/Abonnement**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 32  
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

**Ausdrück der Redaktion**  
(außer Beilagen)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
N. N.

**Stellvertretender Chefredakteur**  
Alexander Heinrich (ah) V.i.S.d.P.

**Verantwortliche Redakteure**  
Lisa Brähler (lbr)  
Claudia Heine (che)  
Nina Jeglinski (nki)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Sören Christian Reimer (scr) CvD  
Sandra Schmid (sas)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 36  
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail:  
[fazit-com-anzeigen@cover-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@cover-services.de)

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Lobten zum Abschluss der Sondierungen „Respekt, Vertrauen und gegenseitige Rücksichtnahme“: Robert Habeck und Annalena Baerbock, Co-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz sowie der FDP-Vorsitzende Christian Lindner (von links nach rechts) wollen eine Ampel-Koalition schmieden. © picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

# Schwierig, aber nicht unmöglich

**AMPELKOALITION** Lagerübergreifende Dreierbündnisse waren in den Ländern bislang stabiler als erwartet

Niemand hätte vor wenigen Monaten vorausgesehen, dass unter allen denkbaren Zweier- und Dreikonstellationen nach der Bundestagswahl ausgerechnet die Ampel das Rennen macht. Durch das Erstarken der Grünen und den mehr als zweistelligen Vorsprung der Unionsparteien vor der SPD galt ein von der CDU/CSU angeführtes schwarz-grünes Zweierbündnis seit 2018 als mit Abstand wahrscheinlichster Wahlausgang. Schon 2013 hatten beide Seiten mit einem Zusammengehen geliebäugelt, doch fehlte letztlich den Grünen der Mut, das Bündnis zu wagen. 2017 reichte es zu einer Mehrheit dann nur noch zusammen mit der FDP. Diese brachte den Versuch, ein lagerübergreifendes Dreierbündnis zu schmieden, prompt zum Scheitern, was sie im Nachhinein sicher bereute. Um so mehr setzten die Liberalen darauf, die Scharte auszuwetzen, falls Union und Grüne 2021 erneut keine eigene Mehrheit erreichten. Tatsächlich sollte sich dieser Teil der Prognose bewahrheiten. Dass die FDP jedoch nicht mit ihrem Wunschpartner Union an der Seite, sondern mit der SPD regieren würde, lag bis Mitte Juli noch außerhalb des Vorstellbaren.

**Die Abkehr von der »Ausschließertis« seit 2013 ist aus Sicht der Parteien rational.**

**Mehr Offenheit** Die Tür zu einer Ampel hatten sich die Liberalen aber – wie schon 2017 – wohlweislich offen gehalten, mochte Parteichef Christian Lindner auch noch so oft betonen, ihm fehle für ein solches Bündnis die Phantasie. Im Gegenzug weigerten sich SPD und Grüne trotz, ein Zusammengehen mit der Linken auszuschließen, was die Union in der letzten Phase des Wahlkampfes für sich auszuschlachten versuchte. Allein Koalitionen oder sonstige Formen der Zusammenarbeit mit der AfD bleiben für alle Parteien ein Tabu. Die Abkehr von der „Ausschließertis“, die die Koalitionsbildung bis 2013 prägte, ist aus Sicht der Parteien rational. Denn nachdem sich durch das Hinzutreten der PDS (seit 1990) und späteren Linken (seit 2005) sowie der AfD (seit 2013) eine Sechsparteienstruktur etabliert hat, rücken Mehrheiten für die klassischen „lagerinternen“ schwarz-gelben und rot-grünen Bündnisse in weite Ferne. Auch in den Ländern stellen sie heute eher die Ausnahme als die Regel dar. So regieren in den drei Stadtstaaten sowie Thüringen und demnächst Meck-

lenburg-Vorpommern linke, in Nordrhein-Westfalen und Bayern „bürgerliche“ Koalitionen. In den übrigen neun Ländern dominieren lagerübergreifende Koalitionen. In Westdeutschland hat sich dabei neben der klassischen eine zweite Variante der Großen Koalition von Union und Grünen herausgebildet, nachdem die Grünen in Hessen und Baden-Württemberg zur zweitstärksten, beziehungsweise stärksten, Kraft aufgestiegen sind. In Ostdeutschland scheinen wiederum die Kenia- (Union, SPD und Grüne) und Deutschland-Bündnisse (Union, SPD und FDP) zu neuen Standardformationen zu avancieren. Weil CDU und SPD hier auch zusammen nicht mehr in der Lage sind, eine regierungsfähige Mehrheit hinter sich zu bringen, müssen die Grünen oder die FDP als Partner zusätzlich mit ins Boot. Die Länder haben koalitionspolitisch die Funktion eines „Testlabors“ für die Bundesebene. In den 1960er Jahren war das bereits bei der sozialliberalen Koalition der Fall, in den 1980er Jahren bei Rot-Grün. 2008 und 2012 wurden in Hamburg und im Saarland die ersten schwarz-grünen beziehungsweise Jamaika-Koalitionen gebildet, die aber beide vorzeitig scheiterten. Ihre erfolgreicheren Nachfolger in Hessen (ab 2013) und in Schleswig-Holstein (ab 2017) nahmen die 2017 geplatzten Jamaika-Verhandlungen im Bund vorweg. Mit dem Sprung über den Lagergraben haben sich die Grünen lange Zeit schwerer getan als die FDP. Nach ihrer Rückkehr an die Seite der Union im Zuge der Bonner Wende 1982 war von 1991 bis 2006 nur in Rheinland-Pfalz bereit, das sozialliberale Bündnis wiederaufleben zu lassen. Die Anfang der 1990er Jahre gebildeten Ampelkoalitionen in Bremen und Brandenburg zerbrachen vor Ablauf der Wahlperiode. Sie fanden erst ab 2016 in Rheinland-Pfalz einen erfolgreichen Nachfolger. Bei der Landtagswahl im März 2021 konnten die drei Parteien ihre Mehrheit überzeugend verteidigen und die Zusammenarbeit fortsetzen. Grüne und FDP schnitten dabei jedoch mit 9,3 beziehungsweise 5,5 Prozent im Verhältnis zur SPD (35,7 Prozent) deutlich schwächer ab als bei der Bundestagswahl. Blickt man auf die Praxis der lagerübergreifenden Koalitionen in den Ländern, haben sich diese trotz ihrer größeren Fragilität als stabil erwiesen. Am heftigsten knirschen sollte es in der Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt, die aber dennoch bis

zum Ende der Legislaturperiode durchhielt und nach der Landtagswahl im Juni dieses Jahres von einer „Deutschland-Koalition“ aus Union, SPD und FDP abgelöst wurde. Alle anderen Koalitionen verliefen und verlaufen weitgehend reibungslos und bisweilen sogar harmonisch. Mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns, wo die SPD künftig mit der Linken statt der CDU regieren will, wurden sie deshalb auch dort erneuert, wo es für die führende Regierungspartei Alternativen gegeben hätte, so etwa 2021 in Baden-Württemberg.

**Belastbare Vertrauensgrundlage** Welche Lehren lassen sich daraus für die Ampel ziehen? Zunächst muss bedacht werden, dass infolge der Aufgabenverteilung im deutschen Föderalismus die eigentliche „Musik“ auf der Bundesebene spielt. Das betrifft die Zuständigkeiten für die Innen-, Wirtschafts-, Sozial- und Klimapolitik ebenso wie die damit eng verbundene Europa- und Außenpolitik. Von daher sind

die potenziellen Konflikte und Stolpersteine für die beteiligten Seiten hier ungleich größer als in den Ländern. Ausweis der schwieriger gewordenen Koalitionsbildung sind die längere Dauer der Sondierungen und Koalitionsverhandlungen, die sich nach der letzten Wahl fast ein halbes Jahr hinzogen, und die immer umfangreicheren Koalitionsverträge. Zumindest was die Dauer der Verhandlungen angeht, haben die drei angehenden Ampelpartner Besserung gelobt und streben den Abschluss der Regierungsbildung bis zum Jahresende an. An der Länge und Detailliertheit der Vereinbarungen wird sich aber vermutlich nicht viel ändern, die Verhandlungsdelegationen sind nur unwesentlich kleiner als 2018. Denn nur auf das, was vertraglich festgelegt worden ist, können die Partner während ihrer gemeinsamen Regierungszeit verbindlich pochen. Damit eine so heterogene Verbindung wie die Ampel funktioniert, bedarf es einer belastbaren Vertrauensgrundlage zwischen den hauptbe-

teiligten Personen sowie der Bereitschaft, sich gerade in den Fragen entgegengukommen, die die Markkerne der Parteien umschreiben.

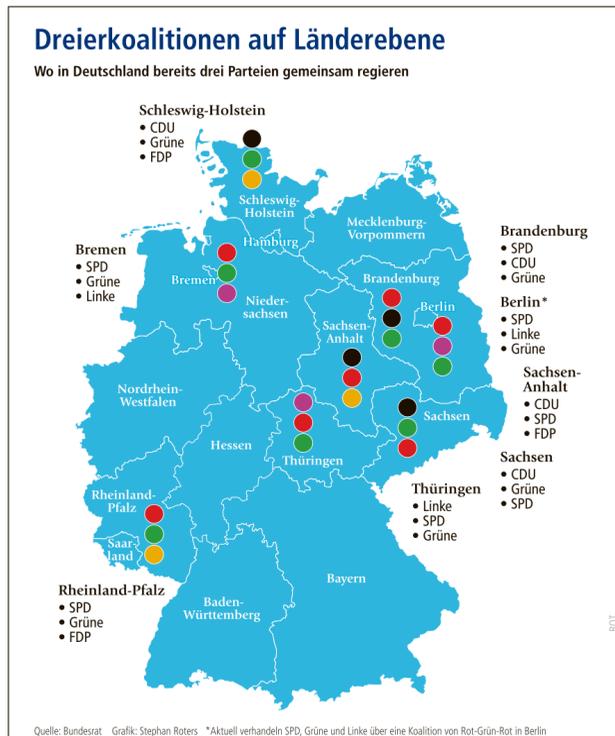
**Respekt vor Markenkern** Beide Voraussetzungen scheinen nach dem Abschluss der Sondierungen gegeben. Als Vorteil hat sich erwiesen, dass die FDP diesmal nicht wie 2017 aus der außerparlamentarischen Opposition heraus unmittelbar auf die Regierungsbank strebt, sondern ihre Erfahrungen und Kontakte aus der Parlamentsarbeit der letzten vier Jahre einbringen kann. Auch inhaltlich haben SPD und Grüne den Liberalen weitreichende Zugeständnisse gemacht. So soll es weder Steuererhöhungen noch ein allgemeines Tempolimit geben. An der Schuldenbremse wird zumindest formal ebenfalls nicht gerüttelt. All das hilft der FDP, die Ampel bei ihren Mitgliedern und Wählern als Erfolg zu verkaufen. Wie die Markkerne zum Ausdruck kommen, entscheidet neben den Inhalten nicht zuletzt die Ressortverteilung. Auch wenn die Ampelpartner beteuern, darüber erst am Schluss sprechen zu wollen, steht diese schon jetzt wie der sprichwörtliche Elefant im Raum. Naheliegender erscheint die Überlegung, der SPD vor allem die mit sozialen Fragen befassten, den Grünen die klimaschutzrelevanten und der FDP die mit der Digitalisierung verbundenen Ressorts zuzuschlagen. Darüber hinaus kann man auf ungeschriebene Gesetze vergangener Koalitionsbildungen zurückblicken, nach denen thematisch verwandte Ministerien wie etwa Innen und Justiz, Wirtschaft und Finanzen oder Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern aufgeteilt werden. Eine Schlüsselrolle wird der Zuordnung des Finanzministeriums zukommen. Es wurde bereits vor der Wahl von den Grünen und der FDP gleichermaßen beansprucht. Würde sich die FDP durchsetzen, könnte das die Möglichkeiten der SPD wie der Grünen, ihre eigenen Markkerne sichtbar zu machen, empfindlich einschränken, sind doch sowohl die Sozial- als auch die Klimapolitik in hohem Maße an die Finanzen gekoppelt. Es ist daher durchaus denkbar, dass das Ressort am Ende weder den Grünen noch der FDP zufällt, sondern bei der Partei bleibt, die den Kanzler stellt. Dies entspräche zugleich der Praxis der meisten früheren Regierungen.

Last but not least wird es eine interessante Frage sein, wie die Koalitionäre das Regierungsmanagement institutionell absichern, ob sie zum Beispiel an die in der Regierungszeit Helmut Kohls etablierte Praxis, über wichtige Themen in Koalitionsrunden vorab zu entscheiden, anknüpfen, und welche Rolle das Kanzleramt spielt. Dessen Machtzuwachs auf Kosten der klassischen Ressorts hat vor allem mit der gewachsenen Bedeutung der Europapolitik zu tun, zeigte sich in den vergangenen Wahlperioden aber auch in innenpolitischen Bereichen wie der Flüchtlingspolitik oder der Pandemiebekämpfung. Es ist kaum anzunehmen, dass Olaf Scholz (SPD) und ein mutmaßlicher neuer Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt diese Gelände gewinnen wieder preisgeben. Vielmehr dürften sie alles daran setzen, den Kanzlerbonus, von dem Angela Merkel (CDU) so reichlich gezeht hat, jetzt auf die Mühlen der SPD zu lenken.

**Der Erwartungsdruck ist immens. Entsprechend hoch ist das Risiko des Scheiterns.**

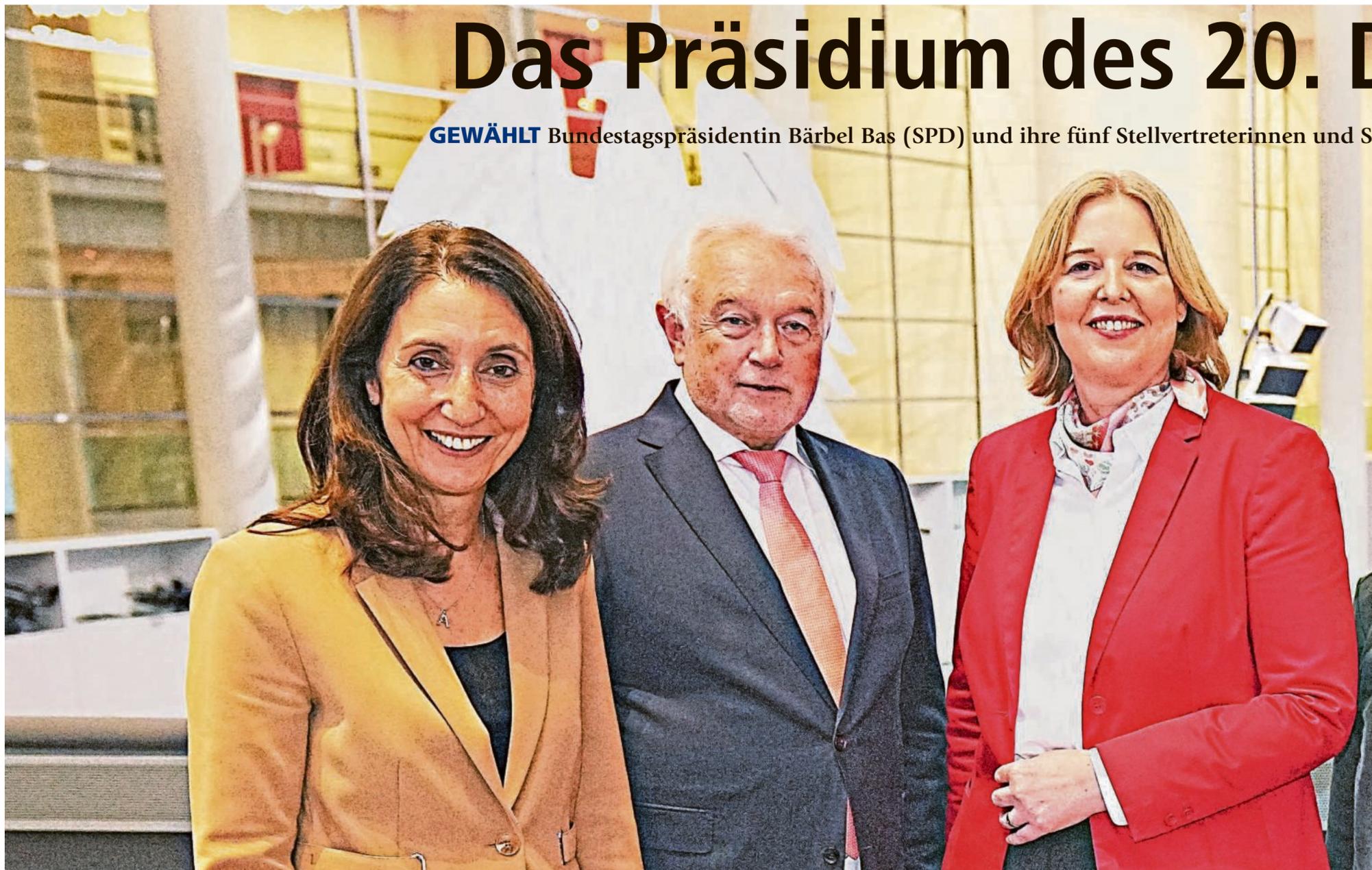
Der Erwartungsdruck, der auf der Ampel lastet, ist angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung und Klimapolitik immens. Entsprechend hoch ist das Risiko des Scheiterns. Rückläufige Zustimmungswerte während einer Legislaturperiode und Niederlagen bei den Landtagswahlen sind für Regierungsparteien nichts Ungewöhnliches. Wie schnell und mit welcher Wahrscheinlichkeit sie eintreten, lässt sich nicht voraussehen – zumal wie in der Ära Merkel ständig neue Krisen hinzukommen können. Nimmt man die hier erörterten institutionellen und akteursbezogenen Faktoren als Maßstab, steht die Ampel in mancherlei Hinsicht aber unter besseren Vorzeichen als die vergangenen schwarz-rot und schwarz-gelben Regierungen. Denn obwohl sie sich so lange an der Macht gehalten hat, war Merkel keine besonders begabte Koalitionspolitikerin. Ob Scholz hier ein besseres Händchen behält und die Ampel vielleicht sogar über 2025 hinaus Bestand hat, werden die kommenden Jahre zeigen. ...

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Professor an der Universität Bonn.



# Das Präsidium des 20. D

GEWÄHLT Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) und ihre fünf Stellvertreterinnen und S



## Die erste Muslima

**AYDAN ÖZOGUZ** Hanseatin mit türkischen Wurzeln

Zuerst war es ihr Name, der in der Diskussion darum, wer der zweite Mann oder die zweite Frau im Staat werden könnte, die Runde in den Medien machte. Doch die SPD-Fraktion entschied sich schließlich für Bärbel Bas als Präsidentin – und nominierte Aydan Saliha Özoguz als ihre Stellvertreterin. Wie Bas ist sie eine erfahrene Politikerin und Parlamentarierin. Özoguz hatte sechs Jahre den stellvertretenden Partei- und Fraktionsvorsitz inne und war von 2013 bis 2018 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Ihren Hamburger Wahlkreis Wandsbek gewann die Frau, die oft als Musterbeispiel für gelungene Integration genannt wird, gerade zum dritten Mal hintereinander direkt. Zuvor hatte ihre Hamburger SPD sie mit 94,5 Prozent zur Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl gewählt.

In die Hamburger Sozialdemokratie holte die 54-Jährige seinerzeit Olaf Scholz. Und auch als Özoguz 2009 frisch in den Bundestag gewählt wurde, war er zur Stelle: „Ich erinnere mich noch gut daran, es war ein gewisser Olaf Scholz, der mir damals ein Büro abgab, weil ich als Neue einfach kein Büro abbekam“, erzählte Özoguz der „Hamburger Morgenpost“. Nicht nur die geographische Heimat eint sie, sondern auch die politische: Beide sind Teil des Seeheimer-Kreises, dem konservativen Flügel der Fraktion. Özoguz nennt sich eine „Hamburger Deem“. Dort ist sie im Mai 1967 geboren und groß geworden und nicht selten schleicht sich ein Wort auf Plattdeutsch in ihre Erzählungen ein. Sie wuchs zweisprachig auf. Ihre Eltern siedelten Anfang der 1960er Jahre aus dem türkischen Istanbul in die Hansestadt um und gründeten ein Importunternehmen für Haselnüsse. Aufgewachsen ist sie in einem Hochhaus in Lokstedt mit zwei älteren Brüdern. Nach ihrem Abitur 1986 folgte ein Studium der Anglistik, Spanisch und Personalwirtschaft an der Hamburger Universität. Bis zur ihrer Wahl in den Bundestag arbeitete sie bei der Körber-Stiftung, in der sie Integrationsprojekte koordinierte – parallel zu ihrer Arbeit in der Bürgerschaft, der sie von 2001 bis 2008 angehörte. Dort lernte sie ihren spä-

**Nicht selten schleicht sich ein Wort auf Plattdeutsch in ihre Erzählungen ein.**

teren Partner und Vater ihrer Tochter, Ex-Innensenator Michael Neumann (SPD), kennen. 2017 gaben beide ihre Trennung bekannt. Özoguz saß im Bundestag bislang im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Die Themen Zuwanderung und Integration begleiten sie schon lang: Bereits im Studium engagierte sie sich aktiv in der Türkischen Studentenvereinigung. Sie ist Muslima und eine der Gründerinnen des Arbeitskreises muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Sie ist nun die erste Muslima im Bundestagspräsidium. Schon früh trat Özoguz ein für weniger Schubladendenken und griff dabei in ihrer Zeit als Staatsministerin öfter auch zu deutlichen Worten. Mit ihrer Position, eine spezifisch deutsche Kultur jenseits der Sprache gebe es nicht, vielmehr hätten „Einwanderung und Vielfalt unsere Geschichte geprägt“ und Globalisierung und Pluralisierung von Lebenswelten zu einer weiteren Vielfalt geführt, wurde sie zur Reizfigur für Konservative und Rechte. Auch für Aussagen etwa zu Kinderehen oder salafistischen Gruppen erntete sie Kritik für zu wenig Präzision und Vorsicht. Doch auch bei offenen Anfeindungen wählte Özoguz stets einen höflichen Ton: „Es muss nicht immer jedem alles gefallen.“ In den derzeitigen Koalitionsverhandlungen für eine Ampel-Regierung findet sich ihr Name in der Arbeitsgruppe 19 „Flucht, Migration, Integration“ wieder. Das sei aber nie ein Automatismus: „Ich mache das gern, ich bin dafür auch in die Politik gegangen, um anderen zu helfen, die Hürden und Hindernisse haben. Aber nicht jeder mit Einwanderungsgeschichte will Integrationspolitik machen“, sagte sie dem NDR. Es sei „ein schönes Gefühl“ gewesen, dass Scholz ihr damals zugetraut habe, aktiv zu werden. Später habe sie oft überlegt, wie wichtig dieser Schritt war, denn „für viele, deren Eltern eingewandert sind, ist es ja nicht selbstverständlich, beispielsweise in einer Partei verankert zu sein.“

Lisa Brübler

## Der letzte Mann

**WOLFGANG KUBICKI** Fünf Jahrzehnte Erfahrung

Der erste Hinweis auf die sich verändernde Situation kam bereits vor der Wahl: „Sie sind der einzige Mann, wenn das Ergebnis so kommt“, rief die frisch gewählte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) dem als einen ihrer Stellvertreter kandidierenden Wolfgang Kubicki (FDP) zu. Ein Problem ist das für den 69-jährigen Kubicki, seit über 50 Jahren bei den Liberalen, nicht. Er sagte einmal: „Ich habe mit emanzipierten Frauen kein Problem.“ Also dürfte der Grandseigneur der deutschen Politik auch mit einer Frauenquote im Präsidium von 84,4 Prozent zurecht kommen. Als Kubicki 1971 in die FDP eintrat, war von Frauenquoten und Geschlechtergerechtigkeit noch keine Rede, und die FDP war fast reine Männerangelegenheit. Nur wenige liberale Damen wie Liselotte Funcke oder Hildegard Hamm-Brücher erreichten größere Bekanntheitswerte. Kubicki hatte kurz zuvor sein Abitur in seiner Heimatstadt Braunschweig gemacht und studierte Volkswirtschaft und Jura in Kiel. Schleswig-Holstein sollte seine politische und persönliche Heimat werden.

Gelegentlich zog es ihn auch in die Bundespolitik, aber das blieben nur Abstecher. Erst zu Beginn der letzten Legislaturperiode 2017 kam er endgültig in Berlin an. Nach dem Wiedereinzug der FDP in den Bundestag wurde er zum Vizepräsidenten gewählt und in der letzten Woche mit 564 Jastimmen bei 91 Neinstimmen, 69 Enthaltungen und drei ungültigen Stimmen wiedergewählt. Kubicki, der auch erfolgreich als Anwalt tätig ist, hat sich in fünf Jahrzehnten einen Namen als freier und unabhängiger Kopf gemacht, der den Mut zur deutlichen Aussprache besitzt. Dies führt er auf seine Familie zurück: „Von meiner Mutter habe ich das Prinzip Attacke übernommen. Sie hatte durch die Härten der Kriegs- und Nachkriegsjahre gelernt, dass sich wenigstens einer in der Familie nicht die Butter vom Brot nehmen lassen darf. Ich habe mir ihre Renitenz abgeschaut – und die Eigenschaft, Entscheidungen nicht allein deshalb zu akzeptieren, weil irgendjemand etwas behauptet, sondern nur, weil das Argument überzeugend ist.“

**Kubicki besitzt den Mut zur deutlichen Aussprache.**

Der Mann mit eigenen Ansichten ist gefragter Gast als Redner und in Fernsehsendungen. Bei der Linkspartei trat er schon einmal beim Geburtstag von Fraktionschef Dietmar Bartsch auf. Und bei öffentlichen Auftritten sorgt Kubicki gerne für Überraschungen, zum Beispiel wenn er Kritik an der Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel deutlich werden lässt oder Zweifel an den Sanktionen gegen Russland äußert. Bei der Pandemie-Bekämpfung warnte er deutlich davor, Grundrechte zur Disposition zu stellen. Und zur Gendersprache kommentiert er kurz und knapp: „Ich warne dringend davor zu meinen, man könnte Menschen durch solche neuen Sprachvorgaben erziehen.“

Trotz des oft eigenwilligen Kurses hat sein Wort in Partei und Fraktion Gewicht. Der Aufstieg von Christian Lindner zum Parteichef wäre ohne die Unterstützung Kubickis wohl schwieriger geworden. Als die Liberalen 2013 erstmals seit 1949 nicht mehr in den Bundestag kamen, war es Kubicki, der einen schnellen Neuanfang mit Lindner forderte. Der Neustart gelang, 2017 kehrte die FDP

in den Bundestag zurück und hat jetzt sogar eine Beteiligung an der Bundesregierung in Aussicht. Und wieder ist es Kubicki, der massiv für Lindner als Finanzminister wirbt. Kubicki selbst strebt keine Kabinettswürden mehr an. Das Amt des Vizepräsidenten füllt ihn aus. Im Bundestag ist Kubicki für eine straffe Leitung von Sitzungen bekannt. Im letzten Bundestagspräsidium hatte ihn Präsident Wolfgang Schäuble gebeten, ein Auge auf die Bauprojekte des Bundestages zu haben. Den Umgang mit den großen Verwaltungen habe er erst lernen müssen, erzählt er schmunzelnd. Aber auch das hat geklappt. Um sein Privatleben macht Kubicki kein großes Aufheben. Er ist in dritter Ehe verheiratet, Vater von Zwillingen und Großvater. In seiner Freizeit fährt er gerne auf seiner Motoryacht mit dem Namen Liberty – der Name ist Programm. Zum Leben, zum Wirken und zur Person passt auch sein Sternzeichen, der Fisch. Und dieser Fisch schwimmt gerne gegen den Strom.

Hans-Jürgen Leersch

## Die Präsidentin

**BÄRBEL BAS** Die Sozialdemokratin setzt auf Transparenz

Wer sich auf der Webseite der neuen Bundestagspräsidentin Bärbel Bas umsieht, erfährt viel Privates über die Sozialdemokratin aus Duisburg. Von ihrer Begeisterung für Fußball zum Beispiel: In jungen Jahren spielte sie selbst als Linksaußen und Libero, heute drückt sie den Frauen des MSV Duisburg die Daumen. Stadiontauglich ist auch eines ihrer Leibgerichte: Currywurst mit Pommes und Mayo, dazu passend hält sie der Duisburger Brauereikunst die Treue und schwört aufs Köpfi. Auch abseits diverser Top-5-Listen gibt Bas viel von sich preis. Wer will, kann sich ihre Steuerbescheide der vergangenen Jahre herunterladen, sich über ihre mandatsbezogenen Einnahmen und Ausgaben informieren und nachvollziehen, welche Gespräche mit Lobbyisten sie geführt hat. Es überrascht daher nicht, dass Transparenz eines der Themen ist, die Bas nun als Bundestagspräsidentin angehen will, wie sie im Interview mit dieser Zeitung ankündigt.

Bas war vor ihrer Nominierung vor allem Menschen in der Berliner Politikblase ein Begriff und weniger in der breiten Öffentlichkeit präsent. Ihr Weg zum Amt war gesäumt von einer Diskussion innerhalb und außerhalb der SPD über die Repräsentanz von Frauen in hohen Staatsämtern. Sie habe nicht selbst den Finger gehoben, sagte Bas vergangene Woche in ihrer Antrittsrede. „aber im richtigen Moment ja gesagt“. Nach Annemarie Renger und Rita Süsmuth ist sie nun die dritte Frau im Amt. Die 53-Jährige sei „eine Sozialdemokratin mit einer großen Biografie“, würdigte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich die von ihm vorgeschlagene Abgeordnete. Achim Post, Vorsitzender der NRW-Landesgruppe, lobte Bas als „eine über Fraktionsgrenzen hinweg hochangesehene Parlamentarierin“. Mit ihrer Persönlichkeit und parlamentarischen Erfahrung bringe sie Voraussetzungen mit, „um dieses so wichtige Amt im Sinne eines starken und bürgernahen Parlamentarismus auszuüben“. Der Anspruch, Politik an Bürgerinnen und Bürger heranzutragen und verständlicher zu machen, durchzog Bas' Antrittsrede (siehe Seite 1). Es ist auch ihr politisches Motto. „Politik, die Du sagt“, heißt es auf ihrer Webseite.

**»Politik, die Du sagt« – so lautet das Motto der Duisburger Sozialdemokratin.**

Geboren wurde Bärbel Bas am 3. Mai 1968 in Walsum, heute ein Stadtbezirk von Duisburg. Sie wuchs mit fünf Geschwistern auf. In der Familie gab es drei Mädchen und drei Jungs. „Meine Eltern haben auf Parität geachtet“, schreibt Bas, die seit verganginem Jahr verwitwet ist. 1984 schloss sie die Hauptschule in Voerde mit der Fachoberschulreife ab, lernte zunächst für ein Jahr an einer höheren Berufsfachschule für Technik Schweißen und – nach eigenem Bekunden – „perfekt einen U-Stahl“ zu feilen. Dann wechselte sie von der Werkstatt ins Büro. Nach einer Ausbildung zur Bürogehilfin bei der Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG) bildete sich bis zur Personalmanagement-Ökonomin fort. 2007 wurde Bas Abteilungsleiterin bei der einstigen Betriebskrankenkasse der DVG, der heutigen BKK futur.

Ihr politischer Werdegang hängt eng mit ihrem beruflichen zusammen. Seit ihrer Ausbildungszeit engagierte sich Bas im Betriebsrat, fand so zur sozialdemokratischen Betriebsgruppe und trat 1988 der SPD bei. Es folgten Stationen bei den Jusos sowie in lokalen und regionalen Parteivorständen. Mehrere Jahre lang saß Bas zudem im Rat von Duisburg. Ihren Bundestagswahlkreis Duisburg I, seit den 1960ern eine SPD-Hochburg, gewann Bas seit 2009 viermal direkt. Im Bundestag machte sie als Gesundheitspolitikerin von sich reden. Sie hat als überzeugende Rednerin in vielen großen Gesundheitsdebatten die Position der SPD und der Koalition mit vertreten. In Debatten war sie oft, die einen kritischen Punkt noch einmal klargestellt hat. So hat Bas immer deutlich gemacht, dass sie selbst und die SPD eine Bürgerversicherung anstreben, dies aber in der Koalition mit der Union nicht durchsetzbar ist. Bas weiß, wie der Bundestag tickt. In der Fraktion übernahm sie von 2013 und 2019 das Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin. 2019 rückte die Duisburgerin, die der Parlamentarischen Linken angehört, als Vize in den Fraktionsvorstand auf mit Zuständigkeit für die Themen Gesundheit, Bildung und Forschung. Nun folgte der große Schritt: an die Spitze des Deutschen Bundestages. Sören Christian Reimer

# Deutschen Bundestages

stellvertreter bilden das neue Präsidium. Keine Mehrheit fand der Kandidat der AfD-Fraktion.



© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

## Die Rekordfrau

**PETRA PAU** Amtiert schon seit 2006 als Vizepräsidentin

Schon eine halbe Ewigkeit gehört Petra Pau (Linke) dem Parlament an. Seit 1998 ist sie im Bundestag vertreten, seit 2006 als Vizepräsidentin. Anfangs im Parlament noch skeptisch beäugt, gilt die frühere Lehrerin aus Berlin-Marzahn heute als erfahrene, ausgleichende und als Vizepräsidentin in der Sitzungsleitung durchsetzungsstarke Persönlichkeit, die auch im Ältestenrat auf viel Respekt und Zustimmung stößt. Sie ist inzwischen die dienstälteste Vizepräsidentin des Bundestags.

Nicht weniger als sechs Mal hintereinander gewann Pau ihr Berliner Direktmandat, 1998 im Wahlkreis Berlin-Mitte-Prenzlauer Berg, in den Folgejahren im Wahlkreis Berlin-Marzahn-Hellersdorf. Bei der Wahl in diesem Jahr unterlag sie überraschend dem CDU-Kandidaten Mario Czaja. Über die Landesliste zog die Frau mit dem markanten Bürstenhaarschnitt dann aber doch wieder in den Bundestag ein.

2006 war sie noch zweite Wahl für den Posten des Vizepräsidenten. Eigentlich sollte Lothar Bisky das Amt bekommen, er erreichte jedoch nicht die nötige Mehrheit. Daraufhin trat Pau an und wurde im ersten Wahlgang gewählt. Vorgangene Woche wurde sie zum fünften Mal in Folge im Amt bestätigt. Auf Pau entfielen 484 Ja-Stimmen, 163 Nein-Stimmen und 76 Enthaltungen. Sie bot eine gute Zusammenarbeit an „für die Demokratie“.

Die frühere Funktionärin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR kennt die Besonderheiten der Parlamentsarbeit aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln. Als bei der Wahl 2002 die damalige PDS, die Nachfolgeorganisation der SED, politisch strauchelte, zogen nur Pau und ihre Kollegin Gesine Lötzsch als Einzelkämpferinnen in den Bundestag ein. Für die beiden Frauen standen hinten im Saal zwei Stühle bereit. Die beiden PDS-Frauen hatten in Berlin jeweils Direktmandate gewonnen, während die PDS unter der Fünf-Prozent-Marke blieb. Es reichte damals nicht einmal für den Status als Gruppe, von den Rechten einer Fraktion ganz zu schweigen.

Von dieser politischen Durststrecke ließ sich Pau nicht aus der Bahn bringen, son-

dem setzte Akzente, wo es ging, etwa mit ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus. Sie gilt als Innenexpertin und war Obfrau in Untersuchungsausschüssen.

Das Durchhaltevermögen mag auf ihre Erfahrungen in der DDR und der Wendezeit zurückgehen. Pau stammt aus einem Arbeiterhaushalt. Geboren am 9. August 1963 in Berlin, absolvierte Petra Pau in der DDR eine Laufbahn nach den Vorstellungen des SED-Regimes. Von der Polytechnischen Oberschule wechselte sie 1979 an das Zentralinstitut der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ (ZIPO) in Droyßig (Sachsen-Anhalt). Dort schloss sie ihr Studium 1983 als Freundschaftsponierleiterin und Unterstufenlehrerin für Deutsch und Kunstziehung ab. Im selben Jahr trat sie in die SED ein.

Es folgte ein Studium an der Parteihochschule Karl Marx (PHS) in Berlin, das Pau 1988 mit einem Diplom in Gesellschaftswissenschaften abschloss. Bis 1990 arbeitete Pau im Zentralrat der FDJ, dann wurde die DDR-Jugendorganisation abgewickelt.

Pau sieht sich als demokratische Sozialistin und hat ihre DDR-Biografie immer offensiv verteidigt. Auch sie konnte sich den gesellschaftlichen Umbrüchen der Wendezeit nicht entziehen, wurde vorübergehend arbeitslos und schien mit der PDS politisch auf verlorenem Posten. Pau resignierte aber nicht und machte Karriere in der PDS, die seit 2007 als „Die Linke“ firmiert, amtierte lange als Berliner Landesvorsitzende und später als stellvertretende Bundesvorsitzende. Sie setzt sich auch heute noch insbesondere für die Belange der Menschen in Ostdeutschland ein.

In den Jahren hat Pau immer wieder stauend auf ihre ungewöhnliche Karriere im Bundestag zurückgeblüht, die sie selbst so nicht erwartet hatte. Geholfen hat wohl ihre unaufgeregte, ausgeglichene Art. Auch privat lässt sie es ruhig angehen, sie kocht und liest gerne und kümmert sich um ihren Balkon-Garten im Haus, wo sie mit ihrem Mann wohnt. Zwischendurch findet sie noch Zeit, Anekdoten aus dem Alltag von Politik und Parlament zu schildern. Ihr neues Buch trägt den verheißungsvollen Titel „Gott hab sie selig“.

pk

## Die Stimmenkönigin

**YVONNE MAGWAS** Mehr als eine Kompromisskandidatin

Die ersten Worte im neuen Amt waren unmissverständlich. „Da habe ich eine sehr klare Haltung“, sagte Yvonne Magwas der „Rheinischen Post“. „Das Anliegen der FDP unterstütze ich nicht. Sie hat eine Tradition. Und das soll auch so bleiben.“ „Spiegel Online“ fasste diese Aussage der neuen Vizepräsidentin des Bundestages mit der Schlagzeile zusammen: „Magwas schmettert Wunsch der FDP zur Sitzordnung ab.“ Auf dem Zettel hatten die Parlamentskorrespondenten Magwas nicht unbedingt, als sie über die Besetzung des Vize-Postens orakelten, welcher der Union vorbehalten ist. Viele sehr wichtige Posten gibt es für CDU und CSU in Berlin ja nicht mehr, und entsprechend intensiv wurde diskutiert. Dann aber verzichteten Monika Grütters und Annette Widmann-Mauz, beide Beauftragte der Bundesregierung im Kanzleramt, auf ihre Kandidatur. Es ging um ein Zeichen der Geschlossenheit in der angeschlagenen Unionsfraktion. Überraschend zog also die 41-jährige Magwas vorbei – und erhielt bei der Wahl mit 600 Ja-Stimmen das beste Vize-Ergebnis. Seit 2013 sitzt sie im Bundestag. Damals über die Landesliste, 2017 dann direkt in ihrem Wahlkreis Vogtlandkreis gewählt und 2021 wiederum als eine von nur vier CDU-Kandidaten in Sachsen und als einzige in einem ländlichen Wahlkreis.

Ihr politisches Engagement reicht weit zurück. 1998, als Magwas Abitur machte und die erste rot-grüne Koalition gebildet wurde, trat sie in die Junge Union ein. Und schnupperte Parlamentsluft, indem sie ein Praktikum beim Bundestagsabgeordneten Rudolf Braun absolvierte. Es muss ihr gefallen haben. Während ihres Studiums der Soziologie, Psychologie und Betriebswirtschaftslehre wurde sie Stadträtin in Auerbach und Mitglied im Kreistag des Vogtlandkreises. Beinahe hätte es sie einmal in die Wirtschaft gezogen, als Magwas während ihres Studiums eine Firma zur Vermittlung von Praktikumsplätzen gründete. 2005, ein Jahr vor ihrem Diplom in Sozio-

logie, begann Magwas als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Bundestagsabgeordneten Robert Hochbaum. Magwas ist nicht nur eine Kompromisskandidatin. Fraktionschef Ralph Brinkhaus hatte bereits vor der entscheidenden Sitzung von ihr als einem „guten Kompromiss“ gesprochen, sie als „erfahrene Parlamentarierin“ bezeichnet, die als Mutter eines Kindes „mitten im Leben steht“. Liiert ist sie mit Marco Wanderwitz, dem bisherigen Ost-Beauftragten der Bundesregierung. Pragmatismus und Lösungsorientiertheit scheinen ihr eher zu liegen als das Beharren auf harten Positionen; in der sächsischen CDU vertritt sie den moderaten Flügel. Mit ihrer Wahl sendet die Bundes-

CDU auch die Botschaft, dass Anliegen der Ostdeutschen in der Hauptstadt ein Gehör haben sollen. Ostdeutsch, Frau und jung – das steht in der Unionsfraktion tatsächlich für einen Neuanfang. Magwas steht der „Gruppe der Frauen“ in der Unionsbundesstagsfraktion vor und ist stellvertretende Vorsitzende der „Frauen Union“. Im Interview mit der „Rheinischen Post“ kündigte Magwas auch an, bei einer Wahlrechtsreform die Belange von Frauen stärker berücksichtigen zu wollen. Die Wahlrechtskommission aus der vergangenen Legislaturperiode müsse „schnellstmöglich“ wieder eingesetzt werden, sagte sie. Dann werde es darum gehen, wie man eine stärkere Beteiligung von Frauen im Rahmen einer Wahlrechtsreform sicherstellen könne. Die Kommission solle dafür Empfehlungen erarbeiten. Ferner kündigte Magwas an, dass sie als Vizepräsidentin für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Parlamentsarbeit sorgen wolle. Angesichts ausufernder Sitzungszeiten müsse überlegt werden, „wie wir solche Auswüchse begrenzen und im Bundestag die Digitalisierung stärker nutzen können“, sagte sie. Sie wisse aus eigener Erfahrung, dass vor allem namentliche Abstimmungen am späteren Abend problematisch seien, „wenn man zu Hause das Kind betreuen muss, aber zugleich abstimmen soll“, so Magwas. „Beides geht bisher nicht.“ Deswegen müssten digitale Wege gefunden werden.

Jan Rübel

**Magwas will sich für die Vereinbarkeit von Familie und Parlamentsarbeit einsetzen.**

## Die Unerschrockene

**CLAUDIA ROTH** Mit eigenem Stil auch im Präsidium

Die Szene vom vergangenen November wirft nicht nur ein Schlaglicht auf die zurückliegende Wahlperiode des Bundestages, sondern auch auf die Amtsführung seiner Vizepräsidentin Claudia Roth: Im Parlament gilt Maskenpflicht; nur am Rednerpult und am Sitzplatz darf die Bedeckung im Plenarsaal abgenommen werden, doch kommt der AfD-Abgeordnete Thomas Seitz mit einem Netzstoff über Mund und Nase an das Pult. Als er nach seiner Rede wieder gehen will, reicht ihm Roth als Sitzungsleiterin mit der Hand eine frische FFP2-Maske, da er selbst „nur ein löchriges Tuch“ habe. Seitz protestiert: Diese neue Maske habe Roth jetzt kontaminiert. Die amtierende Präsidentin lässt sich nicht beirren, nestelt aus einer sterilen Packung mit FFP2-Mas-

ken eine weitere ostentativ mit einem Stift heraus und reicht sie dem AfD-Mann, ohne sie zu berühren: „So! Und die setzen Sie jetzt bitte auf!“ Das Protokoll vermerkt Heiterkeit und Beifall bei Union, SPD und Grünen. Seitz folgt der Aufforderung, nicht ohne zu fragen, ob er „mit dem Maulkorb“ nun das Pult verlassen dürfe. Das sei eine Maske, kein Maulkorb, bescheidet Roth ihm, und wenn er so weiter mache, bekomme er einen Ordnungsruf.

Claudia Roth pflegt ihren eigenen Stil, gern unkonventionell, nicht immer präsidial, aber immer authentisch: Seit acht Jahren amtiert die langjährige Grünen-Vorsitzende als Vizepräsidentin des Bundestages, in den sie 1998 erstmals eingezogen war. Bei ihrer ersten Wahl in das Parlamentspräsidium hatte sie 2013 versprochen, „es so zu machen, wie ich bin“ – woraufhin der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) konstatierte, dies berechtige „zu den schönsten Hoffnungen“. Insgesamt elf Jahre hatte sie zuvor an der Spitze der Grünen gestanden und, wie ihr anschließend ein Weggefährte bescheinigte, die „emotionale Wahrheit“ grüner Politik verkörpert. Als bunt und leidenschaftlich wurde sie oft beschrieben, eine streitbare Moralistin mit ausgeprägtem Talent zu offener Empörung wie zu ehrlicher Herzlichkeit.

Quittiert wird ihr das nicht nur mit breiter Anerkennung, wie unzählige Hass-Mails an ihre Adresse belegen. Dass sich die heute

66-Jährige gleichwohl treu geblieben ist, zeigt ihre „Unerschrockenheit, sie selbst zu sein“, die ihr einmal aus den Reihen der Union attestiert wurde.

1955 in Ulm geboren, wuchs Roth in einer linksliberalen Familie auf. Den Jungdemokraten, bis 1982 ein FDP-Jugendverband, gehörte sie von 1971 bis 1990 an. Sie studierte Theaterwissenschaften, arbeitete als Dramaturgin. Bevor Roth 1987 den Grünen beitrat, war sie schon – nach der Zeit als Managerin der Polit-Rock-Gruppe „Ton Steine Scherben“ – zwei Jahre lang Pressesprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion; dies blieb sie bis zu ihrer Wahl ins Europaparlament 1989, in dem sie fünf Jahre später Fraktionsvorsitzende wurde.

Schon in Brüssel als Menschenrechtspolitikerin profiliert, übernahm sie nach dem Wechsel in den Bundestag 1998 den Vorsitz des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Das galt als Traumjob für Roth, doch 2001 legte sie ihr Mandat nieder, um erfolgreich für den Parteivorsitz zu kandidieren. Den musste sie indes 2002 nach ihrem neuerlichen Einzug in den Bundestag aufgrund der von den Grünen später gelockerten Trennung von Amt und Mandat wieder räumen. Sie wurde Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung und kehrte, nun mit Bundestagsmandat, 2004 zurück an die Parteispitze. Dort hielt sich Roth insgesamt länger als alle ihre Vorgänger. 2012 aber wurde die Parteilinke bei der Grünen-Unionwahl der Spitzenkandidaten nur vierte; nach der Bundestagswahl 2013 verzichtete sie auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz; stattdessen wurde sie mit 67,8 Prozent der gültigen Stimmen zur Bundestags-Vizepräsidentin gewählt. 2017 waren es bei ihrer Wiederwahl 69,9 Prozent. Vorgangene Woche bestätigten die Abgeordneten Claudia Roth mit 77,8 Prozent der gültigen Stimmen im Amt.

Helmut Stoltenberg

**Gern unkonventionell, nicht immer präsidial, aber immer authentisch.**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**E**rinnert sich noch jemand an die zähen EU-Gipfel, auf denen tage- und nächtelang keine Einigung über die Finanzhilfen für Griechenland oder auch eine gemeinsame Haltung zur Asylpolitik gefunden wurde? Nach deren Ende die Regierungschefs, auch Angela Merkel, mit tiefen Augenrändern und trotzdem nicht immer zufrieden vor den Kameras die Ergebnisse erläuterten. SPD, Grüne und FDP, auch „Ampel“-Parteien genannt, scheint die Erinnerung daran und die nicht unbedingt positive Außenwirkung noch sehr präsent zu sein. Vielleicht ist es aber auch nur das „Trauma“ der gescheiterten „Jamaika“-Verhandlungen (schwarz-gelb-grün) von 2017, das die Verhandler des künftig möglichen Regierungsbündnisses bewogen hat, eine derartig durchdeklinierte Arbeitsweise ihrer Arbeitsgruppen zu definieren, wie es nun geschehen ist.

Als würde die FDP nicht seit Jahren eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes fordern, sollen die 22 Arbeitsgruppen mit ihren insgesamt rund 300 Mitgliedern unter der Woche nur von 11 bis 17 Uhr tagen und ihre Kräfte nicht in Nachtsitzungen verschwenden. Schließlich sind alle Beteiligten bemüht, Dynamik und Tatkraft auszustrahlen für die angekündigte „Koalition des Fortschritts“, da würden sich allzu müde Gesichter nicht gut machen. Auch sollen alle Teams ihre Berichte nach einem standardisierten Schema verfassen, so sollen diese zum Beispiel nicht länger als sechs Seiten sein, und sogar die Schriftgröße wurde festgelegt. Seit Mittwoch vergangener Woche wird nun um einen Koalitionsvertrag gerungen - und schon zeigen sich die ersten Risse.

**Der Teufel im Detail** Denn die wirklichen Schwierigkeiten der Verhandlungen liegen natürlich jenseits von Formalien. Die 22 Arbeitsgruppen (bei den Verhandlungen zur Großen Koalition 2017 gab es 18) wurden thematisch sieben Themenblöcken zugeordnet: Moderner Staat und Digitalisierung; Klimaschutz; Arbeitswelt; Familie und Kinder; Freiheit und Sicherheit; Außen- und Verteidigung und Staatsfinanzen. Bis 10. November um 18 Uhr sollen die Gruppen ihre Ergebnisse vorlegen. Anschließend soll eine Hauptverhandlungsgruppe bis Ende November die noch ungeklärten Streitpunkte aus dem Weg räumen. Nicht auszuschließen, dass dies nicht unbedingt von 11 bis 17 Uhr gelingt und es dann doch noch zu nächtlichen Runden kommen wird, um einen Koalitionsvertrag festzusetzen.

Trotz des bisher von allen Parteien betonten Willens, trotz der reibungslos abgelaufenen Sondierungsgespräche in absoluter Vertraulichkeit und trotz der Zuversicht, sich über bisher existierende politische Grenzen hinwegsetzen zu können: Im Sondierungspapier, auf das sich SPD, Grüne und FDP Mitte Oktober rasch geeinigt hatten, bleiben doch viele Projekte zu vage, als dass sie nicht noch zu Streit führen könnten, wenn die konkrete Umsetzung ausformuliert werden soll. Einen kleinen Vorgeschmack gab es davon bereits in der vergangenen Woche beim Thema Steuern und Finanzen.

In ihrem Sondierungspapier hatten die Ampel-Parteien auf Druck der FDP jegliche Steuererhöhungen und eine Aufweichung der Schuldenbremse ausgeschlossen. Und auch wenn Sozialdemokraten und Grüne das so unterschrieben haben, stehen seit her zwei Fragen im Raum: Wo sollen die Milliarden herkommen, die für den sozialökologischen Transformationsprozess nötig sind, den vor allem Grüne und SPD als zentrales Zukunftsprojekt einer neuen Regierung im Wahlkampf angekündigt hatten?

# Fahrt um die Kurven

**KOALITIONSVERHANDLUNGEN** SPD, Grüne und FDP verhandeln in 22 Arbeitsgruppen. Ein Knackpunkt ist die Finanzierung der ehrgeizigen Klimaziele, etwa durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen



Für das Umweltbundesamt ist die Pendlerpauschale eine der klimaschädlichen Subventionen, die abgeschafft werden sollten.

© picture-alliance/EXPA/picturedesk.com/Erwin Scheriau

Die zweite Frage ist die nach Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Der mögliche neue SPD-Kanzler Olaf Scholz aber auch Grünen-Co-Chef Robert Habeck hatten in der vergangenen Woche der FDP den schwarzen Peter dafür zugeschoben, dass sie mit ihrer strikten Ablehnung von Steuererhöhungen für Spitzenverdiener eine Entlastung von Bürgern mit geringeren Verdiensten verhindere. Prompt warnte FDP-Generalsekretär Volker Wissing seine potenziellen Koalitionspartner davor, in den „Wahlkampfmodus“ zurückzufallen.

Für Entlastungen und Investitionen müssten andere Wege gefunden werden, betonen nun alle drei Parteien. Unter anderem ist viel davon die Rede, umweltschädliche Subventionen abzubauen. Das fordert das Umweltbundesamt (UBA) schon seit Jahren und lieferte den Verhandlern mit einer am vergangenen Donnerstag veröffentlichten Studie neues Futter zur Finanzierung ihrer Projekte. Die Vergünstigungen für Diesel, Vorteile bei der Dienstwagensteuer oder Befreiungen von Energieabgaben für die Industrie hätten sich 2018 auf insge-

samt rund 65 Milliarden Euro summiert, errechnete das UBA. „Es ist paradox, wenn der Staat mit vielen Milliarden den Klimaschutz fördert und gleichzeitig klimaschädliche Produktions- und Verhaltensweisen subventioniert“, erklärte UBA-Präsident Dirk Messner am Donnerstag. Die Mehrheit der Bevölkerung würde bei der Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, also der steuerlichen Begünstigung privater Nutzung von Dienstwagen (kostet die Steuerzahler rund drei Milliarden Euro im Jahr), sicher mitgehen. Anders dagegen

sieht es bei der Pendlerpauschale aus, die aus der klimapolitischen Perspektive der Grünen schon lange auf den Prüfstand gehört und für deren Abschaffung das UBA ebenfalls plädiert. Millionen Menschen, die - auch aus Mangel an Alternativen - täglich mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, werden durch die Pauschale entlastet, bei genauerem Hinsehen profitieren allerdings eher Besserverdienende davon. FDP-Chef Christian Lindner betonte einen Tag nach der UBA-Veröffentlichung, an der Pendlerpauschale festhalten zu wollen.

Die Finanzierung der angekündigten Riesen-Investitionen für den Klimaschutz erfordert also Phantasie. Weiteren diskursiven Sprengstoff dürften aber auch die sozialpolitischen Pläne bergen. Zwar klingt es erstmal nach einem Zugeständnis vor allem an die SPD, wenn sich alle drei Partner zur Stärkung der gesetzlichen Rente und einem Mindestrentenniveau von 48 Prozent bekennen. Auch soll es keine Rentenkürzungen und keine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters geben. Auch die Erhöhung des Mindestlohns in einem einmaligen Schritt auf zwölf Euro je Stunde war nie eine Forderung der Liberalen.

**Bürgergeld** Aber beim Umgang mit der staatlichen Grundsicherung (Hartz IV) könnte es noch kompliziert werden. Im Sondierungspapier heißt es dazu recht vage, man wolle Hartz IV durch ein „Bürgergeld“ ersetzen, „das die Würde des und der Einzelnen achtet, zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt und digital und unkompliziert zugänglich sein soll“. Die Grünen und auch Teile der SPD, der Deutsche Gewerkschaftsbund sowieso, fordern schon länger vehement eine Erhöhung der monatlichen Regelsätze und ein Ende der Sanktionen. Deutliche Kritik kam deshalb bereits von der Vorsitzenden der Grünen Jugend. Deren Bundessprecherin Sarah-Lee Heinrich betonte zum Start der Koalitionsverhandlungen: „Nicht der Name muss sich ändern, sondern das System. Wem etwas daran liegt, Arbeitslosigkeit zu verringern, braucht keine Bestrafung von Einzelnen, sondern eine aktivere Arbeitsmarktpolitik für alle. Und dazu zählt auch ein menschenwürdiger Regelsatz.“ Der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans lehnte sich noch weiter aus dem Fenster: „Für das neue Bürgergeld wird die Formel gelten: höher, einfacher und unterstützender.“ Vor allem bei der Höhe könnten sich SPD und Grüne aber die Zähne an der FDP ausbeißeln, die aus ihrer Sicht bei Rente und Mindestlohn sozialpolitisch wahrscheinlich schon genug Kompromisse eingegangen ist. Im Führungstrio der entsprechenden Arbeitsgruppe werden die Grünen von Sven Lehmann vertreten, der seit Jahren kein gutes Haar an Hartz IV lässt und eine grundlegende Wende in der Armutsbekämpfung fordert - er wird es nicht leicht haben mit dieser Position.

**Wohnungsbau** Munter dürften auch die Diskussionen in der Arbeitsgruppe zu Bauen und Wohnen werden, ein Thema, das angesichts seiner Brisanz vor allem in Ballungsräumen enorme Bedeutung hat. Für die SPD sitzt hier der Parteilinke Kevin Kühnert im Dreier-Leitungsgremium, der wohnungspolitisch doch andere Schwerpunkte setzen wollen als die FDP. Immerhin ist im Sondierungspapier von einem „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ die Rede, mit dem Ziel, 400.000 neue Wohnungen jedes Jahr zu bauen, davon 100.000 öffentlich geförderte. In Bezug auf den Schutz von Mietern, die schon jetzt unter steigenden Mieten ächzen, heißt es: „Wir werden die geltenden Mieterschutzregelungen evaluieren und verlängern.“ Das dürfte den Linken bei SPD und Grünen nicht ausreichen.

Weniger konfliktbehaftet sind dagegen gesellschaftspolitische Themen. So haben die „Ampel“-Parteien bereits angekündigt, „die Rechtsordnung der gesellschaftlichen Realität anzupassen“, in dem unter anderem das Staatsangehörigkeitsrecht, das Familien- und das Abstammungsrecht, das Transsexuellengesetz und Regelungen zur Reproduktionsmedizin geändert werden sollen. Am 10. November um 18 Uhr wird sich zeigen, ob die „alte Lagerbildung“ tatsächlich nicht mehr existiert, wie Grünen-Co-Chefin Annalena Baerbock vergangene Woche frohlockte. *Claudia Heine*

Anzeige

## DAS LEBEN ÄNDERT SICH

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

Namensänderung

Adressänderung

Änderung der Bankverbindung

Telefonisch unter: 089-85853832,  
via E-Mail: [fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)  
oder online unter:  
[www.das-parlament.de/aboservice](http://www.das-parlament.de/aboservice)



## Ein Untersuchungsausschuss steht schon fest

**BUNDESTAG** Welche Ausschüsse es geben wird, entscheiden die Koalitionsverhandlungen – bis auf einige Ausnahmen

Die erste Bundestags-Sitzung mit fast allen 736 Abgeordneten ist absolviert, die ersten Drucksachen der 20. Legislaturperiode wurden gedruckt. Doch bevor der Bundestag richtig anfangen kann mit der Arbeit, müssen die Fachausschüsse einberufen werden. Wenn es bei den jüngsten Ankündigungen der „Ampel“-Parteien bleibt, dass die Koalitionsverhandlungen bis Ende November abgeschlossen sein sollen, dann werden sich vermutlich noch im Dezember die neuen Ausschüsse des Bundestages konstituieren.

Denn vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen hängt auch der Zuschnitt der Ausschüsse ab, weil diese in der Regel dem der Bundesministerien entsprechen. Noch ist aber offen, wie die nächste Bundesregierung zum Beispiel die Bereiche Klimaschutz oder Digitalisierung letztlich gewichtet oder ob der Zuschnitt des bisherigen Ausschusses für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen so bleibt wie in der 19. Legislaturperiode.

Ungewöhnlich in diesem Jahr ist: Noch bevor der parlamentarische Betrieb losgeht, steht bereits jetzt, mitten in den laufenden Koalitionsverhandlungen, fest, dass es einen Untersuchungsausschuss zur Evakuierungsmission in Afghanistan geben soll. Darauf verständigten sich SPD, Grüne und FDP bereits in ihren Sondierungsgesprächen. Nach Ansicht der Kritiker hatte das Auswärtige Amt die Lage nach der unerwartet schnellen Machtübernahme durch die Taliban völlig falsch eingeschätzt und eine Evakuierung deutscher Staatsbürger und bedrohter einheimischer Ortskräfte zu spät angeordnet.

Normalerweise ist ein Untersuchungsausschuss „das schärfste Schwert“ der Opposition, um die Regierung vorzuführen. Wenn nun ein künftiges Regierungsbündnis einen solchen Ausschuss einberufen will, ist das schon bemerkenswert. Außerdem planen die Parteien im Falle der Regierungsbildung auch, eine Enquete-Kommission einzusetzen, um den 20-jährigen Gesamteinsatz der Bundeswehr in Afghanistan wissenschaftlich evaluieren zu lassen.

verpflichtet das Grundgesetz jeden neu gewählten Bundestag, einen Ausschuss für Verteidigung, einen Auswärtigen Ausschuss, einen Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und einen Petitionsausschuss einzurichten.

In der vergangenen Wahlperiode hatte der Bundestag 24 ständige Ausschüsse plus drei Untersuchungsausschüsse zum Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz,



Ende August evakuierte die Bundeswehr Tausende mit diesen Transportflugzeugen aus Afghanistan. Die Mission soll nun parlamentarisch aufgearbeitet werden.

**Vorgaben des Grundgesetzes** Es gibt aber Ausschüsse, die unabhängig vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen vom Bundestag eingesetzt werden müssen: So

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



© picture-alliance/EXPA

che

# Neue Strategie gesucht

**OPPOSITION** Die Union ringt mit sich und ihrer künftigen Rolle – die Fraktionen von AfD und Linke zeigen sich nicht minder zerrissen

**B**lumen, Bläserquintett, Gratulationen – die Konstituierung des Bundestages war ein Festtag für die Demokratie. Doch richtig feierlich mag es dem einen oder anderen Abgeordneten beim ersten Zusammenkommen des Parlaments am vergangenen Dienstag nicht zumute gewesen sein, machte der Blick in den engbesetzten Plenarsaal doch bereits den nahenden Machtwechsel allzu deutlich: Hier die Reihen der erstarkten Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, dort die geschrumpften Fraktionen von CDU/CSU, AfD und Die Linke. Allesamt haben die drei Letzteren erheblich Sitze im Plenum eingebüßt, allesamt werden sie – ob sie wollen oder nicht – die nächsten Jahre gemeinsam in der Opposition verbringen, sofern nicht die Verhandlungen der angehenden „Ampel“-Koalition wider aller Erwartung scheitern. Dass die Opposition gemeinsame Sachen macht, ist allerdings nicht zu erwarten. Zuletzt hat Die Linke 2020, nach einem bundesweit diskutierten Fall im brandenburgischen Forst, jeglicher Kooperation mit der AfD eine Absage erteilt. Das gilt auch für die Union, die eine Zusammenarbeit mit Rechten und Linken per Parteitagbeschluss bereits 2018 kategorisch ausgeschlossen hat. Vier Jahre Opposition – anders als für die beiden anderen Fraktionen ist dies für die Union als voraussichtlich größte Oppositionsfraktion eine recht ungewohnte Aus-

sicht. Erst zum dritten Mal in der bundesdeutschen Geschichte wird sie keine Regierung anführen.

**Union in ungewohnter Rolle** Da mag der frühere Unionsfraktionschef Friedrich Merz wie kürzlich in einem Aufsatz in der „FAZ“ dafür werben, die Oppositionsrolle zu akzeptieren. Doch höchst unerfreulich ist die Perspektive doch für die Union: Nicht nur hat sich die Zahl ihrer Fraktionsmitglieder von 245 auf 197 reduziert, sondern auch die Zahl der Posten, die sie für ihr Spitzenpersonal zu vergeben hat. Jetzt ist es die SPD, die als größte Fraktion mit Bärbel Bas die Bundestagspräsidentin stellt. Und CDU-Parteichef Armin Laschet, der gehofft hatte, Kanzler zu werden, muss zusehen, wie Olaf Scholz (SPD) daran geht, mit Grünen und FDP ein von ihm geführtes Regierungsbündnis zu schmieden. Bei der Konstituierung saß der Neu-Bundestagsabgeordnete Laschet jedenfalls schon mal in der zweiten Reihe. In diese tritt der leidgeprüfte Kanzlerkandidat bald auch in seiner Partei zurück: Die Suche nach einem Nachfolger hat begonnen – mit offenem Ausgang. Ambitionen ließen bereits einige profilierte Fraktionsmitglieder erkennen.

Da wirkt die Situation für Ralph Brinkhaus, der als Fraktionsvorsitzender bei der Konstituierung wie auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt in der ersten Reihe im Plenum saß, erst einmal besser: Zwei Tage nach der Bundestagswahl hatte ihn die Unionsfraktion mit 85



Ralph Brinkhaus (CDU, im Bild rechts, mit CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt) ist bis Ende April 2022 als Fraktionsvorsitzer wiedergewählt worden.

© picture-alliance/photothek/ Gaertner

Prozent der Stimmen im Amt klar bestätigt. Sicherer Oppositionsführer ist der Westfale damit aber noch nicht. Gewählt wurde er nur bis Ende April 2022 und nicht wie üblich für ein Jahr. „Es gibt Situationen, da nimmt man sich ein bisschen zurück, wenn es dem Parteifrieden dient“, sagte Brinkhaus anschließend in einem Interview. Dass er allerdings den wichtigsten Posten, den die Partei in der Zeit der Opposition zu vergeben hat, kampfflos für den künftigen Parteivorsitzenden – der traditionell in der Union auch den Fraktionsvorsitz beansprucht – räumt, ist nicht zu erwarten. Doch ebenso wie die Frage nach dem richtigen Per-



Alice Weidel und Tino Chrupalla führen die AfD-Fraktion im Bundestag.

sonal treibt die Fraktion die Frage nach dem richtigen Kurs und der richtigen Strategie um: Wofür will die Union stehen – und wie in der Opposition ihre Ziele verfolgen? Die Rede des Fraktionschefs auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gab bereits einen Vorgeschmack darauf, wie er die Rolle zu interpretieren denkt: „Die Ampel-Koalition ist nicht gut für unser Land. Deswegen muss es auch unser Anspruch sein, die aus dem Bundeskanzleramt wieder rauszuholen“, wird Brinkhaus in Medien zitiert. Weniger fundamental, sondern eher konstruktiv ist dagegen Friedrich Merz' Oppositionsstrategie: „Wir lehnen nicht alles ab, nur weil es von der Regierung kommt“, erklärte der CDU-Wirtschaftsexperte gegenüber der „Welt“. Als einer der wenigen in der Fraktion kennt er Oppositionsarbeit immerhin aus eigener Erfahrung: Von 2000 bis 2002 in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) führte Merz die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

**Machtkämpfe bei der AfD** Zerrissen von Machtkämpfen zeigt sich die AfD-Fraktion: Von 87 auf 82 Abgeordnete geschrumpft, hat sie ihre Rolle als größte Oppositionsfraktion im Bundestag eingebüßt und muss sich nun ebenfalls neu finden. Schon bei der ersten Fraktionssitzung kam es zum Streit – auch über die Doppelspitze und ihre Besetzung. Besonders Alice Weidel musste um ihre Wiederwahl als Fraktionsvorsitzende kämpfen; statt mit Alexander Gau-

land trat sie im Tandem mit dem Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla an. Zudem stellt sich mehr denn je die Frage nach dem Kurs und dem Umgang mit radikalen Kräften in der Fraktion. Gut die Hälfte der 25 Fraktionsneulinge werden dem weit rechten Rand der Partei zugeordnet, darunter der vom Militärischen Abschirmdienst als Extremist eingestufte und wegen eines Disziplinarverfahrens freigestellte Oberfeldwebel Hannes Gnauck aus Brandenburg. Weit rechts verorten Beobachter auch Jan Wenzel Schmidt. Er war in Sachsen-Anhalt Chef der Parteijugend Junge Alternative, die wegen rechtsextremistischer Bestrebungen in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird. In einem Fall jedoch hat sich die Frage des Umgangs vorerst erledigt: Den Neuparlamentarier Matthias Helfrich, der sich selbst in einem Chat als „freundliches Gesicht des NS“ bezeichnet hatte, wollten viele nicht in ihren Reihen haben. Der Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen kam einem Antrag auf Ausschluss zuvor und trat der Fraktion erst einmal nicht bei.

**Kleinste Fraktion** Existenzielle Verluste bei der Bundestagswahl hat Die Linke erlitten: Knapp scheiterte ist sie an der Fünf-Prozent-Hürde, und konnte nur dank ihrer drei Direktmandate ins Parlament einzie-

hen. Dementsprechend vernehmlich ruhmort es in Partei sowie in der nunmehr mit 39 Mitgliedern kleinsten Bundestagsfraktion.

Man befindet sich im „Überlebenskampf“, räumte Fraktionschefin Amira Mohamed Ali zwar ein, wehrte aber gleichzeitig Rückzugsforderungen gegen sich und ihren Co-Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch ab. „Hanebüchene Schuldsweisungen“ seien keine Hilfe, so Mohamed

Ali, die letztlich wie auch Bartsch vergangene Woche mit knapp 77 Prozent im Amt bestätigt wurde. Seither ist die Fraktionsspitze um Geschlossenheit bemüht: Doch die gerade noch verhinderte Personaldebatte kann nicht den Blick verstellen auf den eigentlichen Streit der Linken um Ausrichtung und Profil. Die Partei habe ihre „Ost-Identität“ verloren, konstatierte etwa der lang-

jährige Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi und forderte, die soziale Frage wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Sahra Wagenknecht, die bis 2019 die Fraktion führte, hatte ihrer Partei gar vorgehalten, mit der Betonung von Klimaschutz und Minderheitenrechten falsche Themen zu setzen. Nun will sich Die Linke auf ihren Markenkern fokussieren: Man werde „die soziale Opposition“ sein, kündigte Fraktionschef Bartsch an. Sandra Schmid

**»Wir lehnen nicht alles ab, nur weil es von der Regierung kommt.«**

Friedrich Merz (CDU)

## Die magische Zahl der Opposition

**PARLAMENT** Zur Kontrolle der Regierung stehen dem Bundestag unterschiedliche Rechte zur Verfügung. Manche von ihnen sind jedoch mit einem Quorum bewehrt

369 Stimmen braucht es, um einen Bundeskanzler im neuen Bundestag mit absoluter Mehrheit zu wählen. Bei 369 liegt die sogenannte Kanzlermehrheit im 736 Abgeordneten umfassenden Parlament. Für die Opposition hingegen lautet die magische Zahl 184. Denn 184 Stimmen sind nötig, um einen Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 Grundgesetz oder eine Enquete-Kommission gemäß Paragraf 56 der Geschäftsordnung des Bundestages einzurichten, eine abstrakte Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht (Artikel 93 Grundgesetz) oder eine Subsidiaritätsklage vor dem Europäischen Gerichtshof (Artikel 23 Grundgesetz) einzureichen. Auch um eine Abstimmung über ein konstruktives Misstrauensvotum nach Artikel 67 Grundgesetz gegen den Bundeskanzler zu beantragen, bedarf es gemäß Paragraf 97 der Geschäftsordnung des Bundestages derzeit 184 Stimmen. Dieses Quorum von 25 Prozent aller Mitglieder des Bundestages muss auch erreicht werden, um einen Antrag auf eine Anklage des Bundespräsidenten vor dem Bundesverfassungsgericht (Artikel 61 Grundgesetz) wegen Verletzung des Grundgesetzes oder eines Bundesgesetzes im Bundestag einzubringen. Um in einem Fachausschuss des Bundestages eine öffentliche Anhörung

zu erzwingen, muss ebenfalls ein Quorum von einem Viertel der Ausschussmitglieder erreicht werden.

An kein Quorum gebunden sind hingegen die Klagen von Abgeordneten und Fraktionen vor dem Bundesverfassungsgericht in sogenannten Organstreitverfahren, in den es beispielsweise über die Rechtsstellung von Fraktionen und Abgeordneten, die Parteienfinanzierung oder die Zulässigkeit von Sperrklauseln geht.

**Funktionen des Parlaments** All diese parlamentarischen Rechte und Kontrollmöglichkeiten sind nicht der Opposition vorbehalten, sondern gelten für alle Fraktionen beziehungsweise Bundestagsabgeordneten gleichermaßen. Die Kontrolle der Regierung ist ebenso wie die Gesetzgebung, die Verabschiedung des Haushaltes und die Wahl eines Bundeskanzlers Aufgabe des gesamten Parlaments. In der gelebten politischen Praxis der Bundesrepublik wird jedoch die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung vor allem bei der Opposition verortet. Zumindest dann, wenn diese Kontrolle medien- und öffentlichkeitswirksam ausgeübt wird. Abgeordnete der Regierungsfaktionen mögen mitunter ebenfalls unangenehme Fragen an Regierungsmitglieder stellen. Aber in

der Regel werden sie dies nicht vor laufender Kamera tun.

Die mit dem 25-Prozent-Quorum bewehrten Kontrollrechte des Parlaments wie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gehören zu den schärferen Waffen der Opposition. Von der CDU/CSU-, der AfD- und der Linksfraktion, die bei erfolgreicher Bildung der angestrebten Regierung aus SPD, Grünen und FDP die Opposition bilden werden, erreicht aus eigener Stärke lediglich die Unionsfraktion mit ihren 197 Abgeordneten das Quorum, um von diesen Rechten Gebrauch machen zu können. Angesehen von ihren unüberbrückbaren politischen Differenzen wären die AfD- und die Linksfraktion mit ihren 82 beziehungsweise 39 Abgeordneten nicht einmal rechnerisch in der Lage, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durchzusetzen. Die CDU/CSU-Fraktion wiederum hat in den vergangenen Legislaturperiode jegliche gemeinsamen parlamentarischen Initiativen mit beiden Fraktionen ausgeschlossen und diesen Kurs will sie auch beibehalten.

Ein Quorum erreicht derzeit allerdings keine Fraktion im Bundestag: So muss der Bundestagspräsident nach Artikel 39 Grundgesetz den Bundestag außerhalb der verabredeten Sitzungswochen nur dann



Im Amt bestätigt: Die wiedergewählten Vorsitzenden der Linksfraktion, Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch.

© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

einberufen, wenn dies mindestens von einem Drittel aller Abgeordneten verlangt wird. In der Vergangenheit kam dieser Regelung zwar keine Bedeutung zu, weil sich die Fraktionen mehrheitlich immer einig waren über die Notwendigkeit einer Sondersitzung. Bemerkenswert ist aber, dass

mit Ausnahme der ersten Legislaturperiode bislang immer mindestens eine Fraktion ein Drittel aller Abgeordneten stellte. Im Alltagsgeschäft eines Oppositionspolitikers stellt aber vor allem das Fragerecht gegenüber der Bundesregierung das wichtigste Kontrollrecht dar. So können Fraktionen

oder mindestens fünf Prozent der Abgeordneten Kleine und Große Anfragen an die Bundesregierung richten. Die Antworten erfolgen schriftlich und werden veröffentlicht. Über die Antworten zu Großen Anfragen wird zudem im Plenum debattiert. Hinzu kommen die in Sitzungswochen mittwochs anberaumte Befragung der Bundesregierung, in der die Abgeordneten nach den in der Kabinettssetzung zuvor besprochenen Vorhaben fragen können sowie die sich anschließende Fragestunde, für die jeder Abgeordnete zuvor zwei schriftliche Fragen an die Regierung stellen kann und die dann von Vertretern der Regierung beantwortet werden.

Zu den in der Fragestunde gegebenen Antworten der Regierung können die Fraktionen oder fünf Prozent der Abgeordneten zudem eine Aussprache im Plenum in Form einer sogenannten Aktuellen Stunde erzwingen. Solche Aktuelle Stunden können aber auch jederzeit während einer Sitzungswoche eingefordert werden. aw

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

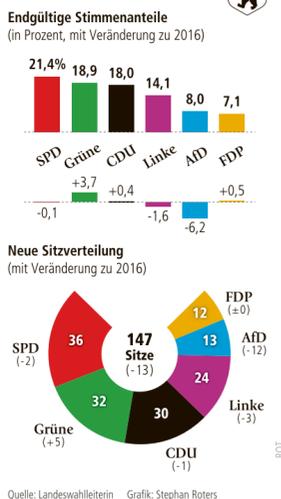


Nach den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin führen SPD, Grüne und Linke seit dem 22. Oktober Koalitionsverhandlungen für die Bildung einer neuen Regierung unter Führung der Sozialdemokratin Franziska Giffey. Bei einer Einigung der drei Parteien bekäme Berlin erstmals eine Regierende Bürgermeisterin. Der Start zu den Koalitionsgesprächen verlief indes holperig. Nach dem Wahltag am 26. September hatte sich die SPD zuerst zu Sondierungen mit der CDU und der FDP getroffen, weil Giffey Präferenzen für eine Deutschland- oder eine Ampelkoalition erkennen lassen hatte.

Auch im Wahlkampf hatte die 43-jährige Skepsis gegenüber dem bisher regierenden Bündnis aus SPD, Grünen und Linken offen gezeigt, sich für eine Stärkung der Wirtschaft und für eine härtere Innenpolitik ausgesprochen. Besonders gegenüber der Linken zeigte sie sich skeptisch, bezeichnete deren angestrebte Enteignungspolitik als rote Linie.

Doch vor allem aus dem als links geltenden SPD-Landesverband Berlin kam bereits am Wahlabend Widerstand gegen ein Bündnis mit FDP oder CDU. So sprachen sich mehrere SPD-Kreisverbände für die Fortsetzung einer von SPD, Grünen und Linken geführten Regierung aus, von der Berlin seit 2016 regiert wird.

### Abgeordnetenhauswahl in Berlin



Bei der Wahl am 26. September hatte die SPD ihr bisher schlechtestes Ergebnis erzielt, lag aber mit 21,4 Prozent vor den Grünen, die sich auf 18,9 Prozent steigern konnten. Die Linke hatte 14,1 Prozent erzielt. Die CDU kam auf 18 und die FDP auf 7,1 Prozent, die AfD auf acht Prozent. Die Koalitionsverhandlungen folgen nun einem engen Zeitplan, bis zum 8. November soll eine sogenannte Dachgruppe, bestehend aus 24 Politikern, die zentralen Entscheidungen für den Koalitionsvertrag aushandeln. Angeführt werden die Verhandlungsteams von Franziska Giffey (SPD), Bettina Jarasch (Grüne) und Klaus Lederer (Die Linke). Eine Hauptverhandlungsgruppe soll dann bis zum 24. November den Koalitionsvertrag erstellen. Die Linke hat einen Parteitag für den 4. Dezember vorgesehen, die SPD für den 5. Dezember, die Grünen wollen voraussichtlich am 12. Dezember tagen. Die Linke plant zudem einen Mitgliederentscheid. Noch im Dezember will sich Giffey zur Re-

# Kurs auf Rot-grün-rot

**BERLIN** SPD-Wahlsiegerin Franziska Giffey konnte eine Ampel nicht durchsetzen und verhandelt nun mit den alten, neuen Partnern



Klaus Lederer, Franziska Giffey und Bettina Jarasch (von links nach rechts) wollen, dass bis zum 24. November ein rot-grün-rotes Bündnis steht. © picture-alliance/dpa/ZB/M. Skolimowska

gerenden Bürgermeisterin wählen lassen, der neue Senat könnte dann ernannt und vereidigt werden. Als Termin ist der 21. Dezember im Gespräch.

**Koalitionsgespräche** Bei den Koalitionsgesprächen spielen die Bereiche Finanzen, Wohnen, Verwaltung und Klimaschutz eine herausgehobene Rolle. Franziska Giffey hatte gleich zu Beginn der Verhandlungen klargestellt, dass ein fester Finanzrahmen beschlossen werden solle. Es gilt als unstrittig, dass der zukünftige Senat sparen muss. Zugleich soll nach der Corona-Krise gezielt investiert werden, um die Berliner Wirtschaft auf das Niveau wie vor der Pan-

demie zu bringen. Zudem soll ein Bündnis für bezahlbares Wohnen geschaffen werden, teilnehmen sollen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und private Wohnungsunternehmen. „Wir setzen dabei auf das Prinzip Kooperation statt Konfrontation“, heißt es im Sondierungspapier. Dem gegenüber steht der Volksentscheid zur Enteignung privater Wohnkonzerne. Eine Mehrheit der Berliner hatte am 26. September für die Enteignung gestimmt. Die Linke ist entschlossen, den Volksentscheid mit einem Gesetz durchzusetzen, die SPD ist dagegen. Der Streit ist zunächst in eine Expertenkommission ausgelagert,

die binnen eines Jahres Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen prüfen soll, ob und wie der Volksentscheid in konkrete Politik mündet. Ein weiteres Thema ist die Verwaltungsreform. In Berlin arbeitet die Verwaltung ineffizient und zu langsam, was zu monatelangen Wartezeiten etwa bei der Ausstellung von Ausweisen und Urkunden oder dem Anmelden eines Autos führt. Nun soll die Verwaltung bürgerorientiert, barrierefrei, mehrsprachig, schnell und effizient werden. Einen Termin beim Bürgeramt sollen Berliner innerhalb von zwei Wochen bekommen. Das war allerdings schon vor fünf Jahren geplant – geklappt hat es nicht.

Eine offene Frage ist, ob die zukünftige Koalition die Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken neu regeln kann. Dafür braucht sie eine Zweidrittelmehrheit, um die Verfassung des Landes zu ändern. Zudem soll Berlin klimaneutral werden, nach dem Willen der SPD im Jahr 2045, die Linken sind für 2040, die Grünen für 2035. Auf welche Weise das jeweils erreicht werden soll, ist bisher unklar. Franziska Giffey umriss vor Beginn der Koalitionsverhandlungen in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“, was Ziel der neuen Regierung sein sollte: „Wir wollen alle im Blick haben in dieser Stadt. Und dass diejenigen, die uns vielleicht nicht gewählt ha-

ben sagen können: Wir fühlen uns ebenso gesehen. Wir wollen eine Politik des Ausgleichs.“ Berlin müsse zu einem der führenden Wirtschafts- und Technologiestandorte Europas werden. Die neue Koalition werde zudem die große soziale Frage des bezahlbaren Wohnens angehen. Entscheidend sei außerdem, dass die Stadt wieder funktionieren müsse. „Es ist entscheidend, wie wir mit über 140.000 Angestellten unseren Job machen.“ Solange Giffey ihrem Vorgänger Michael Müller (SPD) nicht im Amt gefolgt sein wird, bleibt er Regierender Bürgermeister. Müller wurde am 26. September mit 27,9 Prozent der Erststimmen in den Bundestag gewählt und vertritt den Berliner Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf. Im Bundesrat wird er Berlin deshalb nicht mehr vertreten. Kein Politiker darf gleichzeitig in beiden Bundeskammern sitzen, er wolle einen Senatsvertreter schicken, teilte Müller bei einem Gespräch mit dem TV-Sender Phoenix mit.

**Wahlpannen** Nicht sicher ist weiterhin, ob die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksvertretungen in Teilen wiederholt werden muss. Am Wahltag, der parallel zur Bundestagswahl stattfand, soll es in rund zehn Prozent der 2.257 Wahllokale zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein. So gab es zu wenige Stimmzettel in Wahllokalen oder es waren falsche Stimmzettel geliefert worden. In mehreren Bezirken wählten viele Bürger auch nach 18 Uhr weiter, weil sich lange Warteschlangen vor den Wahllokalen gebildet hatten. Die Landeswahlleiterin Petra Michaelis legte Einspruch gegen Wahlergebnisse beim Berliner Verfassungsgerichtshof ein und trat Mitte Oktober von ihrem Amt zurück. In zwei Wahlkreisen, so Michaelis, habe es Rechtsverstöße gegeben, die sich auf die Verteilung der Mandate auswirken könnten. Falls der Verfassungsgerichtshof dem folgt, wäre in den betreffenden beiden Wahlkreisen eine Nachwahl für die Erststimme noch vor der Sommerpause möglich, heißt es aus der Senatsverwaltung. Es sei davon auszugehen, dass Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes dazu im Frühjahr 2022 vorlägen.

Innensenator Andreas Geisel (SPD) will die Fraktionen im Abgeordnetenhaus zudem um Vorschläge für die Besetzung einer Expertenkommission zur Analyse der Wahlpannen bitten. Im November wolle er selbst einen Besetzungsvorschlag dem Senat unterbreiten, sagte Geisel dem Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB). Laut Geisel prüfe die Innenverwaltung derzeit noch, ob sie Einspruch gegen Ergebnisse der Wahl zum Abgeordnetenhaus einlegen werde. „Das wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen“, so der Innensenator. Wenn das neugewählte Parlament des Abgeordnetenhauses am 4. November zu seiner Konstituierung zusammenkommt, soll der SPD-Politiker Dennis Buchner zum neuen Parlamentspräsident gewählt werden. Stimmt die SPD-Fraktion dem Vorschlag zu, gilt Buchners Wahl als sicher. Traditionell stellt die größte Fraktion im Parlament den Präsidenten oder die Präsidentin. Die SPD ist mit 36 von 147 Abgeordneten im neuen Landesparlament vertreten. Die Grünen stellen mit 32 Sitzen die zweitgrößte Fraktion, gefolgt von CDU (30) und Linken (24). Buchner hat seinen Wahlkreis im Stadtteil Weißensee und konnte ihn seit 2011 drei Mal in Folge direkt gewinnen. Der 44-jährige Politikwissenschaftler gehört seit 2012 dem Präsidium des Abgeordnetenhaus an. Buchner würde auf Ralf Wieland (SPD) folgen, der das Amt seit 2011 bekleidet hatte. Als Buchners Stellvertreterinnen wollen sich Cornelia Seibeld (CDU) und die Grüne Bahar Haghani-pour zur Wahl stellen. *Nina Jeglinski*

## Schwesig verhandelt mit Linken

**MECKLENBURG-VORPOMMERN** Bisherige Ministerpräsidentin will sich am 23. November im Amt bestätigen lassen – CDU in der Opposition

Am 23. November will sich Manuela Schwesig (SPD) erneut zur Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern wählen lassen. Seit Mitte Oktober verhandeln SPD und Die Linke über die Bildung einer rot-roten Regierung. Die Landtagswahl am 26. September hatten die Sozialdemokraten mit 39,6 Prozent klar gewonnen. Die SPD hatte bei der Abstimmung im Vergleich zu 2016 noch einmal deutlich zugelegt, laut dem amtlichen Endergebnis erreichte die SPD 39,6 Prozent (+9). Zweitstärkste Kraft im Landtag ist die AfD mit 16,7 Prozent (-4,1), gefolgt von der CDU mit 13,3 Prozent (-5,7) und der Linken mit 9,9 Prozent (-3,3). Neu in den Landtag sind mit 6,3 Prozent die Grünen und mit 5,8 Prozent die FDP eingezogen. Damit sind im neuen Landesparlament erstmals sechs Parteien vertreten. Für die CDU ist mit dem Gang in die Opposition die Wahlniederlage komplett. Nach 15 Jahren als Juniorpartner der SPD hat die Neuorientierung bereits am Wahl-

abend begonnen. Spitzenkandidat und CDU-Landeschef Michael Sack hat den Landesvorsitz abgegeben und auch auf sein Landtagsmandat verzichtet. Auch der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Waldmüller gab auf, als sein Nachfolger wurde Franz-Robert Liskow gewählt. Die Landes-CDU wird derzeit kommissarisch von Eckhardt Rehberg geführt, noch ist offen, wer zukünftig den Vorsitz übernehmen wird.

**Mehr Schnittmengen** Obwohl Manuela Schwesig auch mit FDP und Grünen eine Ampelkoalition hätten schmieden können, gab sie am 15. Oktober bekannt, dass die SPD mit der Linkspartei Koalitionsgespräche beginnen werde. Die Linke habe deutlich gemacht, dass sie gut vorbereitet sei und personelle Stabilität gewährleiste. Zudem habe es mit den Linken die meisten Schnittmengen gegeben. „Wir sehen in der Linkspartei eine Partnerin, mit der wir unser Land gemeinsam voranbringen können“, sagte Schwesig. „Uns geht es um einen Aufbruch 2030, mit mehr Wirtschaft, besseren Löhnen, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung.“ In den Parteigremien sei der Plan einstimmig angenommen worden. Bisher liefen die Verhandlungen zwischen SPD und Linken weitgehend geräuschlos

Linken-Verhandlungsführerin Simone Oldenburg wird ein gutes Verhältnis zu Ministerpräsidentin Schwesig nachgesagt. Das Gleiche gilt für Dietmar Bartsch, der Fraktionsvorsitzende im Bundestag ist Teil des Verhandlungsteams der Linken. Mitte der Woche wurden die Themen Wirtschaft, Arbeit und Tourismus besprochen. Mecklenburg-Vorpommern soll einen maritimen Koordinator bekommen. „Mecklenburg-Vorpommern war und ist ein Werftstandort und

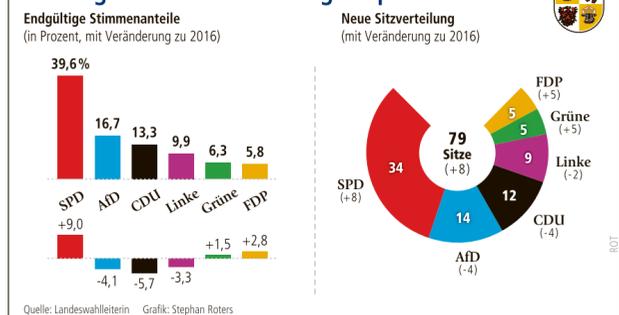
Mecklenburg-Vorpommern wird ein Werftstandort bleiben“, sagte Simone Oldenburg. Davor hatten sich die künftigen Koalitionäre mit dem Themenpaket Digitalisierung, Bauen, Wohnen, Energie, Infrastruktur und Verkehr beschäftigt. SPD und Linke wollen den Nahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern ausbauen, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums unterstützen und die Ökostrom-Produktion spürbar ausweiten. Bis 2035 soll das Land rechnerisch seinen gesamten Energiebedarf für Strom, Wärme und Mobilität mit erneuerbaren Energien decken. Die für Digitalisierung und den Breitbandausbau bereitgestellten Mittel sollen rasch eingesetzt werden. SPD und Linke ist auch das geplante Tarifreuegesetz wichtig. Es regelt, dass öffentliche Aufträge des Landes nur an Firmen gehen, die Tariflöhne zahlen.

**Sechs Parteien** Da sich der Landtag am 26. Oktober bereits zu seiner konstituierenden Sitzung getroffen hat, läuft für die Verhandler die Zeit. Laut Gesetz muss Manuela Schwesig spätestens vier Wochen nach der Konstituierung des Landtags als Ministerpräsidentin bestätigt werden. Die Linkspartei will auf einem Parteitag Mitte November noch über den Koalitionsvertrag abstimmen lassen. Einen Monat nach der Neuwahl hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns seine Arbeit aufgenommen. Die in ihrem Amt bestätigte Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) mahnte in der konstituierenden Sitzung die 79 Abgeordneten aller Fraktionen, ihrer Verantwortung gegenüber den Wählern gerecht zu werden. Die Bürger sollten sich stets gut vertreten und mitgenommen fühlen. Bei der Wiederwahl hatte Hesse 59 von 79 Abgeordnetenstimmen auf sich vereint. Neun Parlamentarier stimmten

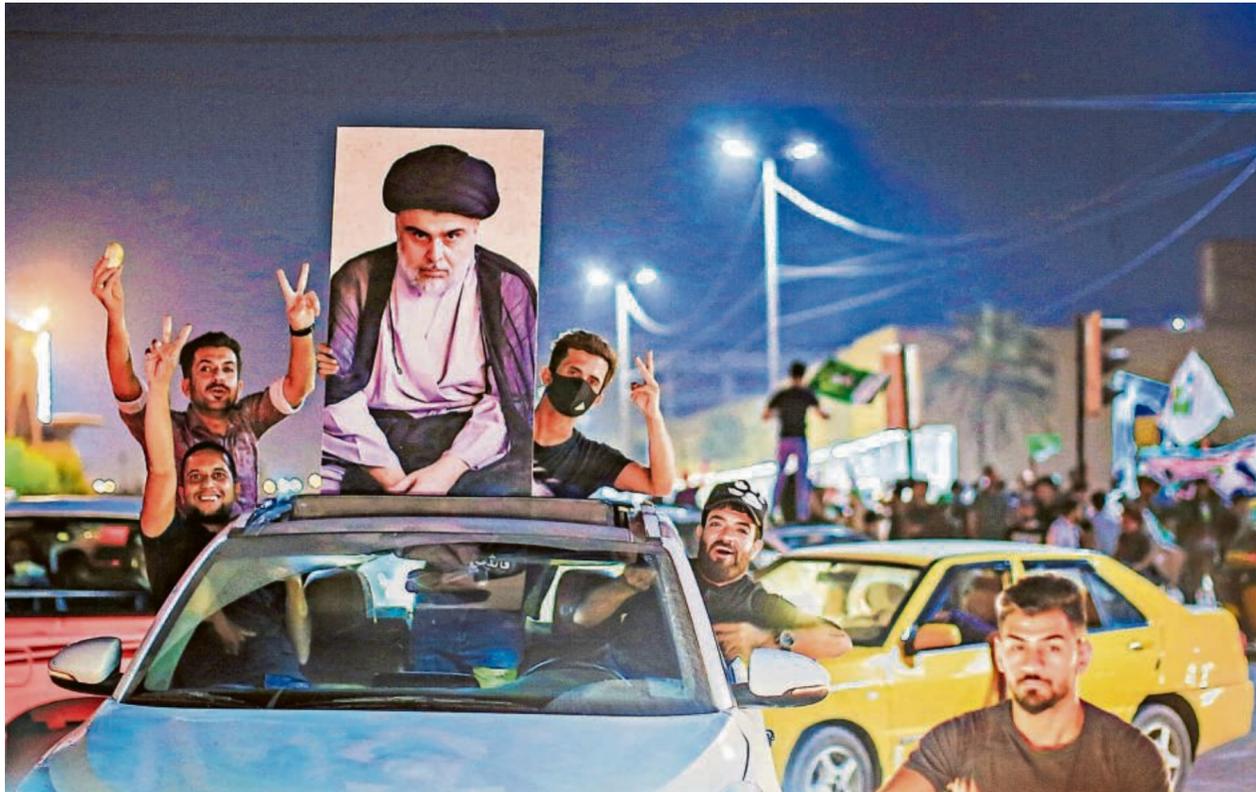
bei elf Enthaltungen gegen die 46-jährige. Zuvor hatte der AfD-Abgeordnete Horst Förster (79) in seiner Funktion als Alterspräsident die achte Wahlperiode des Landtags eröffnet. In der Debatte beklagten Abgeordnete von FDP und Grünen eine Benachteiligung ihrer kleinen Fraktionen bei der Besetzung der Ausschussvorsitze.

In einem gemeinsamen Antrag brachten SPD, CDU, Linke und FDP eine Gesetzesänderung zum Abgeordnetengesetz ein. Es regelt unter anderem die Höhe der Diäten, die regelmäßig an die Bezüge eines Vorsitzenden Richters an einem Landgericht Mecklenburg-Vorpommerns angepasst werden. Aktuell erhalten Abgeordnete 6.449 Euro im Monat, die nächste Steigerung ist für 2022 vorgesehen. Bei der Wahl der Ersten Vizepräsidentin setzte sich die CDU-Abgeordnete Beate Schlupp deutlich gegen Konkurrentin Eva-Maria Schneider-Gärtner (AfD) durch. Schlupp erhielt 62 von 79 abgegebenen Stimmen. Für Schneider-Gärtner votierten 15 Abgeordnete. Damit erhielt die AfD-Politikerin eine Stimme mehr als ihre Fraktion Mitglieder hat. Auch bei der Wahl zur Zweiten Vizepräsidentin unterlag Schneider-Gärtner. Gewählt wurde mit 51 zu 15 Stimmen die Linken-Abgeordnete Elke-Annette Schmidt. *nki idpa*

### Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Jubel über den Wahlerfolg des schiitischen Geistlichen Moktada al-Sadr (Foto links), der allein jedoch keine Regierung bilden kann. Um die 329 Sitze im Parlament in Bagdad hatten sich zuvor auch 929 Frauen beworben (Fotos rechts), so viele wie noch nie. Die offiziellen Wahlergebnisse stehen noch nicht fest.



# Der Demokratie ein Stück näher

**IRAK** Erstmals wird es eine Opposition im Parlament geben. Die Regierungsbildung könnte sich Monate hinziehen

Allein der Mut, als Frau im Irak für das Parlament zu kandidieren, ist bemerkenswert. Und dazu noch in Mossul, das bei den letzten Wahlen 2018 gerade aus der Herrschaft des Kalifats der Terrormiliz IS entkommen war. Drei Jahre lang mussten sich die Frauen dort regelrecht verstecken, durften nur mit Abbaja und Hijab, dem langen schwarzen Mantel, und bis auf die Augen verschleierte auf die Straße, immer in Begleitung eines Mannes. Esraa Marie Hassan al-Obedy ist mit ihren 38 Jahren eine der jüngsten Kandidatinnen, die sich für einen Sitz in der 329 Plätze umfassenden Volksvertretung beworben hatte. Soviel schon vorweg: Sie hat es nicht geschafft, dass ihr am 10. Oktober genügend Menschen ihre Stimme gaben. Trotzdem lohnt sich ein Blick auf diese junge Frau, die eine Generation vertritt, die nach vorne geht, den Irak reformieren will und vor allem das althergebrachte Frauenbild umkrempelt. 936 Frauen haben dieses Mal fürs Parlament kandidiert. So viele wie noch nie. Die Mehrheit ist um die 40 Jahre alt, so wie Esraa.

Es sind Frauen, die die Diktatur Saddams Husseins als Kinder und Jugendliche erlebt haben. Danach die amerikanisch-britische Besatzung, den Terror von Al-Qaida und des IS, den Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten. Weil die Hälfte der 33 Millionen Einwohner zwischen Euphrat und Tigris inzwischen nach dem Sturz des Diktators 2003 geboren wurde, kannten Esraa und ihre Mitstreiterinnen nur Unterdrückung und Gewalt. „Die Kandidatur ist für mich eine Befreiung“, sagt die Frau aus Mossul, deren Vater durch Al-Qaida getötet wurde, der Onkel vom IS. Sie selbst hatte vor der Erstürmung ihrer Stadt durch die Dschihadisten im Sommer 2014 für die Wahlkommission gearbeitet und stand sofort auf der schwarzen Liste der IS-Kämpfer. Polizisten, Soldaten, Beamte und sonstige Angestellte im öffentlichen Dienst wurden reihenweise exekutiert und oft grausam ermordet. Esraa floh nach Bagdad und blieb dort, bis Mossul im Juli 2017 befreit war. Jetzt möchte sie sich und andere Frauen befreien, „die alten Köpfe loswerden“. Dass sie sich dann doch einer Partei angeschlossen hat, die vor allem Männer in ihren Reihen hat, ist der Notwendigkeit geschuldet, meint sie. „Allein als Frau schaffst du es noch nicht in diesem von Männern geprägten Land.“

den gängen und riet, wie sie mit Diffamierungen im Netz umgehen können. „Der Fortschritt kommt auf leisen Sohlen, aber er kommt“, sagt die Frau aus Bagdad. Von Wahl zu Wahl könne man Fortschritte beobachten. „Die Gesellschaft hat sich zu Gunsten der Frauen verändert und erkennt mittlerweile an, was sie tun.“ Den Umfragen zufolge haben viele Männer bei der Wahl für eine Frau gestimmt. Eine von ihnen ist Nissan Abdelredha al-Zayer. Sie hat so viele Stimmen bekommen, wie keine andere Frau im Irak und es auf Anhieb ins Parlament geschafft. Sie ist 44 Jahre alt und lebt in Nasserija, im Süden Iraks, 750 Kilometer von Esraa entfernt. Tishreen nennen die Iraker die Oktoberprotestierer, die vor zwei Jahren massenweise auf die Straße gingen und den gesamten Süden bis zur Hauptstadt Bagdad mit ihren Zelten belagerten. Nissan war mittendrin. Ihre Hartnäckigkeit – und die von Tausenden zumeist jungen anderen Demonstranten – führten letztendlich zu diesen vorgezogenen Neuwahlen, nachdem sie den Rücktritt der damaligen Regierung und die Änderung des Wahlgesetzes durchgedrückt hatten. Ihre Hauptforderung, diejenigen zu belangen, die über 600 von ihnen getötet haben, erfüllte die Interimsregierung unter Mustafa al-Kadhimi allerdings nicht. Auch deshalb blieben viele Wähler den Wahlurnen fern – ihr Misstrauen gegenüber den Politikern ist inzwischen grenzenlos. Andere wiederum gründeten neue Parteien und schlossen sich zur Bewegung Imtidad zusammen. Sie wollen am politischen Prozess, der jetzt nach den Wahlen einsetzt, beteiligt sein. Im Süden sind sie erfolgreich, dominieren in der Provinz Dhi Qar mit der Provinzhauptstadt Nasserija sogar

die politische Szene. Eine der größten Herausforderung für Imtidad, was soviel heißt wie Fortbestand, war, die Unterstützung der Menschen zu gewinnen, ohne die üblichen Wahlgeschenke der traditionellen Parteien. Wo immer Nissan auftauchte, hätten die Leute um Geld, Geschenke oder Gefälligkeiten ersucht, um sie zu wählen, erzählt sie. „Sie konnten es einfach nicht glauben, dass wir keine großen Geldsummen im Wahlkampf zur Verfügung hatten.“

Trotzdem haben sie sie gewählt. Oder gerade deshalb. Unangefochtene Nummer eins bei den Parlamentswahlen allerdings ist und bleibt ein Mann: der schiitische Kleriker Moktada al-Sadr. Er konnte bei dieser Wahl sogar noch zulegen. Die geringe Wahlbeteiligung von nur 42 Prozent kam ihm zu Hilfe. Wie kein anderer hat Sadr seine Wähler mobilisieren können. Mit dem Bagdader Armenviertel Sadr City, das nach seinem Vater benannt ist, hat er mit fast zwei Millionen Menschen eine Hochburg geschaffen, die ihm niemand streitig machen kann. Dort ist alles unter seiner Kontrolle, von der Strom- über die Wasserversorgung, bis hin zu Sicherheit und Verwaltung. Fährt man durch Sadr-City, hat man das Gefühl nicht in Bagdad zu sein. Das Viertel ist zu einer Stadt in der Stadt geworden. Der mittlerweile ergraute Spätvierziger ist bei allem Wankelmut, den er in den vergangenen Jahren bewiesen hat, sich doch in einem treu geblieben: „Irak den Irakern!“ Er fordert immer wieder den Abzug ausländischer Truppen – nicht nur der Amerikaner. Auch Türken und Iraner sollten sich nicht in irakische Angelegenheiten einmischen. Und mit Teheran hat er jetzt ein Problem.

»Der Fortschritt kommt auf leisen Sohlen, aber er kommt.«

Raya Faik, Organisation für Pressefreiheit

Die Drohgebärden sind gewaltig, nachdem insbesondere Fatah, die Milizenpartei von Irans Gnaden, über die Hälfte der Stimmen eingestrichelt hat. Lag sie bei den letzten Wahlen noch hinter Moktada al-Sadr auf Platz zwei und koalierte mit ihm, ist sie jetzt auf den fünften Platz abgerutscht und dürfte im Koalitionspoker keine gewichtige Rolle mehr spielen.

Von einer Million gestohlener Stimmen spricht ihr Sprecher, ganz so wie Ex-Präsident Donald Trump nach der verlorenen Wahl in den USA. Dies sei der größte Wahlbetrug in der Geschichte Iraks, schrie Abu Ali al-Askari in die Mikrofone der Journalisten. Er ist Chef der von den Amerikanern als Terrororganisation bezeichneten Kata'ib Hisbollah, die durch ihre Geiselnahmen und Bombenschläge auf US-Truppen und Einrichtungen bekannt wurde. Aus dem Iran flüchtete sofort der Kommandant der iranischen Al Quds Brigaden nach Bagdad ein, jener Auslandstruppe, die den Einfluss Irans in der Region begründet hat. Nachdem General Qasem Soleimani von den Amerikanern im Januar 2020 durch einen Drohnenangriff am Flughafen von Bagdad ums Leben kam, befahl Esmail Ghaani um die Truppe und wacht darüber, dass Teherans Einfluss im Irak bestehen bleibt. Dass es nach diesem Wahlergebnis schwierig werden wird, weiterhin politische Mitsprache im Irak zu haben, dürften Ghaani und die Ajatollahs schnell bemerkt haben. Moktada al-Sadr jedenfalls liefert sich derzeit scharfe Wortgefechte mit ihnen. Und so gibt es im Irak nun eine neue Konfliktlinie: Schiiten gegen Schiiten (siehe Text rechts).

**Suche nach Mehrheiten** Auch wenn die Wahlen definitiv eine Veränderung der politischen Landschaft im Irak hervorgebracht haben, bleibt doch die Frage, wie die Resultate umgesetzt werden. Denn es sind auch Kräfte gewählt worden, die dem alten System verhaftet sind. So konnte Ex-Premier Nouri al-Maliki erstaunlich viele Stimmen auf sich vereinen. Seine sektiererische Politik wird für den Aufstieg des IS verantwortlich gemacht. In den Kurdengebieten hat der Barzani-Clan viele Wähler mobilisiert, die Veränderungen ablehnen. Die Kurden halten nach wie vor an der ethnischen und religiösen Machtaufteilung im Irak fest, so wie sie die Amerikaner 2003 eingeführt haben. Genau dagegen gingen Hunderttausende zwei Jahre lang auf die Straße.

Wann das neue Parlament zum ersten Mal zusammentreten wird, ist derzeit noch unklar. Die Wahlkommission prüft noch Hunderte von eingegangenen Beschwerden gegen einen sachgemäßen Ablauf des Urnengangs am 10. Oktober. Zunächst einmal dauerte es mehr als eine Woche, bis die Stimmen in einigen Wahllokalen von Hand nachgezählt waren und das Ergebnis bekannt gegeben wurde. Das elektronische System versagte oder war von den Helfern nicht richtig bedient worden. Doch der Trend, der schon gleich nach der Wahl zu beobachten war, wurde durch die offiziellen Resultate bestätigt.

In letzter Instanz muss der Oberste Gerichtshof Iraks über den Wahlausgang entscheiden und die Stimmenverhältnisse als rechtmäßig deklarieren. Erst dann kann der noch amtierende irakische Präsident, Barham Saleh, einen Politiker mit der Regierungsbildung beauftragen. Es kann davon ausgegangen werden, dass zunächst Moktada al-Sadr, dessen Partei die meisten Stimmen erhielt, die Aufforderung erhält. Ob er eine Koalition bilden kann, ist allerdings äußerst fraglich. In den Startlöchern steht auch Nouri al-Maliki, der angeblich die Kurden und sogar die Christenparteien auf seiner Seite hat, was diese jedoch dementieren. Es kann also noch Wochen oder gar Monate dauern, bis der Irak eine neue Regierung bekommt.

**Mehr Mitsprache** Eines jedenfalls scheint schon jetzt eine Veränderung zu bringen. Die Parlamentarier der Tishreenis, der Protestbewegung, sind sich einig und werden sich nicht an der Regierung beteiligen. Während sie in den vergangenen Jahren

außerparlamentarische Opposition waren, möchten sie jetzt die Opposition im Bagdader Parlament bilden. Damit rückt der Irak tatsächlich ein Stückchen näher in Richtung Demokratie, denn bisher gab es in der Volksvertretung des Zweistromlandes keine Opposition. Die Einheitsregierung, die von der Besatzungsmacht USA eingeführt wurde und bis jetzt Bestand hat, band alle Ethnien und Religionen des Irak in die Regierung ein und begünstigte damit Klientelpolitik, Vetterswirtschaft und Korruption. Jeder wollte ein Stück vom Kuchen abhaben. Somit war es nicht der Irak, der im Vordergrund ihrer Politik stand, sondern die Klientel, die es zu bedienen galt. Dass nun erstmals eine Opposition existiert, ist ein daher Riesenschritt im noch zaghaften Bemühen für mehr Mitsprache der Bevölkerung im politischen Prozess.

Birgit Svensson  
Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus dem Irak.

## Schiiten gegen Schiiten

**WAHL** Der Einfluss des Iran im Zweistromland schwindet

Obwohl Ajatollah Ali al-Sistani die Iraker kurz vor der Parlamentswahl zum Urnengang aufgerufen hatte, blieben die meisten zu Hause. Die Wahlbeteiligung war so niedrig wie noch nie seit dem Einmarsch der Amerikaner und Briten und dem Sturz Saddams Husseins 2003. Dabei hatte der oberste Geistliche der Schiiten im Irak stets großen Einfluss auf die Mehrheit seiner Landsleute – 65 Prozent der 33 Millionen Einwohner zwischen Euphrat und Tigris sind Schiiten. Als die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) 2014 den Nordirak übernahm und ein sunnitische Kalifat errichtete, rief der schiitische Ajatollah seine Landsleute auf, gegen die Dschihadisten zu kämpfen und vor allem die schiitischen Heiligtümer wie Moscheen, Tempel und Grabstätten zu schützen. So entstanden die Volksmobilisierungskräfte (PMF) – doch diese sind für den Irak inzwischen zum Problem geworden.

**Heftige Machtkämpfe** Die Geister, die Sistani rief, wird die Regierung in Bagdad nicht mehr los. Nach dem Sieg über den IS wollen die Milizen, von denen viele im Verbund des PMF vom Iran unterstützt werden, ein großes Stück des Machtstücks abhaben, der nun verteilt wird. Doch die Haltung der Wähler ist eindeutig gegen sie. Die Fatah-Partei, die diverse Schiitenmilizen unter ihrem Dach vereint, hat seit der letzten Wahl mehr als die Hälfte der Stimmen eingestrichelt. Und der Autoritätsverlust des Ajatollahs in Najaf ist offensichtlich, auch wenn dieser sich stets von Teheran distanzierte und für eine Trennung von Politik und Religion warb. So werden in den kommenden Wochen und Monaten heiße Machtkämpfe zwischen den sogenannten irakischen Schiiten

und den iranischen Schiiten erwartet, jenen, die von Teheran unterstützt werden und jenen, die sich „Irak zuerst“ auf die Fahnen geschrieben haben. Ein Vorgesmack dessen ist schon jetzt im Bagdader Viertel Dschadria zu beobachten. Seit der Bekanntgabe der offiziellen Wahlergebnisse gehen Mitglieder der „iranischen“ Schiitenmilizen auf die Straße, errichten Zelte und sperren die Hängebrücke über den Tigris. Sie wehren sich dagegen, aufgelöst zu werden, wie es seitens der noch amtierenden Regierung beabsichtigt wird. Gerüchte besagen, dass sogar Teheran damit einverstanden sein soll, die Milizen zu entwaffnen und sie in die irakische Armee einzuliefern. Die Söldner Irans sträuben sich jedoch dagegen. Alle Augen schauen nun auf Moktada al-Sadr, Gewinner der Wahl und selbst schiitischer Kleriker. Er ist weder der Mann der Amerikaner, noch der Iraner, obwohl er nach der letzten Wahl mit der Schiitenmiliz-Partei Fatah koalitiert hat. Doch da der Iran der große Verlierer dieser Wahl ist, kann Sadr andere Koalitionen eingehen und den politischen Einfluss Irans zurückdrängen. Dhia al-Asadi, früherer Berater al-Sadrs, prophezeit, dass der Kleriker ein Bündnis ohne jeglichen iranischen Einfluss schließen werde. Damit wäre der ehemalige Premierminister Nouri al-Maliki, der an dritter Stelle bei den Wahlergebnissen liegt und als eindeutig Iran-treu gilt, aus dem Rennen.

Birgit Svensson



Die 38-jährige Esraa Marie Hassan al-Obedy aus Mossul war eine der jüngsten Kandidatinnen. Ihr Ziel: die „alten Köpfe loswerden“.

**Gesellschaft im Wandel** Und doch gab es wichtige Schritte nach vorne: Noch nie haben es so viele Frauen mit einem Direktmandat in die irakische Volksvertretung geschafft. Auch mit Unterstützung von Raya Faik, Projektkoordinatorin der Organisation für Pressefreiheit (Press Freedom) im Irak. Sie kümmert sich vor allem um weibliche Journalisten, die es nach wie vor schwer haben, in der patriarchalischen Gesellschaft anerkannt zu werden. Jetzt zu den Wahlen unterstützte sie Kandidatinnen, half ihnen mit der Vorbereitung ihrer Wahlkampagnen, begleitete sie bei Behör-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**D**as kleine Balkanland Bosnien-Herzegowina steckt 26 Jahre nach Ende des blutigen Bürgerkriegs mit rund hunderttausend Toten in der tiefsten Krise seiner Nachkriegsgeschichte: Perspektivlosigkeit, Ratlosigkeit, Planlosigkeit sind die Stichworte, die das Land wieder in die Nähe gewaltsamer Auseinandersetzungen bringen. Die 3,2 Millionen Einwohner sind tiefer denn je gespalten, blockieren sich mehr denn je gegenseitig. Die knappe Bevölkerungsmehrheit sind muslimische Bosniaken, die das Land stärker zentralisieren wollen. Inzwischen ist das durch den Friedensvertrag 1995 vom Westen oktroyierte politische System selbst zum Generator von Dauerblockaden geworden: Die Bosniaken herrschen gemeinsam mit den katholischen Kroaten (15 Prozent der Bevölkerung) in einer Landeshälfte. Die orthodoxen Serben (ein Drittel der Einwohner) haben in der anderen Hälfte das Sagen. Beide Entitäten genannten Landesteile arbeiten nach Kräften gegeneinander. Die Serben drohen mit Abspaltung vom Gesamtstaat und der Angliederung an die benachbarte „Mutterrepublik“ Serbien. Die Kroaten pochen auf einen eigenen Landesteil mit weitgehender Autonomie. Das würde die Lage noch mehr komplizieren. Denn neben den zwei Landeshälften gibt es noch zehn weitgehend selbstständige Kantone, ganz zu schweigen von einem sogenannten Kondominium Brcko im Norden, das von beiden Landeshälften gemeinsam regiert wird. Die wirtschaftliche und soziale Misere drängt Zehntausende in die Emigration in Richtung Westen. Die USA und vor allem die EU haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit Milliarden Euro und einem Heer von Diplomaten und Experten dem Land zur Seite gestanden. Doch besser wurde praktisch nichts – im Gegenteil.

**Gelähmte Institutionen** Die Serben blockieren zurzeit alle staatlichen Institutionen des Gesamtstaates und wollen nach und nach alle Bundesgesetze als unwirksam für die serbische Landeshälfte erklären. Gerade hat die serbische Entität die bosnische Arzneimittelagentur verlassen. Das Parlament sowie das dreiköpfige Staatspräsidium sind gelähmt. Die „Serbenrepublik“ Bosnien-Herzegowinas hat mit ersten demonstrativen Polizei- und Militärübungen begonnen. Es soll in Richtung eigener Armee gehen, heißt es. In dieser verworrenen Lage sollte der frühere deutsche Agrarminister Christian Schmidt (CSU) für Lösungsansätze sorgen. Er ist seit August der „Hohe Repräsentant“ des Auslandes in Bosnien-Herzegowina. Diese Position ist durch den Friedensvertrag 1995 mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Er kann theoretisch Gesetze erlassen oder Politiker aus ihren Ämtern entfernen, die sich unkooperativ verhalten. Doch: „Schmidt ist es innerhalb von nur einem Monat gelungen, dass ihn keiner der lokalen Politiker mehr unterstützt“, sagt der Direktor von Transparency in Bosnien-Herzegowina, Srdjan Blagovcanin. Die EU-Kommission fordert gebetsmühlenartig, die drei zerstrittenen Völker sollten sich zusammenschließen. Doch über diese fruchtlosen Appelle wird im Land selbst nur noch ungläubig der Kopf geschüttelt. Die zwei Spitzenpolitiker der Bosniaken haben vor wenigen Tagen an rund hundert Adressen in den USA und der EU einen Brandbrief geschrieben. Der Westen solle endlich dem bosnischen Serbenführer Milorad Dodik Einhalt gebieten, der immer offener die Sezession verfolge. Zeitgleich bekümmern EU-Parlamentarier die Kommission, mit einem realistischen Konzept in Bosnien-Herzegowina loszulegen und auf



Der bosnische Serbenführer Milorad Dodik (hier Ende September auf dem Budapester Demografiegipfel) bringt immer wieder eine mögliche Abspaltung der halbautonomen serbischen Teilrepublik Republika Srpska ins Spiel.

alle blutleeren, formalen Beteuerungen über eine „europäische Perspektive“ des Landes zu verzichten. **Notfalls mit Gewalt?** Zudem verlangen einige westliche Experten, die europäische Schutztruppe (EUFOR) im Land drastisch zu verstärken. Die war zuletzt auf symbolische 700 Soldatinnen und Soldaten geschrumpft. In jedem Fall müsse den Bestrebungen der bosnischen Serben, sich abzuspalten, ein Riegel vorgeschoben werden – notfalls auch mit Gewalt. Daneben gibt es die Idee, die EU-Milliardenhilfen nochmals aufzustocken. Doch nach den Erfahrungen der vergangenen beiden Jahrzehnte kann eine Absprache zwischen den drei Völkern über die Organisation ihres Landes nicht mit noch so gigantischen Finanzhilfen vorangebracht werden. Dreh- und Angelpunkt aller Probleme sind die Spitzenpolitiker der drei Nationen: Neben dem Serben Dodik sind das der Bosniak Bakir Izetbegovic und der Kroat Dragan Covic. Nach dem Muster der

1980er Jahre, das das kriegerische Ende des Vielvölkerstaates Jugoslawien vorbereitete, dient den drei Spitzen ihr nationalistisch gefärbter Populismus als wichtigstes Herrschaftsinstrument. Sie versichern ihren Landsleuten pausenlos, nur sie seien in der Lage, Übergriffe der beiden anderen Nationen zu verhindern. Covic und Dodik, also der Kroat und der Serbe, zielten auf „die Zerstörung von Bosnien-Herzegowina“, analysiert der frühere jugoslawische und später kroatische Staatspräsident Stjepan Mesic. Tatkräftig unterstützt würden sie dabei von Kroatiern auf der einen und Serben auf der anderen Seite. Er meint, die Lösung könne nur darin liegen, dass die EU in dem Balkanland mit einer klaren politischen Konzeption Druck macht. *Thomas Brey* **Der Autor leitete lange das Regionalbüro der Deutschen Presse-Agentur dpa für Südosteuropa und lehrt heute an deutschen Universitäten Politikwissenschaft und Journalistik.**

mit einem Veto Warschau gegen das EU-Klimapakete und andere EU-Vorhaben, sollte Brüssel nicht einlenken. Grund des Zerwürfnisses zwischen Warschau und Brüssel ist ein seit Frühsommer mehrmals vertagtes Verfassungsgerichtsurteil über das Primat des polnischen vor EU-Recht. Morawiecki selbst hatte die Verfassungsfrage im März eingereicht. Das Verfassungsgericht entschied am 7. Oktober – allerdings nicht einstimmig, sondern im Verhältnis zehn zu zwei Richter –, dass polnisches Recht über EU-Recht stehe. Das ist jedoch wenig überraschend: Das Verfassungsgericht wird inzwischen klar von Richtern dominiert, die von der Regierungspartei PiS ernannt worden sind. **Zankapfel EuGH** Laut dem Urteil verstößt konkret die Artikel gegen die polnische Verfassung, die den Transfer nationaler Kompetenzen an die EU, die Geltung von EU-Gesetzen und die Kompetenz des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) als oberstem Justizorgan regeln; dessen Rechtsprechung haben sich alle EU-Mitglieder bei der Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags unterworfen. Im Klartext bedeutet das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, dass sich Polen künftig nicht mehr an EuGH-Urteile halten muss. Die wachsenden Auseinandersetzungen mit der EU hatten schon wenige Wochen nach dem Wahlsieg von Jaroslaw Kaczynski rechtskonservativer Volkspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Herbst 2015 begonnen. Seither treibt die PiS ihre sogenannte Justizreform voran, mit der sie versucht, die Unabhängigkeit der nationalen



Schwere Differenzen: Polens Premier Mateusz Morawiecki mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (links, in Rot) im EU-Parlament.

Gerichte auf allen Ebenen durch eine Parteijustiz zu ersetzen. Mehrere Urteile des EuGH richten sich inzwischen gegen diese Reform, zuletzt entschied das EU-Gericht am vergangenen Donnerstag, dass Polen täglich eine Million Euro Strafe zahlen soll, sollte es sich weiterhin weigern, höchstrichterliche Entscheidungen des EuGH

**> STICHWORT**  
**Bosnien-Krieg (1992-1995)**  
**> Auslöser** Der Bosnien-Krieg begann im April 1992, nachdem in einem Referendum das unabhängige „Bosnien und Herzegowina“ ausgerufen wurde. Die Serben kesselten daraufhin die Hauptstadt Sarajevo ein. Während der mehrjährigen Belagerung starben etwa 11.500 Menschen, 8.000 starben beim Massaker von Srebrenica nach der Eroberung der Stadt am 11. Juli 1995.  
**> Ende** Im November 1995 unterzeichneten die Kriegsparteien im US-Bundesstaat Ohio das Abkommen von Dayton. Es sah die Bildung eines multiethnischen Staates Bosnien-Herzegowina aus zwei Teilstaaten in anerkannten Grenzen mit einer demokratischen Regierung vor. Seither steht das Land unter internationaler militärischer und ziviler Kontrolle.

# Wachsender Druck

**TÜRKEI** Präsident Erdogan könnte im Fall Kavala nachgeben

Wenn der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan beim Heimflug von einem Auslandsbesuch mit mitreisenden Journalisten spricht, kann er ungestört vom Leder ziehen. So war es auch vergangene Woche auf der Rückreise von einem Kurzbesuch in Aserbaidschan. Erdogan plauderte mit den handverlesenen regierungsnahen Reportern über Syrien, die Botschafter-Krise mit dem Westen und die Beziehungen zu den USA und fasste seinen Kurs so zusammen: „Ich habe keinen Rückwärtsgang.“ Erdogan-treue Medien trugen die Bemerkung begeistert weiter. Für seine Anhänger ist der 67-jährige ein unfehlbarer Staatenlenker, der selbst die mächtigsten Länder der Erde zittern lässt. Dabei könnte gerade der Streit um die Botschafter ein Beispiel dafür sein, dass Erdogan sehr wohl einen außenpolitischen Rückwärtsgang hat. Die Botschafter von Dänemark, Frankreich, Kanada, Neuseeland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und den USA hatten in einer gemeinsamen Erklärung die Freilassung des Bürgerrechtlers Osman Kavala gefordert, der seit vier Jahren ohne Urteil im Gefängnis sitzt. Erdogan, der Kavala als Staatsfeind betrachtet, lehnte die Forderung schroff ab und drohte mit der Ausweisung der Diplomaten. Die Lösung fädelten laut Medienberichten das türkische Außenamt und Erdogan-Berater Ibrahim Kalin ein. Schließlich bekräftigten die zehn Staaten formell ihr Bekenntnis zum Grundsatz der Nicht-Einmischung. Erdogan wertete das öffentlich als Zeichen, dass der Westen in dem Streit klein beigegeben habe, und ließ sich von seinen Anhängern feiern. Angesichts schlechter Umfrageergebnisse brauchte er dringend einen Erfolg. Die betroffenen Botschafter müssten Respekt vor seinem Land zeigen, sagte der Präsident im Flugzeug: „Die Türkei ist kein Nomaden-Staat.“ Doch in Wirklichkeit ist Erdogan viel prag-

beilagen können, weil sie dem Westen zugesichert habe, Kavala vor Ende November aus der Haft zu entlassen, vermutet Cengiz. „Wir fragen uns alle, ob die Regierung hinter verschlossenen Türen angedeutet hat, dass Kavala freikommt“, sagte er.

**Baldige Ausbürgerung?** Das ist weniger abwegig, als es angesichts der Rhetorik des türkischen Präsidenten aussieht. Erdogan hat mehrmals erklärt, dass Kavala nicht freikommen werde, und ohne grünes Licht des Präsidenten werde kein türkisches Gericht die Freilassung anordnen, meint Anwalt Cengiz. Vor den Journalisten im Flugzeug sagte Erdogan aber nun, seine Regierung werde sich anhören, was das Menschenrechtsgeschicht und der Europarat im Fall Kavala zu sagen hätten. „Und dann werden wir tun, was nötig ist.“ Erdogans rechtsgerichteter Koalitionspartner Devlet Bahçeli brachte die Möglichkeit ins Spiel, Kavala auszubürgern und in ein westliches Land abzuschieben. In der Vergangenheit hat Erdogan mehrmals den Ex-Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) zugeschrieben Spruch über das „Geschwätz von gestern“ beherzigt, wenn es ihm ratsam erschien. So erklärte er 2017, der damals inhaftierte deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel werde nicht freikommen, solange er im Amt sei. Doch wenige Monate später konnte Yücel nach Deutschland zurückkehren, nachdem die Bundesregierung die Hermes-Bürgerschaften für die Türkei eingeschränkt hatte. Ein Jahr später schloss Erdogan die von den USA geforderte Freilassung des inhaftierten US-Geistlichen Andrew Brunson aus – schickte Brunson aber dann doch nach Amerika zurück, als Washington Sanktionen gegen die Türkei erließ. In beiden Fällen sah sich Erdogan entschlossenen Reaktionen gegenüber. Auch im Umgang mit Kavala und dem Europarat sei das nötig, sagt Cengiz: Gebraucht werde ein klares Zeichen Europas, das dem türkischen Präsidenten die Grenzen zeige. „Erdogan lässt sich nicht von Stellungnahmen beeindrucken, die seine Politik kritisieren. Er ist sehr pragmatisch und versteht nur konkretes Handeln.“ Europa gegenüber wähnt sich der türkische Präsident in einer starken Position, weil die EU-Staaten die Türkei als Bollwerk gegen neue Flüchtlingswellen aus Nahost und Afghanistan

**Im Europarat droht der Türkei ein Ausschlussverfahren, weil Kavala weiter in Haft sitzt.**

**Erdogan sieht sich als Weltpolitiker, der mit den Großmächten auf Augenhöhe redet.**

sehen. Cengiz kritisiert, Europa habe seine Werte gegen Erdogans Hilfe eingetauscht. Das könne nicht lange gutgehen, denn wegen Erdogans wachsender Repression im eigenen Land „könnten die Türken selbst bald zu Flüchtlingen werden“. Von der neuen Bundesregierung erhoffen sich Cengiz und andere Mitglieder der Demokratiebewegung deshalb, dass sie eine entschiedene Haltung gegenüber der Türkei einnehmen wird. Wenn es um Menschenrechte, Meinungsfreiheit und faire Gerichtsverfahren gehe, müsse die Berliner Position unmissverständlich sein, forderte Cengiz: „Es darf kein Wegschauen geben.“ *Susanne Güsten* **Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.**

# Bündnispartner auf Konfrontationskurs

**POLEN** Die EU verschärft ihren Kurs im Rechtsstreit mit Warschau und verlangt eine Million Euro Zwangsgeld – pro Tag. Polen kündigt Veto gegen EU-Vorhaben an

Für Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki geht es um nicht weniger als um einen – nach Lesart der polnischen Regierung – anti-kolonialen Befreiungskrieg der Mittelosteuropäer gegen die Brüsseler Bürokraten-Besitzer. Vor zwei Wochen reiste er nach Straßburg, um im EU-Parlament ein Verfassungsgerichtsurteil, wonach einige EU-Gesetze gegen die polnische Verfassung verstoßen, zu verteidigen. Dort malte Morawiecki das Schreckgespenst eines Brüsseler „Superstaats“ an die Wand, dessen Mitgliedsländer nur noch weisungsgebundene „Provinzen“ seien. Die EU-Kommission bezichtigte er der „Erpressung“, weil sie wegen des Urteils Gelder des EU-Corona-Wiederaufbaufonds zurückhalte. Polen sei ein stolzes Land, das sich niemanden unterordnen werde, unterstrich der Regierungschef. „Die Kompetenzen der EU haben ihre Grenzen“, endete er. Vergangene Woche drohte Morawiecki in einem Interview mit der „Financial Times“ darüber hinaus

mit einem Veto Warschau gegen das EU-Klimapakete und andere EU-Vorhaben, sollte Brüssel nicht einlenken. Grund des Zerwürfnisses zwischen Warschau und Brüssel ist ein seit Frühsommer mehrmals vertagtes Verfassungsgerichtsurteil über das Primat des polnischen vor EU-Recht. Morawiecki selbst hatte die Verfassungsfrage im März eingereicht. Das Verfassungsgericht entschied am 7. Oktober – allerdings nicht einstimmig, sondern im Verhältnis zehn zu zwei Richter –, dass polnisches Recht über EU-Recht stehe. Das ist jedoch wenig überraschend: Das Verfassungsgericht wird inzwischen klar von Richtern dominiert, die von der Regierungspartei PiS ernannt worden sind. **Zankapfel EuGH** Laut dem Urteil verstößt konkret die Artikel gegen die polnische Verfassung, die den Transfer nationaler Kompetenzen an die EU, die Geltung von EU-Gesetzen und die Kompetenz des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) als oberstem Justizorgan regeln; dessen Rechtsprechung haben sich alle EU-Mitglieder bei der Unterzeichnung des EU-Beitrittsvertrags unterworfen. Im Klartext bedeutet das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, dass sich Polen künftig nicht mehr an EuGH-Urteile halten muss. Die wachsenden Auseinandersetzungen mit der EU hatten schon wenige Wochen nach dem Wahlsieg von Jaroslaw Kaczynski rechtskonservativer Volkspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Herbst 2015 begonnen. Seither treibt die PiS ihre sogenannte Justizreform voran, mit der sie versucht, die Unabhängigkeit der nationalen

Gerichte auf allen Ebenen durch eine Parteijustiz zu ersetzen. Mehrere Urteile des EuGH richten sich inzwischen gegen diese Reform, zuletzt entschied das EU-Gericht am vergangenen Donnerstag, dass Polen täglich eine Million Euro Strafe zahlen soll, sollte es sich weiterhin weigern, höchstrichterliche Entscheidungen des EuGH

umzusetzen. Doch das hat Polens Justizminister Zbigniew Ziobro bereits strikt abgelehnt. „Polen kann und sollte nicht auch nur einen einzigen Zloty zahlen“, betonte er. Bereits im September war Polen zu täglichen Zahlungen von einer halben Million Euro verurteilt worden, weil es entgegen einer einstweiligen Anordnung des EuGH den Braunkohleabbau in Turow an der Grenze zu Tschechien nicht stoppte. **EU-Austritt geplant?** Brüsseler Politiker sowie Polens linke und liberale Opposition sehen das Land nun auf dem Weg in den „Polexit“ – dem Austritt aus der EU. Die Opposition protestiert seit drei Wochen gegen diesen angeblichen Plan von PiS. Vor allem Oppositionsführer Donald Tusk, der ehemalige EU-Ratspräsident, ruf zum Widerstand auf. Nach dessen Rückkehr aus Brüssel in die polnische Landespolitik hat Kaczynski seinen politischen Erzfeind zurückgehalten. Tusk gilt als Turbo-Europäer, gegen ihn kann sich Kaczynski am besten als EU-Skeptiker profilieren. Doch ob es wirklich zu einem „Polexit“ kommt, ist fraglich. Schon heute hält die EU eine Tranche vom 36 Milliarden Euro an Beihilfen aus dem EU-Corona-Wiederaufbaufonds zurück. Mit den Geldern will PiS ein großes Infrastrukturprogramm fi-

nanzieren, das bereits landesweit auf Plakaten beworben wird. Nur so kann sich die Partei weiterhin Wahlgeschenke in Form von Sozialhilfe leisten, um an der Macht bleiben zu können. Das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts betrachtet Kaczynski, inzwischen Vize-Regierungschef, wohl vor allem als ein großes Wahlkampfgeschenk. In zwei Jahren wird in Polen ein neues Parlament gewählt, vielleicht kommt es auch zu vorgezogenen Neuwahlen. PiS will dann ein drittes Mal als stärkste Kraft bestätigt werden. Kaczynski hofft, den innenpolitischen Dauerstreit bis dahin aufrecht erhalten zu können, denn die Polarisierung der Gesellschaft hat ihn 2015 an die Macht gebracht und ihm 2019 die Wiederwahl beschert. Doch das ist eine durchaus riskante Strategie. Die EU-Kommission hat bereits klargestellt, dass Warschau das verhängte Zwangsgeld, das in den EU-Haushalt fließen soll, definitiv begleichen muss. Wenn ein Land ein Zwangsgeld auch nach mehrfacher Aufforderung nicht zahlt, werde die Summe aus EU-Zahlungen an das Land kompensiert, betonte ein Sprecher der Behörde. *Paul Flückiger* **Paul Flückiger ist freier Korrespondent in Warschau.**



# Alarmstufe rot

**IT-SICHERHEIT** Die Gefährdungslage ist »angespannt bis kritisch«, schreiben die IT-Experten des Bundes in ihrem Lagebericht. Der scheidende Innenminister Horst Seehofer fordert »aktive Cyberabwehr im Ausland«

In den frühen Morgenstunden an einem Donnerstag, dem 10. September vergangenen Jahres, geht am Düsseldorfer Uniklinikum nichts mehr. Ein Großteil der Computersysteme fällt aus. Server sind plötzlich verschlüsselt. Nur hat keiner in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt den Schlüssel zum Entschlüsseln. Den haben mutmaßlich russische Hacker, die die IT-Systeme attackieren, um Lösegeld abzugreifen. Die Folgen vor Ort sind gravierend: Die Erreichbarkeit per Mail und Telefon ist eingeschränkt. Die Behandlung bereits aufgenommener Patienten kann zwar fortgesetzt werden, neue werden aber nicht mehr aufgenommen. Planbare und ambulante Behandlungen werden abgesagt oder verschoben. Das Klinikum meldet sich für 13 Tage von der Notfallversorgung ab. Glück im Unglück: Als die Polizei die Erpresser darauf hinweist, dass sie ein Krankenhaus erwischt haben, rücken die Hacker den Schlüssel zum Entschlüsseln raus. Offenbar wollten sie die Universität selbst treffen.

**Angespannte Lage** Das Beispiel des Düsseldorfer Universitätskrankenhauses ist eines von vielen, welches das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in seinem aktuellen Jahresbericht zur Lage der IT-Sicherheit ausführt. Darin zeichnen die Experten ein teils dramatisches Lagebild: Die Gefährdungslage im Berichtszeitraum sei »angespannt bis kritisch«, heißt es. »Im Bereich der Informati-

onsicherheit haben wir, zumindest in Teilbereichen, Alarmstufe rot«, sagte BSI-Präsident Arne Schönbohm bei der Vorstellung der Publikation. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) warnte, dass man davon ausgehen müsse, »dass dies auch dauerhaft so bleibt und sogar zunehmen wird«.

Bereits im Sommer hatte der Branchenverband Bitkom die Alarmglocke schrillen lassen: Der deutschen Wirtschaft entstehen durch Cyberattacken laut einer Bitkom-Studie Schäden von mehr als 220 Milliarden Euro jährlich, doppelt so viel wie noch in den Jahren 2018/2019. Neun von zehn befragten Unternehmen waren danach 2020 und 2021 von Angriffen betroffen. Die Folgen der Corona-Pandemie sind mitverantwortlich für die sich zuspitzende

Lage. Viele Unternehmen und Institutionen setzen nun auf Home-Office, Videokonferenz und Co.. Das bietet Cyberkriminellen laut BSI mehr Angriffsfläche. Die Hacker rüsten ihre Arsenalen zudem kräftig auf. Die Anzahl der neuen Schadprogramme hat laut Bericht vergangenes Jahr um rund 144 Millionen zugenommen. Im Schnitt waren das pro Tag 394.000 neue Varianten, eine Steigerung von 22 Prozent gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum. Der cyberkriminelle Untergrund organisiert sich dabei arbeitsteilig. Potenzielle Erpresser benötigen nicht unbedingt das technische Know-how, um komplexe Schadprogramme zu schreiben. Sie können entsprechende Softwarelösungen bei Dienstleistern einkaufen oder Teile der Angriffe outsourcen.

Ein Schwerpunkt der Cyberkriminalität liegt auf Erpressung in diversen Varianten. Im Fall des Düsseldorfer Krankenhauses kam Ransomware genannte Schadsoftware zum Einsatz. Diese verschlüsselt gezielt Daten des Opfers. Für eine Entschlüsselung wollen die Erpresser meist in Kryptowährungen wie Bitcoin entlohnt werden. Allerdings beobachten die BSI-Experten neue Strategien. Weil Unternehmen und Institutionen zunehmend auf Backups setzen, um Verschlüsselungsangriffen die unmittelbare Schlagkraft zu nehmen, und – auch auf Raten des BSI – auf Lösegeldzahlungen verzichten, versuchen die Erpresser zunehmend, die Daten nicht nur lokal zu verschlüsseln, sondern aus dem System auszuleiten. Dann wird mit der Veröffentlichung der erbeuteten Daten gedroht, also quasi Schweigegeld erpresst. Auch wird mit massiven Angriffen auf Webseiten und andere Dienste gedroht, um den Druck zu erhöhen.

**Angriff auf Lieferketten** Neben klassischen Kriminellen sind auch staatliche Akteure aktiv. Die Motive reichen dabei von der Spionage bis hin zur Sabotage. Teils werden sehr komplexe Attacken auf die Software-Lieferketten gefahren, um von vielen Unternehmen und Institutionen genutzte Programme schon beim Hersteller zu kompromittieren. So wurde 2020 bekannt, dass ein Programm zur Überwachung von Netzwerken der Firma Orion mit einem Trojaner versehen wurde, um heimlichen Zugriff auf die infizierten Systeme zu ermöglichen. 18.000 Nutzer, da-

runter zahlreiche US-Behörden, luden die manipulierte Software unwissentlich in ihre Systeme. Zahlreiche Daten sollen aus den Regierungsstellen abgeflissen sein. Die US-Regierung machte Russland verantwortlich. Microsoft warnte vergangene Woche, dass die dahinterstehende Gruppe wieder aktiv geworden sei.

Auch die deutsche Politik ist Ziel von Angriffen: Vor der Bundestagswahl hatte das BSI zum Beispiel vor konkreten Angriffen auf E-Mail-Konten von Bundestagsabgeordneten gewarnt, die Bundesregierung machte dafür ebenfalls Russland verantwortlich. Genutzt werden könnten so erbeutete Daten etwa für Erpressung oder Desinformationskampagnen. Das geschah beispielsweise mit Daten, die bei einem Angriff auf die Europäische Arzneimittelagentur erbeutet worden waren und später in manipulierter Form veröffentlicht wurden. Hinter der Attacken werden russische und chinesische Spione vermutet.

**Cyberabwehr im Ausland** Die Frage, wie man auf solche Attacken reagieren sollte, ist in Deutschland umstritten. Seehofer will vor allem auf Diplomatie setzen und sieht insbesondere die Europäische Union in der Pflicht, auf Länder wie Russland einzuwirken. Nach dem Willen des scheidenden

Innenministers sollte es aber auch die Möglichkeit für eine »aktive Cyberabwehr im Ausland« geben. Pläne dafür habe das Innenministerium ausgearbeitet, in der scheidenden Koalition sei dies aber nicht durchsetzbar gewesen, rügte Seehofer.

In der Debatte, ob staatliche Stellen wie Geheimdienste oder die Bundeswehr »zurückhacken« dürfen sollten, wird von Kritikern regelmäßig auf einen Zielkonflikt verwiesen. Während es Behörden wie dem BSI

darum geht, unbekannt und kritische Sicherheitslücken möglichst schnell zu schließen, ist es für staatliche Hackbacks nützlich, solche Schwächen zu kennen und auszunutzen oder Werkzeuge einzukaufen, die genau darauf basieren. Anke Domscheit-Berg, netzpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, forderte deshalb, das BSI unabhängig vom Innenministerium anzusiedeln, »um nicht in Interessenskonflikte mit Geheimdiensten zu geraten, die Sicherheitslücken offenhalten wollen«. Ähnliche Forderungen kommen von Grünen und FDP. Der digitalpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Manuel Höferlin, schlug jüngst vor, das BSI einem neu zu schaffenden Digitalministerium zu unterstellen. Ob ein solches Ministerium überhaupt kommt, werden die Koalitionsverhandlungen zeigen. **Sören C. Reimer** ■

**Cyberangriffe verursachen der Wirtschaft laut Bitkom Schäden von mehr als 220 Milliarden Euro.**



Erpressung via Laptop: Cyberkriminelle setzen Unternehmen und Institutionen zunehmend unter Druck.

© picture-alliance/empics/Dominic Lipinski (editiert)

## STICHWORT

### Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

**> Behörde** Das BSI wurde 1991 gegründet und ist die Cybersicherheits-Behörde des Bundes. Das Amt ist dem Innenministerium zugeordnet. Das Budget lag 2021 bei 197 Millionen Euro.

**> Auftrag** Das BSI ist unter anderem für den Schutz der Regierunqsnetze zuständig. Das Amt macht zudem IT-Vorgaben für den Schutz kritischer Infrastrukturen und berät Bürger, Wissenschaft und Wirtschaft.

**> Mitarbeiter** Aktuell beschäftigt das BSI 1.200 Mitarbeiter. Präsident ist seit 2016 Arne Schönbohm (Foto).



© picture-alliance/dpa | Christophe Gateau

## Rechtsextreme Gefahren

**GEHEIMDIENSTE** Aus Sicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) geht die größte Bedrohung für die Sicherheit und die Demokratie in Deutschland vom Rechtsextremismus aus. Das machte BfV-Präsident Thomas Haldenwang vergangene Woche während der alljährlichen öffentlichen Anhörung vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestages deutlich. Allein 2020 habe es 22.357 Straftaten gegeben, davon 1.023 Gewalttaten. Die Tendenz sei weiterhin steigend. Besonders erschreckend sei der »allgegenwärtige Antisemitismus im Rechtsextremismus«. Auch beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) ist laut dessen Präsidentin Martina Rosenberg der Rechtsextremismus das bestimmende Thema. Innerhalb der Bundeswehr sei aber ein Sensibilisierungseffekt im Umgang mit dem Thema eingetreten, konstatierte sie. Beleg dafür sei, dass mehr als die Hälfte der Meldungen von Verdachtsfällen aus der Truppe gekommen sei. Selbstkritik übte der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl. Wie alle anderen Nachrichtendienste auch, habe der BND nicht damit gerechnet, dass die Taliban so schnell ganz Afghanistan unter ihre Kontrolle bringen würden. »Aus diesem Fehler müssen und wollen wir lernen«, betonte er. **Götz Hausding** ■

## Heiter bis wolkig

**CORONA** Feststellung der epidemischen Notlage könnte Ende November auslaufen

Fast zwei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie wird noch keine Entwarnung gegeben. Im Herbst und Winter erwarten Experten witterungsbedingt einen Anstieg der Fallzahlen. Unlängst stieg die Sieben-Tage-Inzidenz bundesweit wieder auf deutlich über 100, klare Anzeichen für den Aufbau einer vierten Welle.

Nach einem Beschluss des Bundestages aus dem Sommer ist allerdings die Sieben-Tage-Inzidenz nicht mehr maßgebliches Kriterium für die Beurteilung der Infektionslage, weil sich die Impfsituation erheblich verbessert hat. Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) sieht nun die sogenannte Hospitalisierungsrate als zentrales Kriterium vor, also die Zahl der Corona-Patienten in Krankenhäusern, die auch steigt. Weitere Indikatoren sind die nach Alter differenzierte Zahl der Neuinfektionen, die verfügbaren Intensivbetten und die Impfquote.

**Fortschritte** Die Impfkampagne hat zuletzt Fortschritte gemacht, auch wenn die angestrebte Herdenimmunität noch nicht erreicht ist. Laut Robert-Koch-Institut (RKI) waren Ende Oktober 66,6 Prozent der Gesamtbevölkerung vollständig gegen das neue Coronavirus Sars-Cov-2 geimpft. Die höchste Impfquote erreichte zuletzt das Bundesland Bremen mit 78,1 Prozent voll-

ständig Geimpften, Schlusslicht war Sachsen mit einem Anteil von 56,6 Prozent vollständig Geimpften. Bei Kindern und Jugendlichen ab zwölf Jahren ist die Quote mit rund 41 Prozent noch nicht so hoch, weil die Ständige Impfkommission (STIKO) erst Mitte August eine Impfpflicht für diese Altersgruppe abgeben hat. Von Behörden in den USA und Europa geprüft wird derzeit eine Corona-Impfung für die Altersgruppe der Fünf- bis Elfjährigen mit einer auf ein Drittel reduzierten Dosis. Zudem sollen ältere Menschen ab 70 nach einer Empfehlung der STIKO eine Booster-Impfung erhalten. Die Auffrischung dient auch dazu, Impfdurchbrüche zu verhindern, also Infektionen von vollständig Geimpften. Von Booster-Impfungen profitieren sollen auch Patienten und Personal in Pflege und Medizin.

**Vollmachten** Strittig ist angesichts der aktuellen Lage die mögliche Verlängerung der vom Bundestag erstmals am 25. März 2020 festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite, die dem Bund besondere Befugnisse nach dem IfSG gibt, etwa zum Erlass von Rechtsverordnungen und Anordnungen. Die Feststellung der epidemischen Lage wurde zuletzt am 25. August 2021 für drei Monate verlängert. Die Minis-

terpräsidenten plädierten dafür, eine bundeseinheitliche Rechtsgrundlage beizubehalten. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte: »Ohne Rechtsgrundlage des Bundes wären die Bürgerinnen und Bürger schutzlos.« Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach warnte vor steigenden Infektionen bei Kindern. Die künftigen Koalitionäre von SPD, Grünen und FDP haben sich vergangene Woche darauf verständigt, die Feststellung der epidemischen Lage nicht zu verlängern, dafür eine einheitliche Übergangsregelung bis zum 20. März 2022 zu schaffen. Demnach sollen die Länder auch unabhängig von der epidemischen Lage etwa die Maskenpflicht und Zugangsregeln anordnen können. Auch Unterstützungsleistungen, die an die Notlage geknüpft sind, sollen bleiben. Dazu wird den Plänen zufolge das IfSG erneut angepasst. Es könnte das erste Gesetz werden, das im neuen Bundestag von den »Ampel«-Koalitionären verabschiedet wird. **Claus Peter Kosfeld** ■

Anzeige

### Ein Vogel mit Geschichte

**Der preußische Adler in der deutschen Herrschaftsgeschichte**  
Eine Vogelkunde aus religionspolitischer Sicht

Von Prof. Dr. Horst Junginger  
2021, 166 S., brosch., 26,- €  
ISBN 978-3-8288-4716-3  
E-Book (PDF) 978-3-8288-7808-2  
E-Book (ePub) 978-3-8288-7809-9

In Gestalt einer religionspolitischen Ornithologie wird die Geschichte des preußischen Adlers als Symbol der politischen Herrschaft nachgezeichnet. Glauben die Menschen fest genug an den Zusammenhang von weltlicher und überweltlicher Macht, können sie auffahren mit Flügeln wie er.

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter [www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de), telefonisch (+49) 7221 2104-45 oder per E-Mail [email@tectum-verlag.de](mailto:email@tectum-verlag.de)

**Tectum Verlag**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



**AUFGEKEHRT**

**Shopping für das Klima**

Shopping ist in, auch unter Politikern. Wenn eine neue Regierung gebildet wird, ist öfter von Kassensturz zu lesen. Übersetzt in privatwirtschaftliches Alltagsdeutsch bedeutet das: Wir gucken mal, was noch übrig ist bis Monatsende. Bei der Gelegenheit fahnden die Koalitionäre gleich nach den beliebten Schattenhaushalten, den geheimen Gelddepots des Staates, anders gesagt: Was steckt noch in Omas Sparstrumpf und bei Opa unter der Matratze. Geld horten ist ohnehin sinnlos geworden, seit die EZB keine Zinsen mehr rausrücken will, sondern sogar Geld verlangt von Leuten, die Geld haben. Glück für den, der keins hat. Die Zentralbank hat uns damit nebenbei die Augen geöffnet. Jetzt sehen wir die Lage der Hartz-IV-Bezieher, der Horden an Obdachlosen, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und überschuldeten Privatleuten gleich ganz anders. Von wegen bedauernde Mitbürger. Armut ist der neue Reichtum! Das erklärt auch, warum der jetzige Bundesfinanzminister und künftige Kanzler Olaf Scholz (SPD) immer so diabolisch grinst. Der Staat ist sozusagen König aller Schuldner und ganz vorn mit dabei. Kein Berg ist höher als der Schuldenberg. Die Staatsschulden belaufen sich auf satte 2,25 Billionen Euro oder 27.000 Euro pro Kopf. Und da geht noch mehr. Bremsen war gestern, jetzt steht die Ampel auf Grün. Klima kostet halt. Und das Beste kommt noch: Ökonomen sagen, Staatsschulden sind nicht schlimm, weil der Staat, anders als Oma und Opa, ewig lebt und quasi nie zurückzahlen muss. Wundern Sie sich also nicht, wenn Ihr arbeitsloser Nachbar demnächst mit einem zu 100 Prozent staatlich subventionierten Elektro-Porsche zu Aldi fährt. *Claus Peter Kosfeld*

**VOR 60 JAHREN...**

**Doppelagent in Pullach**

**6.11.1961: KGB-Mann Felfe enttarnt.** Zehn Jahre lang führte Heinz Felfe das Leben eines Doppelagenten. Am 6. November 1961 wurde der Leiter des BND-Referats „Gegenspionage Sowjetunion“ festgenommen. Er stand im Dienste des sowjetischen Geheimdienstes. Mitten im Kalten Krieg hatte Felfe, der auch in der SS Karriere gemacht hatte, tausende geheime Dokumente nach Moskau gelie-



Zehn Jahre arbeitete Heinz Felfe für den KGB als Doppelagent.

fert und die Identität von rund 100 Agenten verraten. Aufgeflogen ist Felfe wegen einer Reise in die USA im Jahr 1956. Als Teil einer BND-Delegation besuchte er den amerikanischen Auslandsgeheimdienst CIA. Schon damals wäre er beinahe enttarnt worden, als die befreundeten CIA-Agenten einen Lügendetektor an Felfe demonstrieren wollten – damals hatte er sich noch aus der Affäre ziehen können. Jahre später lief jedoch ein polnischer Offizier zu den Amerikanern über und verriet, dass in der deutschen Delegation KGB-Spione waren. Obwohl Moskau wusste, dass Felfe aufzufliegen drohte, unternahm man dort nichts: In der Sowjetunion wollte man den Image-Schaden für den BND, der durch die Enttarnung Felfes zu erwarten war. Tatsächlich war die Verhaftung für die Bundesrepublik ein Schock: Einerseits stellte sich die Frage, ob der Bundesnachrichtendienst von weiteren KGB-Agenten unterwandert war. Andererseits wurde auf diese Weise deutlich, dass Alt-Nazis im westdeutschen Geheimdienst Karriere machten. 1963 wurde Felfe zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt, 1969 aber gegen DDR-Häftlinge ausgetauscht. In Ost-Berlin schloss er sich der Stasi an. Felfe starb im Jahr 2008. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: DER PLENARSAAL IM REICHSTAGSGEBÄUDE**



Seit der symbolischen Schlüsselübernahme durch Wolfgang Thierse (SPD, oben rechts) tagt das Parlament wieder in Berlin (erste Sitzung, oben links). Vor jeder neuen Legislaturperiode muss umgebaut werden. Zuletzt für die konstituierende Sitzung (unten rechts).

**Zwischen Alt und Neu**

Es war ein historischer Moment, damals am 19. April 1999. Als Wolfgang Thierse (SPD) auf den Stufen des Reichstagsgebäudes triumphierend einen übergroßen symbolischen Schlüssel in die Höhe streckte. „Berlin ist von nun an die politische Metropole Deutschlands“, so die Worte des damaligen Bundestagspräsidenten. Das Herz der Demokratie war nach Berlin zurückgekehrt. Unter einer riesigen Kuppel aus Stahl und Glas sollten seine Mitglieder neuneinhalb Jahre nach dem Mauerfall eine neue, alte Wirkungsstätte finden. Zweimal war das Gebäude da schon Sitz deutscher Parlamente gewesen, erst im Kaiserreich, dann in der Weimarer Republik. Mehr als zwei Jahrzehnte sind seit dem letzten Einzug vergangen. Und doch ist vieles gleich geblieben, in dem von Star-Architekt Sir Norman Foster entworfenen Plenarsaal: etwa der zweieinhalb Tonnen schwere Adler, der bis

heute die Wand hinter dem Rednerpult ziert, der blaue Halbkreis, zu dem die im Boden verankerten Sitze angeordnet sind, oder das zweigestaffelte Podest des Präsidiums. Von dem aus leitete Thierse die erste Sitzung im wiedereröffneten Reichstagsgebäude. Rund 1.400 Sitzungen später hielt die frisch gewählte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas dort vergangene Woche ihre Antrittsrede. Anders wiederum hat sich gewandelt, sieht der Plenarsaal doch nach jeder Bundestagswahl ein bisschen anders aus: Verschiebt sich das politische Kräfteverhältnis, muss sich das schließlich auch in der Sitzverteilung widerspiegeln. Noch bevor der Startschuss für eine neue Wahlperiode gefallen ist, wird also schon fleißig angepackt unter der Kuppel. Während Bundestagsneulinge ihre Büros beziehen und Abgewählte Umzugskisten packen, machen Handwerker und IT-Techniker den Plenarsaal startklar für

die erste Sitzung. Sie schrauben Stühle ab und an anderer Stelle wieder fest, montieren Tische und verkabeln Telefone, testen Mikros und justieren die Akustik neu. Ein aufwendiges Unterfangen, zumal bei einem Parlament, das erneut größer wird. 736 Sitzplätze mussten die Handwerker dieses Mal unterkriegen – rund 70 mehr als noch Ende der 1990er Jahre. All das geschah unter mächtigem Zeitdruck. Zwar lagen zwischen Wahl und erster Sitzung rund vier Wochen, direkt starten konnten die Arbeiten aber nicht. Erst musste sich der Vorältestenrat auf eine (vorläufige) Sitzordnung einigen: Zum Auftakt am Dienstag blieb dabei erstmal alles beim Alten. Allerdings kann jedes Parlament, sobald es seine Arbeit aufgenommen hat, selbst entscheiden, welche Fraktion wo sitzen soll. Gut möglich also, dass die Handwerker bald erneut anrücken müssen. *Irina Steinhauer*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 42-43 vom 18. Oktober 2021, „Auf dem Weg“ auf Seite 1:**

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die drei verhandelnden Parteien unbedingt regieren wollen und dazu auch bereit sind, bisherige Grundpositionen über Bord zu werfen. Um die Wähler nicht zu verprellen, nennt man dann halt die Dinge anders. Aus Hartz IV wird zum Beispiel ein Bürgergeld und das Tempolimit, auf das die Grünen immer so pochten, ist dann eben auch vom Tisch. Ja und beim vorzeitigen Kohleausstieg bricht man sogar vorher vereinbarte Regelungen des Bundes mit den Ländern. Ich bin gespannt, wie man das dann beispielsweise den Menschen in Sachsen erklären will. Eine vorausschauende Politik, die unsere eigene Volkswirt-

schaft stärkt und damit zuerst dem Wohl der arbeitenden Menschen dient, scheint also weiterhin nicht das Ziel der handelnden Akteure zu sein. Das Adenauerzeitat „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!“ ist damit also wieder einmal aktuell. *Claus Hörmann, Neustadt in Sachsen*

**Zur selben Ausgabe, „Auf dem Weg“ auf Seite 1:**

Worin besteht nun eigentlich der kleine feine Unterschied zwischen den „Sondierungen“ und den „Koalitionsverhandlungen“? Die „Sondierungen“ bestehen aus zwölf Buchstaben und zwar in folgender Reihenfolge, stringent nach dem Alphabet geordnet: deeginnnoSu; die „Koaliti-

onsverhandlungen“ bestehen aus 23 Buchstaben und zwar in folgender Reihenfolge, stringent nach dem Alphabet geordnet: aadeeghiiKllnnnoorstuv! Genau, dieser feine kleine Unterschied besteht nur in der Nuancierung! Worin zum Teufel nochmal denn sonst auch?! *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

**Zur selben Ausgabe, „Zwischen Landknechten, Deep Purple und „Band of Brothers““ auf Seite 10:**

Ihre Zeitung berichtete über den Großen Zapfenstreich in Berlin für die Afghanistan-Heimkehrer. Leider wurde dabei nicht auf die Kritik an diesem Ritual eingegangen, die von christlicher und friedensbewegter Seite vorgetragen worden

war. In einem Appell an die Verteidigungsministerin hatten rund 200 Personen und 24 Gruppen, initiiert von pax christi Bonn, diese aufgefordert, den Zapfenstreich abzusagen. Sie bezeichneten es als blasphemisch, „Helm ab zum Gebet“ zu befehlen, dann den Choral „Ich bete an die Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart“ zu intonieren und anschließend die Präsentation der Gewehre zu befehlen. Ein solches Ritual dürfe im weltanschaulich neutralen Staat nicht veranstaltet werden, argumentierten die Koordinatoren des Appells, zumal sich Jesus von Nazareth mit seinem ganzen Leben für die Botschaft der Gewaltlosigkeit eingesetzt habe. Der Staat darf religiöse Symbole, Gebete, Gesänge oder Riten nicht dazu missbrauchen, militärische Einsätze pseudoreligiös zu überhöhen. Gegen ein weltanschaulich neutrales Gedenken ist nichts einzuwenden, wenn dabei auch der Opfer des Kriegseinsatzes auf der gegnerischen Seite gedacht würde. Immerhin hat der von einem Bundeswehr-Oberst befehligte Bombenangriff im September 2009 bei Kundus allein etwa bis zu 140 zivile Todesopfer gefordert. *Martin Singe, Bonn*

**Zur Ausgabe 40-41 vom 4. Oktober 2021, „Seitenblicke“ auf Seite 22:**

Mensch Meier, rauf euch doch endlich zusammen, ihr habt doch die Bundestagswahl für euch entschieden, ihr seid Meister (SPD) und Vize (Union). Wählt endlich Olaf Scholz zum Bundeskanzler und schickt den Armin Laschet zurück nach Düsseldorf. Auch so könnte ein „reziproker Neustart“ aussehen, und der Wählerwille könnte wenigstens ansatzweise erfüllt werden. Lasst euch nicht länger von solchen „Möchte-germ-Mitregierungs-Youngster“, wie von der FDP und Bündnis 90/Die Grünen an der Nase herumführen. Diese „Anti-Helden“ haben sich lange genug ausgetobt, zurück mit ihnen auf die Oppositionsbank; denn nur dort gehören sie wahrlich hin. Habt doch auch einmal ein Herz für Armin Laschet! *Riggi Schwarz, Büchenbach*

**SEITENBLICKE**



**PERSONALIA**

**->Otto Bernhardt † Bundestagsabgeordneter 1998-2009, CDU**

Am 8. Oktober starb Otto Bernhardt im Alter von 79 Jahren. Der Unternehmensberater aus Rendsburg trat 1960 der CDU bei, gehörte von 1970 bis 2006 dem schleswig-holsteinischen Landesvorstand an und stand von 1980 bis 2004 an der Spitze des Kreisverbands Rendsburg-Eckernförde. Von 1970 bis 1998 war er Stadtrat in Rendsburg und von 1971 bis 1984 Abgeordneter im Kieler Landtag. Von 1979 bis 1984 amtierte er zugleich als Parlamentarischer Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Kultusministerium. Im Bundestag arbeitete Bernhardt, finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstands, im Finanzausschuss mit. Seit Anfang 1990 amtierte sie ferner als stellvertretende Geschäftsführerin ihrer Fraktion.

**->Maria Luise Teubner Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen**

Maria Luise Teubner wird am 3. November 70 Jahre alt. Die Studienrätin aus Lahr trat 1984 den Grünen bei und gehörte von 1984 bis 1987 dem dortigen Gemeinderat an. Im Bundestag wirkte Teubner im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Verkehrsausschuss mit. Seit Anfang 1990 amtierte sie ferner als stellvertretende Geschäftsführerin ihrer Fraktion.

**->Klaus Kirschner Bundestagsabgeordneter 1976-2005, SPD**

Am 4. November begeht Klaus Kirschner seinen 80. Geburtstag. Der Werkzeugmacher und Mechanikermeister aus Oberndorf/Neckar trat 1962 der SPD bei. Er war von 1972 bis 2003 Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Rottweil und gehörte von 1993 bis 1999 dem Landesvorstand in Baden-Württemberg an. Von 1995 bis 2003 amtierte er als Landesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA). Von 1990 bis 1998 war Kirschner Gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Er wirkte unter anderem im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie im Gesundheitsausschuss mit, an dessen Spitze er von 1998 bis 2005 stand. Von 1987 bis 1989 war er Vorsitzender der Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“.

**->Max Lehmer Bundestagsabgeordneter 2005-2013, CSU**

Max Lehmer vollendet am 6. November sein 75. Lebensjahr. Der Diplom-Agraringenieur und Landwirt aus Neuching/Kreis Erding trat 1970 der CSU bei und stand von 1989 bis 2003 an der Spitze des dortigen Ortsverbands. Von 1978 bis 2008 war Lehmer Mitglied des Gemeinderats Neuching und gehörte von 1976 bis 1996 sowie von 2008 bis 2014 dem Kreistag in Erding an. Im Bundestag wirkte der Direktkandidat des Wahlkreises Erding-Ebersberg im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit.

**->Hans-Günter Bruckmann Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD**

Hans-Günter Bruckmann begeht am 7. November seinen 75. Geburtstag. Der Vertriebsingenieur aus Essen wurde 1976 Mitglied der SPD. Von 1984 bis 1998 war er dort Ratscherr und amtierte von 1991 an als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Von 1989 bis 1998 gehörte er dem Bezirksparlamentsrat Düsseldorf sowie der Verbandsversammlung Verkehrsverbund Rhein-Ruhr an. Bruckmann, Direktkandidat der Wahlkreise Essen I sowie Essen III, engagierte sich im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

**->Eberhard Diepgen Bundestagsabgeordneter 1980-1981, CDU**

Am 13. November vollendet Eberhard Diepgen sein 80. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Berlin trat 1962 der CDU bei. Von 1983 bis 2002 stand er an der Spitze des Berliner Landesvorstands und gehörte von 1983 bis 2000 dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1971 bis 2001 war er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Diepgen, 1984 als Nachfolger Richard von Weizsäckers zum Regierenden Bürgermeister gewählt, behielt das Amt bis März 1989. Nach dem Sieg bei den ersten Gesamtberliner Wahlen wurde Diepgen 1991 Stadtoberhaupt und blieb es bis 2001. Im Bundestag engagierte er sich im Petitionsausschuss und im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 15. November.



# DEBATTENDOKUMENTATION

Konstituierung des Parlaments und Wahl der Bundestagspräsidentin / 1. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 26. Oktober 2021

**Bärbel Bas, SPD, Bundestagspräsidentin:**

## Wir müssen eine neue Bürgernähe entwickeln



**Bärbel Bas (\*1968)**  
Bundestagspräsidentin

Als Annemarie Renger 1972 Bundestagspräsidentin wurde, war das eine Zeitenwende. Eine Frau an der Spitze des Deutschen Bundestages, eine Frau im zweithöchsten Amt! Das war neu und wahrscheinlich auch einigen nicht geheuer. Annemarie Renger hatte ihren Namen selbst ins Spiel gebracht, hat sie damals gesagt. Inzwischen sind fast 50 Jahre vergangen. Ich kann Ihnen versichern: Unsere Gesellschaft ist etwas weiter als damals. Ich habe nicht selbst den Finger gehoben – das stimmt –, aber ich habe im richtigen Moment Ja gesagt. Als

Zeitenwende empfinde ich meine Wahl dennoch.

Auf der Tribüne begrüße ich ganz besonders herzlich meine Vorgängerin Rita Süsmuth, eine weitere Politikerin, die diesem Hause und auch der Gesellschaft gezeigt hat, wie viel eine Frau in einem Staatsamt bewirken kann.

Ich begrüße ebenso herzlich Sabine Bergmann-Pohl, die in der deutschen Parlamentsgeschichte eine besondere Rolle gespielt hat: als Präsidentin der letzten und ersten frei gewählten Volkammer der DDR.

Hier im Bundestag werden die Debatten ausgetragen, die Debatten, die das Land bewegen. Regierung und Opposition treffen aufeinander. Politik wird verständlich und sichtbar, jeden Abend in den Nachrichten. Es tut unserem Land gut, wenn die Bürgerinnen und Bürger sehen: Im Herzen der Demokratie trägt eine Frau die Verantwortung.

Heute konstituiert sich der 20.

Deutsche Bundestag. Ich bin erst die dritte Frau an seiner Spitze. Die dritte seit 1949! Ruhmreich ist das nicht. Denn die Verantwortung ist lange noch nicht gerecht auf alle Schultern verteilt. Daran zu arbeiten, sehe ich als eine meiner besonderen Aufgaben als Bundestagspräsidentin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben mich eben in dieses Amt gewählt. Was für eine Ehre! Ich danke Ihnen herzlich für das Vertrauen. Das ist ein großes Vertrauen, das Sie mir gegeben haben, und mir ist auch völlig bewusst, dass mit diesem Amt hohe Erwartungen verbunden sind.

Ich verspreche Ihnen: Ich werde die Präsidentin aller Abgeordneten sein. Ich werde all meine Kraft daransetzen, den Bundestag nach innen überparteilich zu leiten und nach außen selbstbewusst zu repräsentieren. Darin werde ich übrigens allen meinen Vorgängerinnen und Vorgängern folgen.

**Ich habe nicht selbst den Finger gehoben, aber im richtigen Moment Ja gesagt.**

Sehr geehrter Herr Schäuble, ich danke Ihnen für die nachdenklichen Worte zu Beginn der Sitzung. Vor allem danke ich Ihnen für Ihre außergewöhnlichen Leistungen in den vergangenen vier Jahren. Sie haben das Amt des Bundestagspräsidenten in einer herausfordernden Zeit übernommen. Das Parteigefüge hatte sich verschoben. Unser Land durchlebte heftige, zornige Debatten, was sich übrigens auch hier im Hause widerspiegelt. Als Bundestagspräsident haben Sie die Kontrolle ermöglicht und zum Streit ermutigt. Aber Sie haben auch Grenzen gezogen, wo es nötig war. Sie haben stets darüber gewacht, dass die Würde des Parlaments gewahrt blieb. Ich denke, ich darf das im Namen aller Mitglieder dieses Hauses sagen: Sie haben sich um unsere parlamentarische Demokratie verdient gemacht. Herzlichen Dank!

Danken möchte ich auch dem scheidenden Vizepräsidenten Hans-Peter Friedrich und der ehemaligen Vizepräsidentin Dagmar Ziegler, die nicht mehr kandidiert hat, ebenso allen Kolleginnen und Kollegen, die das Parlament heute verlassen. Viele sind aus eigenem Entschluss gegangen, andere haben kein neues Mandat erhalten. Sie alle haben in den zurückliegenden Jahren hart für unser Land gearbeitet. Dafür gebührt Ihnen unser großer Respekt.

Bei meinem Dank will ich die vielen Menschen im Hintergrund nicht vergessen: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Abgeordnetenbüros, in den Fraktionen und auch in der Bundestagsverwaltung. Ihrem Einsatz verdanken wir die perfekte Organisation am heutigen Tag und – weit darüber hinaus – die Stabilität der deutschen Politik, die den politischen Neuanfang erst möglich macht.

Ich möchte an diesem Tag auch an einen besonderen Menschen erinnern, von dem ich wünschte, er könnte hier bei uns sitzen. Thomas Oppermann hat dem Deutschen Bundestag über viele Wahlperioden hinweg angehört: als überzeugter Sozialdemokrat, als leidenschaftlicher Parlamentarier und zuletzt als ein über Parteigrenzen hinweg geachteter Vizepräsident.

Gestern vor einem Jahr ist Tho-

mas Oppermann von uns gegangen. Ich habe viel von ihm gelernt. Er beherrschte das parlamentarische Handwerk wie kaum ein anderer. Und ich spüre an einem Tag wie heute: Er fehlt.

Meine Damen und Herren, dieses Parlament ist besonders jung, und es tut unserem Land gut, dass sich gerade jüngere Menschen für Veränderung und Innovation stark machen. Außerdem ist dieses Parlament besonders vielfältig. Das war bei der Verlesung der Namen unserer Schriftführer vorhin deutlich zu hören. Auch das tut unserem Land gut.

**Die Verantwortung ist lange noch nicht gerecht auf alle Schultern verteilt.**

Die Zusammensetzung des 20. Deutschen Bundestages zeigt, dass seine Mitglieder in ganz verschiedenen Teilen der Gesellschaft verwurzelt sind. Sie bringen unterschiedliche Berufserfahrungen und Herkunftsgeschichten mit. Ihre Lebensläufe und Lebenswege werden unsere Debatten bereichern. Die Vielfalt ist eine Chance für uns alle – in diesem Haus, aber auch außerhalb.

Duisburg, wo ich geboren bin, hat übrigens auch noch nicht erlebt, dass ein Kind der Stadt in ein so hohes Staatsamt gewählt wird. Das musste ich jetzt einmal zwischendurch loswerden. Ich verspreche, meine Stadt nicht aus dem Blick zu verlieren. Dafür stehe ich: dass wir in dieser Legislaturperiode eine neue Bürgernähe entwickeln – nicht nur, weil dieser Bundestag beachtlich bunt zusammengesetzt ist.

Lassen Sie uns viele Menschen ansprechen, auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zugehen, vor allem auf jene, die sich von der Politik seit Langem nicht mehr angesprochen fühlen, Menschen, denen „die Politik“ fremd geworden ist. Ein vielfältiges, junges, frisch gewähltes Parlament kann leichter Brücken bauen. Es



Die Wahl der neuen Bundestagspräsidentin: Abgeordnete des Deutschen Bundestages bei der Auszählung der Wahlunterlagen.

©Deutscher Bundestag/Werner Schüring

Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

kann Vorurteile, Abwehrreaktionen und Misstrauen überwinden helfen.

Doch Politik ist nur dann gut, wenn sie auch verständlich ist. Das ist auch ein großes Versprechen der Demokratie. Und das hat viel mit unserer Sprache zu tun. Verstecken wir uns nicht hinter einem komplizierten

Fachjargon, hinter Meinungen von Expertinnen und Experten! Ich wünsche mir, dass wir schwierige juristische Fragen, mit denen wir es zu tun haben, in die Sprache übersetzen, die in unserem Land gesprochen und verstanden wird.

Es liegt an uns: Wir können zeigen, dass wir Abgeordnete sind, die zuhören, und ein Parlament, dem zugehört wird. Wir brauchen dazu Worte, bei denen Zuhören Freude macht, weil sich aus unseren Debatten erschließt, dass wir uns hier im Bundestag mit den Fragen beschäftigen, die für die Zukunft aller Menschen in diesem Lande wichtig sind. Wir können über unsere Sprache zeigen, dass wir das Wohl aller im Blick haben.

Wer mit Gewinn zuhört, wer versteht, worum es hier in diesem Hause geht, wird auch das Gespräch suchen, den Austausch mit uns, den gewählten Abgeordneten. Wer merkt, dass wir diesen Austausch ernsthaft wollen, wird sich auf uns einlassen, wird mitdenken, über politische Entscheidungen mit uns streiten wollen und nicht gleich losschreien, dagegenhalten oder andere niedermachen.

Was wir brauchen, ist eine Einladung an möglichst viele Menschen, mitzumachen. Wir haben dafür neue Teilhabeformen. Die Bürgerräte sind ein Format, das Teilhabe ermöglicht. So wünsche ich mir die kommende Legislatur im Deutschen Bundestag: offen und lebendig.

Dann sind wir natürlich noch lange nicht alle einer Meinung – natürlich nicht. Aber dann haben wir die Chance, Politik wieder als gemeinsames Ringen um Wege in die Zukunft zu begreifen. Dafür stehe ich, für ein respektvolles Miteinander, für eine verständliche Politik, für ein Parlament, das die Politik hinausträgt in die Gesellschaft.

Bringen wir die Debatten, die wir hier unter dieser Kuppel führen, in unsere Wahlkreise, zu mir nach Duisburg genauso wie nach Greifswald

oder nach Passau oder an viele andere schöne Orte in unserem Land auch zu denen, die sich von der Politik abgewandt haben, die das Gefühl haben, nicht wahrgenommen zu werden! Sie müssen wie alle anderen auch eine Chance ha-

**Die Vielfalt ist eine Chance für uns alle – in diesem Haus, aber auch außerhalb.**

ben, sich in dieser Politik wiederzufinden. Das ist ihr gutes Recht. Denn sie alle sind gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft, genauso wie jene, die wir in Talkshows erleben, wie die, deren Tweets oder Facebook-Einträge Aufregung auslösen, wie die Vertreterinnen und Vertreter der kleinen und großen Interessenverbände und Organisationen. Sie alle sind wichtig.

Aber kümmern wir uns auch ganz bewusst um die Mitte der Gesellschaft! Es sind Menschen, die an Demonstrationen vorbeigehen, aber selbst nie demonstrieren würden, die zu erschöpft sind, um sich in Initiativen zu engagieren, die mit ihrem Alltag zu kämpfen haben, die vollauf damit beschäftigt sind, ihre Kinder und ihre alternen Eltern zu versorgen, die gestrandet sind oder die unsere Sprache nicht sprechen, denen die Mittel fehlen, auf eigenen Beinen zu stehen. Sie alle haben auch Interessen – berechnete Interessen –, und sie haben wenig Gelegenheit, sich Gehör zu verschaffen. Ich wünsche mir, dass wir auch diesen Menschen zuhören und ihnen eine barrierefreie Teil-

habe ermöglichen. Daran müssen wir arbeiten. Denn für alle diese Menschen sind wir da. Sie sollen sich in ihrem Parlament vertreten sehen; sie sollen sich in unserem Bundestag wiederfinden – alle, nicht nur eigene Anhänger. Das ist

eine Verantwortung, die wir hier im Hause gemeinsam tragen. Ich wünsche mir für diese Legislaturperiode gegenseitigen Respekt. Das ist keine Einbahnstraße: Ich erwarte Respekt für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Respekt von ihnen und einen respektvollen Umgang miteinander hier im Haus. Wir haben eine Vorbildfunktion. Jede und jeder Einzelne von uns steht für „die Politik“ und damit in der Pflicht, den Deutschen Bundestag würdig zu vertreten.

Das ist nicht nur eine Frage des Stils; es ist auch eine Frage der demokratischen Kultur. Schlagen wir einen angemessenen Ton an! Schrilte Laute hört niemand gern, leise Töne übrigens auch nicht. Wir können schon hörbar und vernehmlich Position beziehen, deutlich erklären, wohin wir wollen und welche Wege uns als die besten erscheinen. Widerspruch ist erlaubt. Darum tagen wir hier im Parlament: um Argumente auszutauschen, um den Streit in der Sache auszutragen.

Wir werden viele unterschiedliche Stimmen und Meinungen hören, gegensätzliche Argumente. Die Schärfe der Argumentation darf dabei den politischen Gegner nicht herabwürdigen, ihn nicht beschädigen. Wir sind nicht hier, einander persönlich zu bekriegen. Lassen Sie mich aber eins auch deutlich sagen: Hass und Hetze sind keine Meinung. Als Präsidentin werde ich dieses Parlament vor Angriffen schützen und die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele große, strittige Themen liegen vor uns: der Klimawandel, besonders der Umbau der Wirtschaft mit dem Ziel, Klimaneutralität zu erreichen. Nachhaltige Entscheidungen erwarten gerade die jungen Menschen in unserem Land von uns, und das Bundesverfassungsgericht hat ihnen recht gegeben. Wir entscheiden eben gerade nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die kommenden Generationen.

Das gilt auch für alle anderen drängenden Fragen, die wir zu beantworten haben: für Asyl und Migration, die Digitalisierung von Staat und Verwaltung, den Aufbruch in eine inklusive Gesellschaft. Diese konstituierende Sitzung zeigt im Übrigen: Auch die Pandemie und ihre Folgen werden uns noch weiter beschäftigen.

Und noch ein großes Thema ist uns allen erhalten geblieben: Ich fordere schon jetzt die Fraktionen auf – Sie sehen mich leicht schmunzeln, weil ich das schon ein bisschen von Herrn Schäuble vorhin gehört habe –, das Wahlrecht auf die Tagesordnung zu setzen. Ich wünsche mir eine Reform, die den Namen verdient. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns. In Richtung der Fraktionen sage ich mal so locker: Jetzt aber wirklich!

Das Parlament wird diese und

andere wichtige Gesetzesvorhaben diskutieren und verabschieden. Ich lade Sie ein: Lassen Sie uns gemeinsam Politik machen zum Wohle der Menschen in unserem Land, in der Europäischen Union und weltweit. Ich erwarte dabei einen respektvollen Umgang miteinander in diesem Bundestag, integre Abgeordnete, die bei aller Unterschiedlichkeit in der Sache „wir“ sagen, die wieder Begeisterung am Mitmachen wecken und die verantwortlich handeln.

In dieser Wahlperiode werden wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes feiern – ein besonderes Datum, auf das wir uns, glaube ich, alle gemeinsam

freuen können. Bei allem Streit, bei allen Konflikten und Krisen können wir froh und stolz darauf sein, dass wir in einer stabilen und lebendigen Demokratie leben.

Ich freue mich auf die parlamentarische Arbeit mit Ihnen hier im Haus, und ich lade die Bürgerinnen und Bürger dazu ein, gemeinsam mit uns weiter an unserer Demokratie zu arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)



Die frisch gewählte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) wird von ihren Parteikollegen beglückwünscht. Sie ist die dritte Frau in diesem Amt.

© Deutscher Bundestag/Henning Schacht

**Bringen wir die Debatten, die wir hier unter dieser Kuppel führen, in unsere Wahlkreise.**

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Alterspräsident:

## Es braucht ein selbstbewusstes Parlament



Wolfgang Schäuble (\*1942)  
Alterspräsident

Das wir im Reichstagsgebäude tagen, ist ja eigentlich keiner Erwähnung wert. Und dennoch ist es heute eine Besonderheit. Wir kommen trotz der pandemischen Beschränkungen erstmals wieder alle gemeinsam im Plenum zusammen. Das macht eine überfraktionelle Verständigung möglich, die wir eben mit großer Mehrheit bestätigt haben.

In der vergangenen Legislaturperiode hat dieses Haus sogar, wenn nötig, einen überfraktionellen Konsens herstellen können, um die Handlungsfähigkeit des Parlaments zu sichern. Die Bürgerinnen und Bürger schauen auf uns. Ihre Erwartungen an das Parlament sind zu Recht groß. Wir sollten weiter alles tun, um dem gemeinsam gerecht zu werden.

Die heutige Abstimmung sollte nicht die letzte gewesen sein, in der wir mit überwältigender Mehrheit über die Fraktionsgrenzen hinweg entscheiden. Wenn uns das etwa beim Wahlrecht gelänge,

wäre ich nach der auch für mich persönlich bitteren Erfahrung der vergangenen Legislaturperiode bestimmt nicht traurig.

Eine Wahlrechtsreform, die diesen Namen verdient, ist allerdings keinen Deut leichter geworden. Und trotzdem duldet sie ersichtlich keinen Aufschub. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, außer dass jedenfalls nach meinem Verständnis bei einer Entscheidung dieser Tragweite eigentlich keine politische Kraft im Parlament aus der Mitverantwortung für eine tragfähige Lösung entlassen werden sollte.

Konsens, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird in diesem Haus auch zukünftig nicht die Regel sein, und das sollte es auch nicht. Hier ist der Ort, an dem wir streiten dürfen, an dem wir streiten sollen, aber fair und nach Regeln, leidenschaftlich, aber auch mit der Gelassenheit, die einer erregten Öffentlichkeit Beispiel geben kann. Wenn wir das Prinzip der Repräsentation stärken wollen, dann müssen wir uns immer wieder um die Faszination der großen, strittigen Debatte bemühen. Das Parlament ist immer auch eine politische Bühne und nicht bloß eine notarielle Veranstaltung, um Koalitionsverträge abzuwickeln, zumal sich die Entwicklungen einer vernetzten Welt mit ihren wechselnden Herausforderungen nicht an Koalitionsverträge halten, wie wir erfahren haben.

Umso mehr kommt es auf das Parlament an – als der Raum, in dem die Vielfalt an Meinungen offen zur Sprache kommt. Das wird

noch wichtiger, weil in unserer Gesellschaft die Bereitschaft sinkt, gegensätzliche Standpunkte auszuhalten, Widerspruch überhaupt zuzulassen, weil der Drang nach Konformität in der Gruppe wächst, um von sich fernzuhalten, was dem eigenen Empfinden und Denken widerspricht.

Wir sollten den Streit in der Mitte der Gesellschaft suchen und ihn öffentlich hier im Parlament austragen, indem wir deutlich machen, dass nie eine Seite allein recht hat, dass um der Sache willen miteinander gerungen werden muss. Politik ist ja kein Selbstzweck. Wir dienen nicht dem Eigeninteresse einer gesellschaftlichen Gruppe oder einer Meinungsblase, sondern wir dienen der Gemeinschaft. Am Ende unserer Debatten stehen Entscheidungen, für die wir die Verantwortung tragen, durch Mehrheiten, die wechseln können. Das erleben wir gerade.

Ohne Kompromisse geht das nicht, erst recht nicht bei Mehrheitsverhältnissen wie nach dieser Wahl. Aber suchen wir auch nicht immer nur den kleinsten gemeinsamen Nenner, indem wir im Detail streiten. Trauen wir uns etwas zu, ob in Regierungsverantwortung oder als Opposition; sonst geht verloren, was die Demokratie eben auch dringend braucht: politische Führung.

Sie verlangt von uns als Abgeordnete den Blick für die wirklichen großen Aufgaben und die Fähigkeit, das gesellschaftliche Interesse auf diese großen Aufgaben zu lenken, Orientierung zu geben. Dazu

müssen wir bereit sein, den Menschen auch etwas zuzumuten. Nicht nur Antworten geben, die gern gehört werden, sondern Lösungen entwickeln und zur Diskussion stellen für die Aufgaben, die wir als drängend erachten, und davon die Bürger überzeugen: Dazu verpflichtet uns unser Mandat.

Das mitunter zähe Ringen um gesellschaftliche Mehrheiten sollten wir gerade auch denjenigen nahebringen, die mit Blick auf den Klimawandel von der Trägheit demokratischer Prozesse enttäuscht sind und sofortiges Handeln fordern. Ihre Motive sind nachvollziehbar, aber wissenschaftliche Erkenntnis allein ist noch keine Politik und schon gar nicht demokratische Mehrheit. Wer Ziele und Mittel absolut setzt, bringt sie gegen das demokratische Prinzip in Stellung. Übrigens kann die Wissenschaft genauso wenig letzte Gewissheit liefern, und in der Demokratie gibt es sowieso nicht die eine richtige Entscheidung. Genau damit müssen wir umgehen.

Zu Beginn der Pandemie haben wir ja erlebt, wie groß in einer Gefahrensituation das Bedürfnis nach klaren politischen Vorgaben ist; wir brauchten wissenschaftlichen Rat. Doch der Stand der Virologie und der Medizin war damals noch recht unsicher, weil es eben ein neues Phänomen war. Die wissenschaftliche Logik, die nicht nur auf Konsens, sondern gerade auf Ambiguität, Zweifel und Widerspruch beruht, geriet in ein Spannungsverhältnis zu den drängenden politischen Notwendigkeiten. Parlament und Regierung mussten handeln. Und wir mussten trotz des unsicheren Erkenntnisstands und im Wissen um die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Forschung rasch Entscheidungen treffen und dabei verschiedene Disziplinen hören: die Soziologie, die Ökonomie, Psychologie und Pädagogik, auch den Ethikrat. Denn natürlich galt es, die ethisch-moralische Dimension genauso wie die verfassungsrechtlichen Aspekte unserer Maßnahmen mit zu bedenken. Wir haben auch die unterschiedlichen Argumente von Interessengruppen einbezogen.

In dieser Situation wurde ja wieder besonders deutlich: Politik ist immer ein schwieriger Abwägungsprozess, ein Austarieren widerstreitender Interessen. Dabei darf sie den Blick auf das große Ganze nie verlieren. Das ist Politik: das Ringen um Mehrheiten, die Suche nach Lösungen, nach bestem Wissen und Gewissen Ent-

scheidungen treffen und sie dann auch verantworten. Es berührt unser Selbstverständnis als Demokraten. Aber wir müssen stets neu beweisen, die großen Herausforderungen unserer Zeit im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie bewältigen zu können.

In der Coronapandemie ist es im Großen und Ganzen gelungen, auch unter enormem Entscheidungsdruck kontroverse Debatten zu führen und widerstrebende Werte und Interessen gegeneinander abzuwägen, auch wenn sich im Einzelnen Kritik immer überlässt. Die parlamentarische Demokratie hat eine beispiellose Bewährungsprobe bestanden, und diese Erfahrung kann uns Mut machen für andere globale Herausforderungen.

Die parlamentarische Demokratie wird im Wettbewerb mit autoritären Systemen bestehen, wenn wir als Gesetzgeber die Weichen so stellen, dass unsere Regierungsform neben ihrer Wertegebundenheit auch durch Effizienz überzeugt. Aber hüten wir uns gleichzeitig vor der Versuchung, alles regeln zu wollen. Politik weiß nicht alles besser. Wenn Politik meint, sie habe keine Grenzen, ist das mindestens genauso gefährlich, wie wenn andere glauben, sie seien keinen Begrenzungen unterworfen. Das Prinzip unserer freiheitlichen Ordnung ist, dass sie begrenzt ist.

Der Souverän hat mit seiner Wahlentscheidung vom 26. September die parteipolitische Vielfalt im Bundestag bestätigt und neue Mehrheiten ermöglicht. Für 279 Abgeordnete beginnt heute ein neues Leben als Parlamentarier. Behauptet noch einer, die parlamentarische Demokratie könne sich nicht personell erneuern: Fast 40 Prozent aller Mitglieder unseres Hauses bringen ihre Lebenswege, andere berufliche Hintergründe, persönliche Erfahrungen und Meinungen erstmals hier ein.

Gestatten Sie mir gerade an Sie, unsere neuen Kolleginnen und Kollegen, gewandt eine persönliche Bemerkung: Mit diesem Mandat, das Ihnen auf Zeit verliehen ist – bei dem man im Übrigen nie genau wissen kann, wie lange diese Zeit dann wirklich dauert –, kommt eine außergewöhnliche und erfüllende Arbeit auf Sie zu und zugleich eine strapaziöse und vereinnahmende Zeit. Bei allem politischen Elan: Die Arbeit auf offener Bühne verlangt, das Private zu schützen. Seine Integrität

**Die parlamentarische Demokratie hat eine beispiellose Bewährungsprobe bestanden.**



Auf der Ehrentribüne (erste Reihe, von links nach rechts): Wolfgang Schäubles Ehefrau Ingeborg Schäuble, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU).

© picture alliance/dpa | Michael Kappeler

Fortsetzung auf nächster Seite

wahrt, wer weiterhin zuhören kann und seinen inneren Kompass nicht verliert, wer sich in Kollegialität und Fairness übt, wer sich über die Verhaltensregeln, die wir uns geben, hinaus den Sinn dafür bewahrt, was anständig ist und – womöglich noch stärker – was unanständig ist. Früher hätte man gesagt: Was sich gehört und was nicht.

Wir alle repräsentieren als Abgeordnete das Volk. Wir vertreten die legitimen Interessen unserer Wähler und Parteien. Aber: Wir haben immer auch das Gemeinwohl im Blick zu behalten. Verwechseln wir Repräsentation nicht mit Repräsentativität. Jeder Einzelne von uns bildet nicht einfach einen Teil des Volkes ab. Artikel 38 GG ist eindeutig: Abgeordnete – jeder Abgeordnete! – sind „Vertreter des ganzen Volkes“. Auch wenn sich natürlich die gewachsene Vielfalt unserer Gesellschaft in der Volksvertretung wiederfinden soll: Der Bundestag wird nie ein exaktes Spiegelbild der Bevölkerung sein. Wer Repräsentation mit Repräsentativität gleichsetzt, wird eine Fülle eklatanter Abweichungen finden: in beruflicher, in regionaler, in kultureller oder religiöser Hinsicht. Und er leistet dem irrigen Verständnis Vorschub, dass gesellschaftliche Gruppen nur durch ihre eigenen Angehörigen vertreten werden könnten.

Aber bei wem wollen wir dann anfangen? Und wo endet das? Ein Parlament, das zwar die Vielfalt abbildet, aber darüber keine Mehrheiten schaffen kann, ist eben kein Parlament!

### Der Bundestag wird nie ein exaktes Spiegelbild der Bevölkerung sein.

Unsere repräsentative Demokratie beruht auf der politischen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger – ohne Rücksicht auf ihre soziokulturellen Merkmale. Als Parlamentarier muss sich eine Juristin aus der Finanzverwaltung mit Fragen der Landwirtschaft vertraut machen und der Handwerksmeister Entscheidungen über eine Pflegereform treffen. Darin besteht das Mandat von Abgeordneten. Als gewählte Repräsentanten vertreten wir die Repräsentierten nicht durch unsere Person, sondern durch unsere Politik. Durch sie sollten alle Menschen politisch Gehör finden. Der Bundestag bündelt Interessen, und er trägt damit Verantwortung für den Zusammenhalt in unserem Land. Deshalb sollten wir uns immer wieder selbst hinterfragen, ob wir, ob unsere Parteien der Vielfalt an Interessen und Meinungen genügend Gehör verschaffen und auch ob die Erwartung der Bevölkerung, an Gestaltungsprozessen selbst teilhaben zu können, ausreichend erfüllt wird.

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich das Parlament mit einem Bürgerrat für eine Form der deliberativen Demokratie geöffnet. Ich denke, dieser Bundestag wäre gut beraten, sich noch einmal intensiv mit den Vorteilen, aber auch den Grenzen dieser Art von Bürgerbeteiligung zu befassen, zumal Bürgerräte einen Raum schaffen, in dem unterschiedliche Menschen zusammenkommen, einander kennenlernen und sich austauschen müssen. Miteinander. Vereinzelungsorte haben wir ja

schließlich mehr als genug. Mehr Mitsprache heißt nicht automatisch mehr Partizipation und auch nicht zwangsläufig mehr Akzeptanz für die am Ende im Parlament getroffenen Entscheidungen. Dabei leistet die repräsentative Demokratie, was auf keinem anderen Weg vergleichbar gelingt: nicht nur die Vertretung mobilisierbarer Interessen, sondern auch der Ausgleich widerstreitender Interessen, nicht nur fordern, sondern auch gestalten, nicht nur entscheiden, sondern auch verantworten. Davon werden wir die Bürger jedoch nur überzeugen, wenn wir unsere Rolle aktiv wahrnehmen. Es braucht ein selbstbewusstes Parlament, und es braucht selbstbewusste Parlamentarier.

Das fordert viel von uns. Da ist der Wille des Wählers, aber auch die Eigenständigkeit des Gewählten und die Abhängigkeit des einen vom anderen. Da ist der Drang, sich profilieren zu wollen, und gleichzeitig die Notwendigkeit, als Fraktion Geschlossenheit zu zeigen. Da ist das Selbstverständnis der Fraktion auf Eigenständigkeit und in Regierungsverantwortung der Druck, stabile parlamentarische Mehrheiten zu sichern. Diesem Spannungsfeld können wir nicht ausweichen. Aber wir sollten uns dessen bewusst sein und uns um die richtige Balance bemühen. Denn wir tragen Verantwortung dafür, das Parlament gegenüber wachsenden plebiszitären Ansprüchen zu stärken. Und im Übrigen liegt es an uns, wie weit wir unsere Gestaltungsspielräume als Gesetzgeber einengen lassen durch eine Rechtsprechung, die bisweilen mindestens an die Grenzen ihres Mandats geht. Dazu gehört für mich dann allerdings auch, Verantwortung,

die politisch wahrzunehmen ist, nicht auf Gerichte abzuwälzen.

Bei unseren Entscheidungen sind wir heute im Übrigen stärker denn je in globale Zusammenhänge eingebunden. Die komplexen Herausforderungen lassen sich nicht mehr allein im Nationalstaat bewältigen. Deshalb werden wir in einer Welt des rasanten Wandels den Bürgerinnen und Bürgern auch nur dann Halt geben können, wenn wir Europa stärken und zusammenhalten. Dazu braucht es unsere Bereitschaft, die anderen besser verstehen zu wollen, die Interessen, Erfahrungen, die historischen und kulturellen Prägungen der anderen zu kennen und zu respektieren. Ich habe in den Jahren, in denen ich diesem Haus und verschiedenen Regierungen angehören durfte, die Erfahrung gemacht: Parlamente können hier ergänzend zur Regierung manches bewirken. Als Abgeordnete sind wir es ja gewohnt, unterschiedliche Sichtweisen, widerstreitende, aber legitime Interessen auszuhandeln.

Wir haben vor drei Jahren mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung eine weltweit einzigartige binationale Kammer geschaffen, die in der Pandemie eindrucksvoll bewiesen hat, wozu sie in der Lage ist. Wir können stolz darauf sein, und wir sollten darauf aufbauen. Vergessen wir darüber aber bitte auch nicht die besondere Mittlerrolle, die Deutschland für unsere mittelost- und osteuropäischen Nachbarn zukommt – auch und gerade diesem Parlament. Leisten wir unse-

ren Beitrag dazu, dass sich die Spaltungen in Europa nicht weiter vertiefen.

Noch ein persönliches Wort zum Schluss. Ich habe in den vergangenen vier Jahren in diesem Haus ein fraktionsübergreifendes hohes Maß an Unterstützung und Respekt im Amt des Bundestagspräsidenten erfahren – dafür bin ich dankbar –, und ich erhoffe und erbitte es auch für meine Nachfolgerin, die wir heute in dieses Amt wählen.

Als Abgeordnete haben wir alle die gleichen Rechte; darüber hat der Präsident/die Präsidentin zu wachen, mit aller Kraft. Aber wir haben auch alle die gleichen Pflichten. Am Verhalten jedes Einzelnen von uns – auch das mussten wir zuletzt wieder erfahren – hängt die Würde dieses Hauses. Wir haben es in der Hand, ob die Bürgerinnen und Bürger dieser Volksvertretung das schenken, worauf die parlamentarische Demokratie aufbaut, nämlich ihr Vertrauen.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause – Die Anwesenden erheben sich)

Zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags sprachen Gabriele Katzmarek (SPD), Stefan Müller (CSU), Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Marco Buschmann (FDP), Stephan Brandner (AfD), Jan Korte (Die Linke).



Alterspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) eröffnet die erste Sitzung der 20. Legislaturperiode.

leicht  
erklärt!

# Die Präsidentin des Bundestags

Das zweithöchste Staats-Amt in Deutschland



## Einleitung

Im September war die Wahl zum Deutschen Bundestag.

Letzte Woche hat der neue Bundestag eine neue Bundestags-Präsidentin bestimmt.

Der Bundestags-Präsident ist der Leiter vom Bundestag.

Er hat das zweithöchste Staats-Amt in Deutschland.

In diesem Text geht es deshalb um den Bundestags-Präsidenten.

Der Text beantwortet folgende Fragen:

- Was ist der Bundestags-Präsident?
- Was sind seine Aufgaben?
- Wie wird man Bundestags-Präsident?
- Wer ist die neue Bundestags-Präsidentin?
- Wer sind die Stellvertreter vom Bundestags-Präsidenten?



## Was ist der Bundestag?

In Deutschland bestimmen alle Bürger zusammen, was im Land passieren soll.

Sie bestimmen das aber nicht direkt.

Stattdessen wählen sie Politiker in den Bundestag.

Diese Politiker vertreten die Menschen dann.

Sie machen zum Beispiel Gesetze.

Sie entscheiden, wofür in Deutschland Geld ausgegeben wird.

Sie wählen den Bundes-Kanzler.

Sie kontrollieren die Bundes-Regierung.

Oder sie treffen andere Entscheidungen.

Der Bundestag ist also die Vertretung der Menschen in Deutschland.

Er ist eine der wichtigsten Gruppen von Politikern, die es in unserem Land gibt.



## Was ist der Bundestags-Präsident?



Der Bundestags-Präsident ist der Leiter vom Bundestag.

Er hat verschiedene Aufgaben.

Hier ein paar Beispiele:

### Treffen vom Bundestag leiten



Der Bundestags-Präsident eröffnet und beendet die Treffen vom Bundestag.

Er ruft die Themen auf, die besprochen werden sollen.

Er nimmt die Redner an die Reihe.

Dabei darf er niemanden bevorzugen oder benachteiligen.

### Auf Ordnung bei den Treffen achten



Der Bundestags-Präsident kümmert sich darum, dass die Regeln vom Bundestag eingehalten werden.

Er kann zum Beispiel Politiker ermahnen, wenn sie sich nicht ordentlich benehmen.

Wenn ein Mitglied vom Bundestag zu oft ermahnt wird, kann der Bundestags-Präsident ihm auch das Reden verbieten.

Er kann die Person sogar aus dem Raum schicken.

### Bestimmte Politiker vereidigen

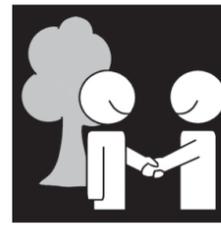


Bevor sie ihr Amt antreten, müssen viele hohe Politiker einen Eid ablegen. Das bedeutet: Sie versprechen, ihre Aufgaben möglichst gut zu erfüllen.

Das machen zum Beispiel der Bundes-Kanzler oder der Bundes-Präsident.

Der Bundestags-Präsident nimmt diesen Eid entgegen.

### Bundestag vertreten



Der Bundestags-Präsident wird zum Beispiel zu Staats-Empfängen eingeladen.

Auch in anderen Ländern.

Und er empfängt wichtige Politiker aus anderen Ländern im Bundestag.

### Chef von allen Mitarbeitern vom Bundestag



Der Bundestags-Präsident ist der Chef von allen Mitarbeitern vom Bundestag.

Zum Beispiel von der Bundestags-Verwaltung.

Insgesamt sorgt der Bundestags-Präsident also dafür, dass der Bundestag seine Arbeit erledigen kann.

### Wie wird man Bundestags-Präsident?

Der Bundestags-Präsident muss Mitglied vom Bundestag sein.

Er wird von den anderen Mitgliedern vom Bundestag gewählt.

Die Wahl ist immer beim ersten Treffen vom neuen Bundestag.

Dann endet auch die Amts-Zeit des vorherigen Bundestags-Präsidenten.

Der Bundestags-Präsident kann sein Amt vorher nicht verlieren.

Er kann es aber freiwillig abgeben.

Der Bundestags-Präsident kommt von der Partei mit den meisten Politikern im Bundestag.

So ist es Tradition.



## Die Stellvertreter vom Bundestags-Präsidenten



Der Bundestags-Präsident hat Stellvertreter.

Man nennt sie: Vize-Präsidenten.

Auch die Vize-Präsidenten werden beim ersten Treffen vom Bundestag gewählt.

Dann endet auch die Amts-Zeit der vorherigen Vize-Präsidenten.

Sie können ihr Amt vorher nicht verlieren.

Sie können es aber freiwillig abgeben.

Die Anzahl der Vize-Präsidenten ist nicht vorgeschrieben.



Im Moment ist die Regel so: Jede Fraktion im Bundestag kann einen Vize-Präsidenten zu Wahl stellen.

Eine Fraktion ist eine Gruppe von Politikern, die im Bundestag zusammenarbeiten.

Meist gehören sie zu einer Partei.

Der Bundestags-Präsident und seine Stellvertreter treffen sich in fast jeder Woche, in der sich auch der Bundestag trifft.

Dann sprechen sie über alle Dinge, die für den Bundestag wichtig sind.

## Wer war bisher Bundestags-Präsident?



Der Name vom bisherigen Bundestags-Präsidenten ist: Wolfgang Schäuble.

Er gehört zur Partei CDU.

Wolfgang Schäuble war 4 Jahre lang Bundestags-Präsident.

Er ist seit fast 50 Jahren Mitglied im Bundestag.

Kein anderes Mitglied im Bundestag ist schon so lange dabei.

## Wer ist die neue Bundestags-Präsidentin?

Am 26. Oktober 2021 hat der Bundestag eine neue Bundestags-Präsidentin gewählt.

Ihr Name ist Bärbel Bas.

Sie gehört zur Partei SPD.

Bärbel Bas ist Expertin für die Themen Gesundheit, Bildung und Forschung.

Ihr sind auch die Themen soziale Gerechtigkeit, Rente und Arbeitsmarkt wichtig.

Bärbel Bas ist 53 Jahre alt. Sie kommt aus Duisburg.

Sie ist seit 12 Jahren Mitglied im Bundestag.

Sie bringt viel Erfahrung für die Arbeit im Bundestag mit.

Sie hatte schon viele wichtige Aufgaben in der Politik.

Sie war zum Beispiel stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestags-Fraktion.



## Eine Frau in einem hohen Amt



Bärbel Bas ist erst die dritte Bundestags-Präsidentin in der Geschichte von Deutschland.

Vorher waren das schon: Annemarie Renger von 1972 bis 1976 Rita Süßmuth von 1988 bis 1998

Vielen Menschen war dieses Mal besonders wichtig, dass eine Frau in dieses Amt kommt.

Denn:

Viele hohe Ämter in Deutschland sind im Moment mit Männern besetzt.

Zum Beispiel:



Das höchste Amt in Deutschland hat der Bundes-Präsident.

Im Moment ist das Frank-Walter Steinmeier.

Und er möchte gern Bundes-Präsident bleiben.

Das dritthöchste Amt hat der Bundes-Kanzler.

Dieses Amt wird vielleicht bald Olaf Scholz übernehmen.

Auch der Leiter vom Bundesrat ist im Moment ein Mann.

Nämlich Bodo Ramelow.

Und auch der Leiter vom Bundes-Verfassungsgericht.

Nämlich Stephan Harbarth.

Vielen Menschen ist wichtig: Hohe politische Ämter sollen von Männern und Frauen besetzt werden.

Sie finden es deswegen gut, dass nun eine Frau Bundestags-Präsidentin ist. Der Bundestags-Präsident hat nämlich das zweithöchste Amt in Deutschland.

### Wer sind die neuen Vize-Präsidenten?

Am 26. Oktober 2021 hat der Bundestag auch die Vize-Präsidenten neu gewählt.

Es gibt jetzt 5 Vize-Präsidenten:

- Aydan Özoğuz von der SPD
- Yvonne Magwas von der CDU
- Claudia Roth von Bündnis 90/Die Grünen
- Wolfgang Kubicki von der FDP
- Petra Pau von Die Linke

Auch die AfD hat einen Kandidaten vorgeschlagen.

Sein Name ist Michael Kaufmann.

Er hat bei der Wahl aber nicht genug Stimmen bekommen.



### Kurz zusammengefasst

Die Deutschen haben einen neuen Bundestag gewählt.

Der hat sich am 26. Oktober 2021 zum ersten Mal getroffen.

Beim ersten Treffen war die Wahl der neuen Bundestags-Präsidentin.

Der Bundestags-Präsident ist das zweithöchste Staats-Amt in Deutschland.

Er ist dafür verantwortlich, dass der Bundestag seine Arbeit erledigen kann.

Bärbel Bas ist die neue Bundestags-Präsidentin.

Sie ist ein erfahrenes und langjähriges Mitglied vom Bundestag.

Es war für viele Menschen wichtig, dass eine Frau die Leitung des Bundestags übernimmt.

Damit die politische Macht zwischen Männern und Frauen möglichst gerecht verteilt ist.

Bärbel Bas hat 5 Stellvertreter.

Diese nennt man Vize-Präsidenten.

Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichtenwerk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / SZ Photo / Jens Schicke. Porträt Schäuble: © picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild POOL / Hendrik Schmidt. Porträt Bas: © picture alliance/dpa / Kay Nietfeld. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 44-45/2021  
Die nächste Ausgabe erscheint am 15. November 2021.